

Unparteiisches Weltorgan für die Gesamtinteressen des Judentums.

Erscheint am 1. jeden Monats. — **Herausgeber:** Sami Glücksmann. — Redaktion und Verwaltung: Karlsbad, „Glaspalast", Tel. 317, Bankkonto: Böhmische Unionbank, Karlsbad. — Bezugspreis: In der ČSR. 75 Kč jährlich, 40 Kč halbjährlich, in Deutschland 10 RM. jährlich; in allen anderen Ländern 3 Dollar jährlich. — Anzeigenpreis: in der ČSR. eine Seite 1100 Kč, eine halbe Seite 600 Kč; in Deutschland eine Seite 160 RM., eine halbe Seite 90 RM. usw.: in allen anderen Ländern die Seite 45 Dollar, eine halbe Seite 25 Dollar usw.

1. Jahrgang **Karlsbad, am 16. Juli 1933** כ״ב תמוז שנת תרצ״ג לפ״ק **Nummer 2**

Aus dem Inhalt:

Die Höhen-Cafés und Restaurationen



Hirschensprung, Jägerhaus, Freundschaftshöhe, Karlsbad

In ruhiger staubfreier Lage, mitten im Walde, herrliche Fernsichten, an der Drahtseilbahn gelegen, halten sich bestens empfohlen. Bekannt vorzüglichen Kaffee u. Speisen. - Liegekuren. - Das Jägerhaus bietet Ihnen außerdem jeden Sonntag von 4 bis 6 Uhr Konzert der beliebten Hauskapelle Scherbaum. - Gemütl. Jagdzimmer und Geweihsammlung, herrliche Waldtennisplätze. — Fremdenzimmer.

Besuchen Sie das gute
Konditorei-Café

Schmelzer

Karlsbad



gegenüber dem Orpheum

Erstklassiger
Herren- und Damen-
Frisier-Salon
Franz

Kasseckert

Karlsbad
Haus „Steinberg"
vis-à-vis Schützenhaus-Café, Seitenstraße



Grand-Hotel Brüder Hanika

Karlsbad

Seit 25 Jahren das führende Hotel
Das Restaurant von Weltruf
Täglich Konzert u. Tanz am Abend
Tel. 899 — Telegr.: Hanikahotel

KONDITOREI DEUTZER

KARLSBAD, Alte Wiese — Egerstraße

MAYER REALISTIC

Die vollkommenste Haardauerwelle.
Schöpferhaus:
Salon MAYER, Karlsbad, Alte Wiese 76
Realistic-Dauerwellen führt jeder bessere Friseur im In- und Auslande aus.

COIFFEUR
Hans

Pelzer

Karlsbad — Marktplatz
Gesichtspflege Methode Helene Peßl, Wien. — Individuelle Haarfärbungen
Erstklassige Bedienung
Ortsübliche Preise.

Park-Café u. Restaurant

Freundschaftssaal

Der Kurfrühstücksplatz von Weltruf.
Sonnen- und Liegekuren
Täglich
Nachmittags-Freikonzert
Internationale Presse
Telefon 2236
Autobusverbindung ab Becherplatz

Finesse

MODISCHE KLEINIGKEITEN
Aenny Spahn-Eckert
Karlsbad
„Stadt Wien", Tel. 160

DAMEN- UND HERREN-FRISIERSALON
COIFFEUR POUR DAMES MESSEURS — HAIRDRESSER

HANS TREUTER

diplomierter Damenfriseur
Karlsbad, Theatergasse, oberhalb Hotel „Hopfenstock"

Spezial-vegetarisches Restaurant in Karlsbad

„ANANAS"

Bis 1 Uhr nachts geöffnet. — Telefon 988.
Café-Restaurant — Normalküche — Angenehmer Aufenthalt.



Unparteiisches Weltorgan für die Gesamtinteressen des Judentums.

Erscheint am 1. jeden Monats. — **Herausgeber: Sami Glücksmann.** — Redaktion und Verwaltung: Karlsbad, „Glaspalast", Tel. 317, Bankkonto: Böhmische Unionbank, Karlsbad — Bezugspreis: In der ČSR. 75 Kč jährlich, 40 Kč halbjährlich, in Deutschland 10 RM. jährlich; in allen anderen Ländern 3 Dollar jährlich. — Anzeigenpreis: in der ČSR. eine Seite 1100 Kč, eine halbe Seite 600 Kč; in Deutschland eine Seite 160 RM., eine halbe Seite 90 RM. usw.: in allen anderen Ländern die Seite 45 Dollar, eine halbe Seite 25 Dollar usw.

1. Jahrgang **Karlsbad, am 16. Juli 1933** כ״ב תמוז שנת תרצ״ג לפ״ק **Nummer 2**

Appell an die Weltwirtschafts-konferenz!

In London sitzen seit einiger Zeit die Vertreter fast aller Staaten versammelt und beraten über die wirtschaftlichen Fragen unserer Zeit. Nach vielem Hin und Her hat man endlich einander widerstrebende Sonderinteressen zurückstellen und sich an einen Tisch setzen können, um Mittel und Wege zu suchen, die zu einer Neuordnung der völlig verwirrten Wirtschaftsverhältnisse führen können.

Es ist dringend genug, diesen Versuch zu unternehmen, denn noch immer lastet auf allen Völkern die schwere Krise. Diese Krise hat die Grundfesten der europäischen Wirtschaft und Kultur erschüttert.

Sie hat wirtschaftliche Gebilde und Konzerne umgeworfen, die früher zu den solidesten der ganzen Welt gehörten. Sie hat Währungen (Pfund, Dollar) ins Wanken gebracht, die früher den internationalen Masstab des Geldwerts überhaupt bedeuteten.

Die Vermehrung der Produktivkräfte, die Vergrösserung der Masse erzeugter Produkte — früher das erstrebenswerteste Ziel der Wirtschaft — haben sich in ihr aufs unheilvollste ausgewirkt. Manche Länder (z. B. Brasilien, Argentinien usw.) erstickten geradezu im Ueberfluss an Getreide. Ungeheuere Massen der Gottesgabe wurden ins Meer geworfen oder verbrannt. Zur gleichen Zeit aber hungerten in europäischen Kulturstaaten viele, viele Millionen und sehnten sich nach ein wenig Nahrung.

Die Krise lähmte den ganzen wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt. Die Preise aller Produkte sanken auf ein nie gekanntes Minimum, die Kaufkraft der Massen schwand dennoch dahin. Die Menschen die kaum die Mittel hatten, um sich vor dem Untergang zu retten, konnten natürlich erst recht nichts für ihre kulturellen Bedürfnisse tun. Die üblichen Mittel im Kampfe gegen Krisen-Arbeitslosenunterstützung und öffentliche Arbeiten waren diesmal wirkungslos. Die Krise wütete weiter und mit ihrer Dauer wuchs die Erkenntnis, dass es der vereinten Anstrengung aller Völker bedürfte, wenn man ihrer wirklich Herr werden wolle.

Die Vertreter der Völker sitzen nun beisammen und beraten die einzelnen Massnahmen, die zu treffen sind. Die Währungspolitik, die Zollfragen und die vielen anderen wirtschaftlichen Massnahmen, die im Kampfe gegen die Krise anzuwenden sind, werden eingehend behandelt, und jedes Volk sucht das Möglichste für seine Interessen herauszuschlagen.

Die Not aller Völker und Staaten kommt in London zur Sprache, nur die jüdische Not nicht. Man wird vom Hunger und Elend der Arbeitslosen und Krisenopfer aller Ge-

meinschaften reden, nur von jüdischer Not nicht. Dabei haben wir Juden vielleicht mehr Anspruch darauf, dass man über die Beseitigung unserer Not berät, denn unser Elend, denn unsere Wirtschaftskrise ist viel schlimmer und dauert schon viel länger an, als die der anderen Völker.

Infolge der geschichtlichen Entwicklung sind wir Juden in einigen wenigen Berufen, die von der Natur und dem Kern jedes staatlichen Wirtschaftslebens entfernt sind, zusammengedrängt. Unsere Menschen sind nicht Bauern und Arbeiter, können nicht vom Ertrag ihrer Hände Arbeit leben, sondern sind Kaufleute, Händler und Vermittler. In den Poren der Wirtschaft sitzen wir und verspüren jeden wirtschaftlichen Niedergang viel schärfer als jedes andere Volk.

Die Entwicklung der modernen kapitalistischen Wirtschaft hat bei den Völkern den Nationalismus erzeugt. Bei allen Schwierigkeiten kühlt man zuerst sein Mütchen an der Minderheit, die im eigenen Souveränitätsbereich lebt.

Die Krise verlangte überall Eingriffe des Staates in die Wirtschaft, und jeder dieser Eingriffe hatte zur Folge, dass neue jüdische Massen brotlos wurden. Wenn ein Gewerbe in gewissen Ländern des Ostens unter Konzessionszwang gestellt, wenn ein Monopol eingeführt wird — immer ist die Folge, dass die Juden, die in diesem Beruf tätig waren, ihre Existenz verlieren.

Seit Jahrzehnten leben die Juden Osteuropas in fürchterlichster Notlage. Wenn man davon kaum noch spricht, liegt es daran, dass man sich leider schon daran gewöhnt hat, dass diese Menschen so leben. Man denkt, es muss eben so sein. Kann man ermessen was es bedeutet, dass die Existenz eines jüdischen „Kaufmanns“ in Polen meist auf einem Laden basiert, dessen Warenbestand den Wert von 25 Dollar nicht erreicht ? Kann man sich die Not vorstellen, die sich hinter der Tatsache verbirgt, dass zu Ostern mehr als ein Drittel aller Juden der Stadt Warschau ihre Gemeinde um Unterstützung für die Festtage angehen mussten ?

Diese wenigen Hinweise werfen so grelle Schlaglichter auf die jüdische Not des Ostens, dass weitere Erläuterungen wohl nicht vonnöten ist. Während dieser drückende Notstand früher im wesentlichen auf die osteuropäischen Länder beschränkt war, und die gequälten Massen sich durch Auswanderung zu retten suchten (innerhalb von 2 Jahrzehnten wanderten ca. 2 Millionen Juden aus), hat heute die Not auch die früheren Zufluchtsländer der Juden ergriffen. Amerika und die ganze Uebersee sind verschlossen, Einwanderung dorthin ist nicht möglich. In den Vereinigten Staaten von Amerika durchleben die Juden selbst wieder schreckliche Not und der Antisemitismus, vor dem man sich fürchtet, hat auch dort seinen Einzug gehalten.

A m s c h ä r f s t e n k o m m t a b e r d i e j ü d i s c h e N o t l a g e j e t z t i n D e u t s c h l a n d z u m A u s d r u c k. Schon die ganzen Jahre hindurch war eine Tendenz zur Ausstossung der Juden aus Staat und Wirtschaft zu spüren, schon früher schritt der wirtschaftliche Niedergang der deutschen Juden vorwärts. Aber jetzt ist beinahe in einer Nacht die akute Not über sie hereingebrochen. Mit einem Federstrich vernichtete man zahllose Existenzen und die anderen werden mehr oder weniger schnell durch „Gleichschaltung“ und Boykott erledigt.

Das ist das Bild jüdischen Lebens, das wir vor den Delegierten der Weltwirtschaftskonferenz aufzurollen haben, und wir glauben auf Grund dieser Lage das Recht zu der Forderung zu haben, dass man sich auch mit unserer Not, der spezifisch jüdischen beschäftigt.

Wenn man davon spricht, dass man den privaten Egoismus überwinden müsse, dass alle Völker sich gegenseitig wirtschaftlich helfen müssten, um der Krise steuern zu können, so sind wir diejenigen, die die Verwirklichung eines solchen Programms aufs sehnlichste erwarten, denn gerade gegen uns wendet man die schärfsten wirtschaftlichen Kampfmittel, wie Boykott usw. an. E b e n s o w i e d i e V ö l k e r d e n K e l l o g p a k t z u r A e c h t u n g d e s K r i e g e s b e s c h l o s s e n h a b e n, m ü s s t e a u c h d i e W e l t w i r t s c h a f t s k o n f e r e n z d i e A n w e n d u n g s o l c h e r u n m e n s c h l i c h e n u n d s i t t e n w i d r i g e n w i r t s c h a f t l i c h e n K a m p f m i t t e l v e r d a m m e n!

Darüber hinaus haben wir aber von der Weltwirtschaftskonferenz zu fordern, dass Vorkehrungen getroffen werden, endlich die Ueberführung von Juden in produktive Berufe in grossem Masse vorzunehmen. Solange Juden in der bisherigen anormalen beruflichen Schichtung leben, werden sie stets zuerst der Not anheim fallen, und auch ihre Beziehung zu den Völkern der Umwelt wird anormal sein. Ein Land allein ist meist nicht in der Lage, diese Aufgabe, die sehr schwierig ist und grosse Mittel erfordert, grosszügig in die Hand zu nehmen. Vereinter Anstrengung würde es aber gelingen, des Problems Herr zu werden. Bisher haben die Völker, wenn ihnen die Juden unbequem waren, von der „Judenfrage“ gesprochen; sie haben die Juden aus Wirtschaft und Staat vertrieben, aber damit die Judenfrage nicht gelöst, sondern sie nur verschärft aufs Tapet gebracht.

W e n n d i e W e l t w i r t s c h a f t s k o n f e r e n z h i e r i n d e m S i n n e e i n e n W a n d e l s c h a f f e n w ü r d e, d a s s m a n w i r k l i c h M a s s n a h m e n z u r B e s e i t i g u n g d e r a u s d e r J u d e n f r a g e r e s u l t i e r e n d e n S c h w i e r i g k e i t e n t r i f f t, s o k ö n n t e d i e s e K o n f e r e n z v o n w e l t g e s c h i c h t l i c h e r B e d e u t u n g w e r d e n u n d d a n n m i t v o l l e m R e c h t a l s g e l u n g e n u n d a l s S e g e n f ü r d i e V ö l k e r b e z e i c h n e t w e r d e n.

„Die jüdische Welt“
Unparteiisches Weltorgan für die Gesamtinteressen des Judentums.

Appel à la Conférence Economique Internationale!

A Londres il y a depuis quelque temps les représentants de presque tous les États qui se sont réunis pour conférer sur les questions économiques de nos jours. Après de longs débats on a enfin réussi à remettre les intérêts particuliers qui s'opposaient et à s'arranger pour chercher voies et moyens pouvant conduire à la réorganisation des rapports économiques complètement embrouillés.

Il est de nécessité absolue d'entreprende cette tentative, car la crise s'est toujours appesantie sur tous les peuples. C'est cette crise qui a ébranlé les fondements et de l'économie et de la culture européennes.

Elle a renversé des produits et des concernes économiques appartenant autrefois aux plus solides du monde. Elle a déséquilibré des devises (livre sterling, dollar) qui signifiaient autrefois la mesure internationale de la valeur monétaire en général.

L'augmentation des forces productives, l'accroissement du tas de produits créés, en ce qui consistait autrefois le but de l'économie le plus convoitable, s'y sont achevés de manière funeste. Quelques pays, p. e. le Brésil, l'Argentine etc., étouffaient simplement dans l'abondance de blé. D'énormes masses de ce don du ciel furent jetées dans la mer ou brûlées. Mais en même temps dans les États civilisés de l'Europe se trouvaient bien des milliers d'hommes affamés désirant ardemment un peu de nourriture.

La crise paralysait tous les progrès d'économie et de civilisation. Les prix de tous les produits baissaient à un minimum inconnu jusque là, la puissance d'achat dépérissait tout de même. Il est évident que les gens ayant à peine les moyens de se sauver de la ruine pouvaient encore moins pourvoir à leurs besoins de civilisation.

Les moyens usuels pour combattre la crise comme l'allocation de chômage ou l'admission aux travaux publiques se trouvèrent d'être sans effet pour le coup. La crise sévit toujours et à la longue on se rendit compte qu'il faudrait les efforts réunis de tous les nations pour la surmonter positivement.

Donc, les représentants des nations se sont réunis pour conférer sur les mesures particulières qu'il faudra prendre. On y traite à fond de la politique des devises, des questions douanières ainsi que des autres mesures économiques bien nombreuses qu'il convient d'appliquer aux prises avec la crise et chaque nation y tente de tirer autant que possible pour ses propres intérêts.

La misère de tous les nations et de tous les États sera mis sur le tapis à Londres, excepté la misère juive. On y discutera la famine et la détresse des sans — travail et des victimes de la crise de toutes les communautés, mais on n'y discutera point la famine et la détresse juives. Et pourtant, nous autres Juifs, nous avons peut — être plus de droit à ce qu'on confère sur la suppression de notre misère, cur c'est notre misère, c'est notre crise économique qui sont plus graves et qui persistent plus longtemps que celles des autres pays.

En conséquence du développement historique, nous autres Juifs sommes serrés dans le petit nombre de professions, éloignées également de la nature et du noyau de toute vie économique et publique. Nos gens ne sont pas de paysans et non pas d'ouvriers, ils ne peuvent pas gagner leur vie par le travail manuel, mais ils sont commercants, marchands, médiateurs. Nous nous trouvons dans les branches de l'économie et nous sentons toute décadence économique beaucoup plus qu'importe quelle nation.

Le développement de l'économie capitaliste moderne a produit partout le nationalisme. En cas de difficultés on décharge sa colère sur la minorité qui se trouve a la portée de la propre souveraineté.

La crise exigea partout des empiétements de l'Etat sur l'économie et il s'ensuivit que chaque empiétement ôtait le pain à un grand nombre de Juifs. Si, dans de certains pays de l'Est, la concession devient obligatoire pour une profession, si on introduit un monopole quelconque, il en résulte toujours que les Juifs qui pratiquaient cette profession perdent leur existence.

Depuis des dizaines d'années les Juifs de l'Europe orientale se trouvent dans une situation désespérée. Malheureusement on s'est déja accoûtumé à ce que ces gens vivent ainsi. Voilà

pourquoi on n'en parle presque plus. Peut — on concevoir ce qu'il signifie que l'existence d'un marchand juif en Pologne se base le plus souvent sur un magasin dont le stock n'atteint pas à la valeur de Dollar 25. Peut — on s'imaginer la misère qui se dissimule derrière le fait que plus d'un tiers de tous les Juifs de Varsovie ont dû demander une subvention à leur commune pour la pâque?

Ces quelques allusions jettent des traits de lumière si éblouissants à la misère des Juifs de l'Europe orientale qu'il n'est' point besoin de fournir des éclaircissement ultérieurs.

Tandis que cette détresse accablante se renfermait autrefois dans les pays de l'Europe orientale notamment, d'ou les gens torturés tentaient de se sauver par l'émigration, (dans deux dizaines d'années émigraient deux millions de Juifs ou peu s'en faut) de nos jours la misère s'est emparée également des pays de refuge des Juifs d'autrefois. L'Amérique et tous les autres pays d'outre — mer sont barrés et l'immigration y est impossible. Dans les États — Unis, les Juifs eux — mêmes traversent une époque de grande misère et l'antisémitisme qu'on voulut fuir s'est répandu même là bas.

Mais c'est en Allemagne que la misère juive se fait remarquer à présent avec une extrême rigueur. Pendant toutes les années dernières il y avait la tendance à expulser les Juifs et de l'État et de l'économie, les événements antérieurs démontraient déjà la décadence économique des Juifs allemands. Ce n'est qu'en ce moment toutefois, que d'un jour a l'autre, à peu de chose près, l'acuité de misère les a surpris. D'un seul trait de plume on ruina de nombreuses existences tout en exterminant les autres plus ou moins vite par le boycottage et l'uniformisation (Gleichschaltung).

Voilà l'image de vie juive que nous nous permettons de dérouler devant les délégués de la conférence économique internationale. En vertu de cette situation nous croyons avoir le droit de réclamer qu'on s'occupe aussi de notre misère qui est spécifiquement juive!

Si on prétend qu'il faut surmonter l'égoisme particulier, que tous les nations doivent s'entr'-aider pour pouvoir réprimer la crise, c'est nous qui attendons le plus ardemment la réalisation d'un tel programme, car c'est contre nous surtout qu'on emploie les mesures économiques les plus rigoureuses comme le boycottage, etc. De même que les nations ont décrété le pacte Kellog pour proscrire la guerre, de même la conférence économique internationale devrait réprouver l'application de ces mesures économiques inhumaines et immorales.

Mais au surplus nous avons à réclamer de la conférence économique internationale de faire tous les préparatifs nécessaires pour entreprendre enfin à un haut degré la réception de Juifs dans des professions productives.

Tant que les Juifs vivront dans le classement anomal comme par le passé, ils seront toujours délivrés à la misère les premiers et leurs relations avec les autres nations seront anomales également.

Le plus souvent un pays seul n'est pas capable de se charger de cette tâche à vues larges. Mais à forces réunies on pourrait réussir à se rendre maître de ce problème.

Jusqu' à présent les nations ont parlé de la question juive quand les Juifs leur étaient gênants; ils les ont expulsés de l'économie et de l'État. Par ce moyen — là ils n'ont point résolu la question juive, mais ils l'ont mis sur le tapis de maniere plus aggravée.

Si la conférence économique internationale y portait remède pour qu'on prenne sérieusement des mesures pour aplanir les difficultés résultant de la question juive, cette conférence pourrait prendre de l'importance historique et on dirait à juste titre qu'elle est réussie et une bénédiction pour toutes les nations.

„Die jüdische Welt".
Organe mondial impartial pour les intérêts généraux du judaisme.

Appeal to the World's Economic Conference!

Since a few weeks there are assembled in London the delegates of nearly all the states, deliberating on the economic questions of our time. After much debating they were able at last to put aside the different exclusive interests and to begin contriving a regulation of the most entangled economic situation.

It is very urgent indeed to make every possible effort, for the hard crisis is still heavily weighing upon all the nations.

This crisis has been violently shaking up to their foundations the European economic situation and culture.

On account of this, many economic syndicates and concerns broke down, belonging formerly to firms of best standing.

The crisis has also shaken the standard of pound and dollar, formerly signifying the international standard of money altogether.

The augmentation of the productive power, the increasing of the output — formely the greatest desire of the economics — was of fatal consequence. Some countries, as for instance Brazil, Argentina, etc. almost suffocated with cereals. Enormous heaps of this gift of God were thrown into the sea or burnt. At the same time, however, many millions of men in the European states were famishing and longing for a few crumbs.

All the economic and civilising progress was brought at a standstill by the crisis. The prices of all the products went down to a minimum ignored so far and nevertheless people were not able to buy anything. Of course, the multitude that hardly had means to escape to total ruin could not do the least thing for civilising work.

All the common means in the struggle against crisis such as unemployed — benefit and public works proved this time as useless.

The crisis raged on and on and with its continuity came the discernment that it would be necessary to get the help of all nations in order to master it really.

Finally the delegates of all the nations assembled to deliberate on the different measures that are to be taken. The monetory standard, the custom — politics and many other economic regulations that could be applied in the struggle against the crisis, all these questions they treat thoroughly and every nation tries to win most for its own interests.

In London the distress of all the nations and all the states has come under discussion, except the Jewish one. They will speak of hunger and misery of the unemployed and of all the victims of the crisis, but the Jewish distress will not be talked about. We Jews, however, are right in demanding to discuss our misery, too, because our distress, our economic crisis is worse and has lasted already much longer than that of the other nations.

In consequence of the historical development, we Jews are crowded together in a few professions, far removed from nature and centre of every public economie life. Our men are neither peasants nor workmen, they cannot live from the fruit of their hands work, they are merchants, traders, agents. We are active in the branches of the economics and we feel every economic decline much more than other nations do.

The development of modern capital economics has engendered the nationalism in the different nations. Whenever there are any difficulties, you vent your anger on the minority living in your own domain of sovereignty.

Everywhere the crisis demands interventions of the state into the economics and each of these interventions resulted in rendering breadless masses of Jews. Whenever in certain lands of the East a trade was licensed or whenever a new monopoly was established it always happens that Jews who are working in this trade lose their bread.

The Jews of the Eastern Europe have lived since decades in greatest distress. The subject is seldom talked about because everybody is so accustomed to this sad fact. But could we judge what it means that all the existence of a Jewish merchant in Poland is mostly based on a shop the goods of which do not reach 25 dollars? Can we imagine that at Eastertime more than the third part of the Varsovian Jews were obliged to ask the help of their parish?

Those few indications throw such a glaring light upon the Eastern Jews distress that it won't be necessary to add more about it.

Formerly this agonising state was limited to the European countries of the East and those tortured men tried to escape their misery by emigration (within two decades emigrated 2 millions of Jews). But nowadays sorrow has come to the countries the Jews would choose for refuge, too. America and the other countries beyond the sea are barricaded, immigration there has become impossible. In the United States the Jews are suffering severe distress and the hatred against the Jews, they wanted to escape, has entered there, too.

It is in Germany, however, where the Jews are now in the worst distress. Throughout the last years there was the tendency to turn out the Jews from state and administration and the economic situation of the German Jews was a bad one. But now within one moment nearly the most frightful misery befell them. By one single stroke of pen there have been destroyed innumerable existences and the other ones will be crushed more or less quickly by boycott and uniformisation (Gleichschaltung).

This ist the picture of Jewish life we have to unroll before the delegates of the world's economic conference and we are perfectly convinced that on account of this state of affairs we have a right to demand the delegates to occupy themselves with our distress, too, that is to say with the specific Jewish one!

Everybody speaks of conquering the private egoism and of the fact that all the nations have to help one another in order to put an end to the crisis. We are awaiting most anxiously the realisation of this program because we are those having to endure the hardest tactics of struggle, boycott etc. As well as all the nations have settled the Kellog — agreement in proscription of war, as well the world's economic conference ought to reject the application of those brutal and indecent economic tactics.

But still another thing we demand of the world's economic conference: to make arrangements for enabling the Jews to take up productive professions. As long as the Jews are forced to live in the hitherto prevailing anomalous professional classification, they will always be the first to become destitute and their relation to the other nations will never be a normal one.

Of course it would not be possible for one single land to undertake this difficult task, but certainly would succeed the united forces of all the nations.

So far the nations, which found the Jews to be a trouble to them, spoke about the „Jewish question". They turned them out from state and administration, but the Jewish question thus has not been solved, it only grew more intense.

If the world's economic conference could bring about a change in this problem, such as to take measures how indeed to brush aside the difficulties of the Jewish question, this conference could become of most important value and we might call it successful and a blessing for all the nations.

„Die Jüdische Welt"
World's impartial organ for general interests of Jewdom.

I. TRIBÜNE

S. G.:

Ist jüdisches Blut minderwertig?

Wir haben den Leitartikel in 3 Sprachen (Deutsch, Französisch und Englisch) gebracht, um den berufenen Persönlichkeiten aller Länder die Stellungnahme zu ermöglichen.

Die Redaktion.

In einer Anzahl deutscher Zeitungen veröffentlicht der Sachverständige für Rasseforschung beim Reichsministerium des Innern, Dr. Achim Gercke, unter der Ueberschrift „Arzt und Judenfrage" einen Artikel, in dem u. a. erklärt wird, die Judenfrage sei ein völkisches Problem, mit dem der Arzt sich ernsthaft befassen und dessen anzustrebende Lösung ein Teil der Abwehr gegen die Volksgifte sein müsse. Schliesslich stellt er die Forderung, man müsse in jedem Einzelfalle vor einer Mischehe warnen, und zwar solle dies vor der Volksöffentlichkeit geschehen, damit die Warnung erzieherisch wirke. Die Ansicht, dass man versuchen könnte, „minderwertiges Blut zu verdauen", betrachtet Dr. Gercke als Verbrechen am Volke.

Im Organ des Verbandes der Aerzte Deutschlands (Hartmann-Bund) fordert Medizinalrat Dr. L. Vellguth ein Gesetz, durch das die Sterilisierung von Minderwertigen als zulässig erklärt werden soll. Zu den Minderwertigen rechnet Dr. Vellguth neben Schwachsinnigen, Geisteskranken, Epileptikern, Unsozialen (Kriminellen), Taubstummen, körperlichen Schwächlingen (Tuberkulösen), auch Fremdrassige. Die Aufnahme letztgenannter Gruppe in die Reihe der Minderwertigen begründet er folgendermassen: „Die Einsickerung fremdrassigen Blutes in den Organismus unseres Volkes wollen wir nach Möglichkeit verhindern. Juden, Neger, Mongolen und dergl. Völker können also straffrei mit ihrem Willen sterilisiert werden, ganz gleich, ob sie gesund sind oder krank."

Man kann es kaum begreifen, dass zu unserer fortschrittlichen Zeit, welche die Lebensrechte aller Menschen gelten lässt, in einem allgemein anerkannten europäischen Kulturstaat, von einem mit dem Steuergeld aller Bürger — ohne Rücksicht auf ihre Abstammung besoldeten Beamten, derartige Erwägungen öffentlich angestellt werden können, die wertvolle Menschen in ihrer Ehre schwer beleidigen und kränken.

Die Tendenz des Programms der neuen Regierung im Staate der Dichter und Denker, ist ja der öffentlichen Kritik zur Genüge bekannt. Man scheint dort jede gegen die jüdische Gemeinschaft gerichtete Beleidigung nicht nur zu billigen, sondern sogar als integrierenden Bestandteil der Amtspflichten aufzufassen.

Der jüdische Stolz müsste es sich eigentlich versagen, von derart absurden Erwägungen Notiz zu nehmen, zumal auch die nichtjüdische zivilisierte Welt sich davon kaum beeinflussen lassen dürfte. Die allgemein anerkannten grossartigen Leistungen von Männern jüdischer Abstammung auf allen Gebieten schöpferischer Kunst und Forschung dürften nicht nur die Haltlosigkeit der behaupteten Minderwertigkeit jüdischen Blutes restlos erweisen, sondern auch alle gegen Juden — angeblich wegen ihres „minderwertigen Blutes" — ins Leben gerufenen Ausnahmegesetze vor der ganzen Welt als Kulturschande erscheinen lassen. Es genügt ein kurzer Hinweis auf Baruch Spinoza, Moses Mendelsohn, Henri Bergson als bedeutende Philosophen; auf Jaques Offenbach, Felix Mendelsohn - Bartholdy, Max Liebermann, als Musiker und Maler, neben vielen anderen; auf Heinrich Heine, Arthur Schnitzler, André Maurois und die zahlreichen anderen Dichter und Schriftsteller jüdischen Blutes, sowie auf die bedeutenden Rechtswissenschaftler wie Martin Wolf, James Goldsmidt, Friedrich Stein, Staub usw. Besonders in den Naturwissenschaften haben Juden Grosses geschaffen. Namen wie: Einstein, Frank, Landsteiner, Willstädter, Meierhof, Warburg, Minkowski sprechen Bände. Und war es nicht der Jude Wassermann, dem es gelang, die Redaktion zur Feststellung der Syphilis — auch der arischen . . . — zu finden, so wie der Jude Ehrlich, der das wirksamste Mittel zur Bekämpfung dieser furchtbaren Geissel, die auch vor der S. A. und S. S. nicht zurückschreckt, entdeckte ?

Wie schon gesagt, müsste es uns der Stolz verbieten überhaupt auf die Debatte über die angebliche Minderwertigkeit des jüdischen Blutes einzugehen. Da aber das Judentum gewissermassen „ex cathedra" als Inkarnation von Lügen und Gemeinheiten bezeichnet wird, ist damit zu rechnen, dass doch gewisse Volksschichten, die sonst vom Rassenfanatismus u. dgl. frei waren, angesichts der sich täglich wiederholenden „Rassenpredigten", unbewusst in den Kampf gegen die jüdische Gemeinschaft hineingezogen werden. Aus diesem Grunde erscheint es uns doch notwendig, das Thema: „Ist jüdisches Blut minderwertig?" zur Diskussion zu bringen und die berufenen Persönlichkeiten aller Länder und Konfessionen hiermit zur Stellungnahme einzuladen.

Nach unserer Auffassung entbehrt die Behauptung, jüdisches Blut sei minderwertig, jeder wissenschaftlichen Grundlage. Wissenschaftlich einwandfrei festgelegte biologische Blutreaktionen beziehen sich lediglich auf die Physio-pathologie. Man kann wohl auf Grund einer Blutanalyse Syphilis oder Zuckerkrankheit feststellen, doch niemals den Grad geistiger Werte und Fähigkeiten.

Auch die von dem jüdischen Nobelpreisträger Landsteiner entdeckten normalbiologischen Reaktionen, nämlich die sogenannten Teste zur Blutgruppenbestimmung (3 Blutgruppen A, B, C) zeigen absolut keine Rassengebundenheit, sondern haben hauptsächlich forensische Bedeutung.

Im Handbuch der Blutgruppenkunde sind von Stefan Mitteilungen über die gebräuchlichen Arten der Blutuntersuchung vorhanden, die man an verschiedenen Rassen, auch an Ostjuden, vorgenommen hat, jedoch liess sich keine bestimmte Blutgruppenangehörigkeit der einzelnen Rassen feststellen; es kann also der „Edelarier", der nordische Mensch, der gleichen Blutgruppe angehören wie der Jude aus Pinsk oder Minsk. Zum Leidwesen der antisemitischen Ideologie, lässt sich in der exakten Wissenschaft kein Anhaltspunkt für Minderwertigkeit jüdischen Blutes finden.

Gerne würden wir es begrüssen, wenn sich auch Anhänger der antisemitischen Rassentheorie an der von uns eröffneten Diskussion beteiligen würden. Wir sehen jeder Stellungnahme von berufenen Persönlichkeiten bis zum 5. VIII. 1933 erwartungsvoll entgegen.

Le Sang Juif est-il Inférieur?

Dans plusieurs journaux allemands, le président pour l'investigation des races au ministère des affaires intérieures du reich, Dr. Achim Gercke, a publié un article: „Médicin et question juive". Il y explique entre autre que la question soit un problème national duquel le médicin devrait s'occuper sérieusement et dont la solution formerait une partie de la défense contre les poisons du peuple. Finalement il demande de mettre tout le monde en garde contre les mariages mixtes ce qui devrait se faire publiquement pour produire un effet pédagogique. Dr. Gercke considère l'opinion de pouvoir tâcher de „digérer le sang inférieur" comme crime contre le peuple.

Dans l'organe de la société des médicins allemands (Hartmann-Bund), le conseiller de santé, Dr. L. Vellguth exige une loi qui permette la stérilisation de personnes inférieures. Au nombre des inférieurs, Dr. Vellguth compte outre les: imbéciles, aliénés, épileptiques, insociaux, criminels, sourds-muets, débiles de corps, tuberculeux, encore les membres de race étrangère. Il motive l'admission du dernier groupe parmi le nombre des inférieurs voici comment: „Nous voulons éviter autant que possible l'infiltration de sang non-aryen dans l'organisme de notre peuple: Juifs, nègres, Mongoles etc. peuvent donc être stérilisés impunément de leur volonté; il est indifférent s'ils soient malades ou sains".

On a peine à croire qu'à notre époque progressiste qui reconnaît les droits de la vie de tous un functionaire, payé des contributions de tous, les citoyens-sans égard à leur origine — puisse faire publiquement de telles remarques qui ne servent qu'à offenser et'à entreprendre sur l'honneur des personnes de qualité.

La tendance du programme du nouveau régime dans l'État des poètes et des penseurs est assez connu de la critique publique. Il paraît qu'on y approuve non seulement toute injure contre les communautés juives mais qu'on les contemple encore comme partie intégrante des devoirs administratifs.

L'orgueil juif devrait renoncer d'ailleurs de faire attention à des considérations tant absurdes, puisque le monde civilisé non-juif ne s'en laissera guère influencer. Les excellentes productions artistiques et scientifiques, reconnues universellement, des hommes d'origine juive démontrent non seulement le manque de consistance, de la prétendue infériorité du sang juif, mais encore elles font paraître toutes les lois d'exception, établies contre les Juifs — soi — disant à cause de leur „sang inférieur" — comme outrage à la civilisation aux yeux de tous. Il suffit de citer les illustres philosophes: Baruch Spinoza, Moses Mendelsohn, Henri Bergson; les musiciens et peintres: Jacques Offenbach, Felix Mendelsohn-Bartholdy; Max Liebermann parmi beaucoup d'autres, les nombreux écrivains et poètes: Heinrich Heine, Arthur Schnitzler, Jakob Wassermann, André Maurois etc. qui sont tous d'origine juive ainsi que les jurisconsultes célèbres: Martin Wolf, James Goldsmith, Friedrich Stein, Staub. Mais c'est surtout dans les sciences naturelles que des Juifs ont créé des choses remarquables. Les noms de: Frank, Einstein, Wildstädter, Landsteiner, Meierhof, Warburg, Minkowski courent les rues. Et n'était- ce pas le Juif Wassermann qui a réussi à trouver la réaction pour constater la syphilis—même l'aryenne — ainsi que le Juif Ehrlich qui a découvert le moyen le plus efficace pour combattre cet affreuse fléan qui n'épargne même pas la S.A.?

Comme nous venons de le dire, l'orgueil devrait nous défendre d'entrer dans les détails de la discussion de l'infériorité prétendue du sang juif. Mais puisqu'on désigne le judaisme „ex cathedra" pour ainsi dire, comme incarnation de mensonges et d'infamies, il faudra s'attendre tout de même à ce que de certaines couches sociales qui étaient exemptes jusqu'à présent de tout fanatisme des races etc. se trouveront inconsciemment au milieu de la lutte contre les communautés juives, en vue des prêches de race se renouvelant chaque jour. Voilà pourquoi nous le jugeons à propos qu'on mette le thème: „Le sang juif est-il inférieur?" en discussion et nous nous permettons d'y inviter les personnages compétents de tous les pays.

Selon notre manière de concevoir, l'affirmation que le sang juif est inférieur manque complètement de base scientifique Les réactions biologiques de sang établies scientifiquement ne se rapportent qu'à la physio-pathologie. On peut constater par une analyse du sang la syphilis ou le diabète mais non pas le grade des valeurs ou des capacités intellectuelles.

De même, les réactions biologiques normales, découvertes par le Juif Landsteiner, couronné du prix Nobel, c'est-à-dire les testes pour déterminer les groupes de sang (3 groupes: A, B, C) ne font point voir un assujetissement de races, mais ont avant tout une importance judiciaire.

Dans le manuel de la science des groupes de sang, Stefan nous fait part des manières les plus usuelles d'analyses de sang qu'on a exécutées avec les races différentes, aussi avec les Juifs orientaux. On n'a point réussi, toutefois, à constater une compétence prononcée des groupes de sang parmi les races particulières, de sorte que „l'homme Aryen", l'homme du Nord par excellence pourra être du même groupe de sang que le Juif de Pinsk ou Minsk. Au grand ennui de l'idéologie antisémitique on ne trouvera pas de point d'appui dans les sciences exactes pour prouver l'infériorité du sang juif.

Nous le constaterions avec satisfaction si les partisans de la théorie de race antisémitique participiaient également à la discussion entamée par nous et nous attendons chaque déclaration de personnages autorisés jusqu'au 5. VII. 1933 avec l'intérêt le plus vif.

Is Jewish Blood Inferior?

In quite a number of German newspapers the president of the section for race-investigation in the Home-Office, Dr. Achim Gercke has been publishing an essay under the title: „Physician and Jewish question". He explains there among other things that the Jewish question is a race problem, which the physisian has to study deeply in order to look for a solution and so avert to find at least a part of the defence against the public poisons. Finally he demands every physician to warn in any case against mixed marriage and even to do so in publicity because of the greater pedagogical effect. Dr. Gercke thinks it a crime to the people if you believe in trying „to digest inferior blood".

In the paper of the „association of German physicians" (Hartmann-Bund), Dr. L. Vellguth asks for a law, permitting the sterilisation of inferior persons. He counts among inferior persons besides: idiots, lunatics, epileptics, criminals, deaf and dumb or consumptive persons also those of a foreign race. He gives the following reasons for the ranging of the latter group into the row of inferior persons: „We must hinder the infiltration of foreign-raced blood into the organism of our own nation as much as we are able to." So Jews, Negroes, Mongols and other people of that kind can be sterilised of their own free will exempt from punishment — all the same whether they are ill or not."

It is almost unbelievable that in our progressive days in a European cultured state a functionary who is payed by the amount of taxes of all the citizens — regardless of origin and birth — is allowed to write about those observations that may offend and humble valuable men in their honour.

The public criticism knows all about the tendency of the program of the new government in the state of poets and thinkers. Every offense against Jewish commonalty there seems to be not only higly approved but even an integrant of the official duty.

Perhaps the Jewish pride ought not to take any notice of those absurd considerations — moreover as the not Jewish civilised world surely will not be influenced by it. There is so much wonderful work done by men of Jewish origin in all the domains of arts and sciences known by all the world — so that the instability of the remarks about the inferiority of Jewish blood has been proved. But this is not yet sufficient — all the exceptional laws against the Jews ought to be stigmatised as cultural dishonour. We only bring into prominence the following names: Baruch Spinoza, Moses Mendelsohn, Henri Bergson as most important philosophers; Jacques Offenbach, Felix Mendelsohn-Bartholdy; Max Liebermann as musicians and painters; Heinrich Heine, Arthur Schnitzler, Jakob Wassermann, André Maurois and many other poets and writers of Jewish blood. Jews have been always prominent in the science of law, too. Martin Wolf, James Goldsmith, Friedrich Stein, Staub etc. are famous names. Especially in the natural sciences Jews have distinguished themselves. Everybody knows the importance of the names of Einstein, Frank, Landsteiner, Wildstädter, Meierhof, Warburg, Minkowski. And has it not been the Jew Wassermann who succeeded in finding the famous reaction to diagnose syphilis — the Aryan one, too, and has it not been the Jew Ehrlich who discovered the most efficacious remedy against this frightful scourge that even does not halt before the S. A.?

Once again, perhaps our pride ought to forbid us to debate on the subject about the inferiority of Jewish blood. But as Judaism is characterized as incarnation of lies and meanness, it might be possible that certain social ranks which were up to this day free from race-fanaticism could be drawn into the battle against the Jews through the daily sermons on race. And therefore it seems necessary to bring on a discussion the subject: „Is Jewish blood inferior?" and to invite all the prominent persons of all nations to debate on it.

From our point of view, it is a false statement that Jewish blood is inferior and lacks every scientific foundation. The biological blood-reaction that has been scientifically ascertained is refering only to physio-psychology. Basing on an analysis of blood you can diagnose a syphilis or diabetes, but never the degree of mental aptitudes and qualities.

The normal-biological reactions that have been discovered by the winner of the Nobel-price Landsteiner, the so-called tests for the analysis of blood-groups (3 groups, A, B, C) show absolutely no race-constrain but are only of forensic signification.

In the handbook of the blood-groups theory Stefan speaks about the customary kinds of the analysis of blood, tried on different races, on Jews of the East, too. But there could never be ascertained a pronounced relationship of blood-groups of the single races, so it may be possible that the „noble Aryan from the north" belongs to the same blood-group as the Jew from Pinsk or Minsk. The Antisemites immensely regret that there is no essential fact in the exact science, to prove the inferiority of Jewish blood.

We should be pleased if also the partisans of the antisemitic race-theory would debate on this subject and we are awaiting the manifestations of qualified persons with deepest interest until 5. VIII. 1933.

—o—

Zu dem in der Nr. 1 der „J. W.“ gestreiften und zur Diskussion gestellten Thema

„Die Stellung der Juden im Staate“

äusserten sich:

1. **Herr Dr. I. Alcalay, Grandrabbin von Jugoslavien und Senator, Beograd;**
2. **Herr Dr. jur. Awrohom ben Seeiw, Tel-Awiw;**
3. **Herr P. K., eine führende Persönlichkeit der Orthodoxie;**
4. **Herr Wolf Pappenheim, Wien;**
5. **Herr Prof. Dr. S. H. Lieben, Prag;**
6. **Herr Rechtsanwalt Dr. Emil Margulies, Leitmeritz** (in einem kurzen Schreiben an die Redaktion der „J. W.“);
7. **Herr Rechtsanwalt Dr. Rosenberg, Kultusvorsteher, Wien.**

—00—

Dr. Alcalay:

a) Die Juden in Jugoslavien erfreuen sich aller bürgerlichen Rechte und sind diesbezüglich den übrigen Staatsbürgern im Lande gleichgestellt.

Diese ihre Stellung im Staate hat bis jetzt nie bewirkt und wir hoffen daselbe auch für die Zukunft, dass sie ihre Eigenart als Juden negieren. Im Gegenteil, der jugoslavische Jude hat es in der Ausübung seiner Rechte im Staate immer verstanden, seine ethische und etnische Sonderheit als Jude zu betonen und zu wahren.

b) Da es in Jugoslavien verhältnissmässig wenig Juden gibt (0.5% der Gesamtbevölkerung), so kann von ihrer besonderen Exponierung im Staats- und Kulturleben der jugoslavischen Nation keine Rede sein. Obwohl die jugoslavischen Juden fleissig und mit vollem Herzen an dem Aufbau des jugoslavischen Staates mitwirken, so sind sie sich dennoch dessen bewusst, wie weit sie in dieser Mitarbeit gehen können und wollen nicht durch etwaige Ueberschreitung der Grenze, den Hass und den Neid ihrer Mitbürger, mit denen sie im besten Einvernehmen leben, auf sich laden.

c) Wir glauben, daß die jüdische Eigenart durch gar keine wenn auch noch so efikassen Verträge völkerrechtlich geschützt werden kann. Die Wahrung unserer Eigenart ist *unsere* Pflicht.

Wir haben nicht das Recht zu verlangen, dass die Völker die Beschützer und Förderer unserer Religion und unserer Kultur sein sollten. Mit der Möglichkeit im freien Wettbewerb unsere Existenzen im Verhältnis zu unserer Zahl im Lande zu ergründen, ist uns genüge getan. Für unsere Seele und unser Leben als Juden müssen wir selbst sorgen.

Daher sind wir gegen jedweden Minderheitsschutz für die Juden in Jugoslavien. Denn der Schutz, den uns der Staat als gleichberechtigten Bürgern gewährt, reicht viel weiter und ist viel nützlicher für unser Dasein als derjenige einer winziger Minderheit.

Dr. jur. Awrohom ben Seeiw:

Es ist kein Gegenstand innerjüdischen Streites, wie sich die Juden zum Staat zu verhalten haben. Zionisten und Antizionisten, Orthodoxe und Liberale waren sich von jeher darin einig und sind es auch noch heute, dass die Juden wie alle anderen Staatsbürger gehalten sind, die mit dem Leben im Staate verbundenen Pflichten gewissenhaft zu erfüllen. Die Stellung zum Staate ist in diesem Sinne überhaupt keine jüdische Angelegenheit, vielmehr richtet sich die Stellung des Einzelnen, des Juden wie des Nichtjuden, nicht nach der Zugehörigkeit zu einer Konfession, Rasse oder Nation, sondern nach der Anschauung vom Wesen des Staates überhaupt. Hierzu wird der jüdische Faschist dieselbe Stellung haben wie der nichtjüdische, der jüdische Kommunist dieselbe wie seine nichtjüdischen Gesinnungsgenossen. Es kann auch nicht anerkannt werden, dass das Judentum als solches die Zugehörigkeit zu einer politischen Anschauung verbietet. Weder Bibel noch Talmud hatten naturgemäss Gelegenheit, sich mit diesen modernen politischen Strömungen zu befassen. Es ist vom Religionsgesetz nirgends verboten, einer dieser Strömungen anzugehören und wer aus kommunistischer Ueberzeugung handelt, kann in der „kommenden Welt“ dafür nicht anders zur Verantwortung gezogen werden wie derjenige, der den Staat unbedingt bejahend auf Befehl desselben im Kriege Menschen umgebracht hat.

Die oben dargelegte Einstellung des Juden zum Staat zeigt sich eklatant in der Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten und sogar in der Tätigkeit als Funktionäre des Staats selbst. Es ist nicht bekannt, dass z. B. die Orthodoxen weniger ehrliche Steuerzahler sind als die Liberalen und es ist nirgends bemerkt, und auch noch niemals — jedenfalls nicht von nichtjüdischer Seite — behauptet worden, dass die zionistischen Staatsbeamten weniger gewissenhaft sein und ihre Pflichten etwa in Deutschland weniger gut erfüllt hätten oder in anderen Ländern noch heute erfüllen als die dem Zentralverein angehörenden. Nicht anders ist es bei der Mitarbeit an kulturellen Dingen und bezüglich das Niveaus der kulturellen Leistungen. Zionistische Zeitungsartikel sind keineswegs in schlechterem Deutsch geschrieben als die Aufrufe des Herrn Naumann und die schöpferische Leistung in deutscher Sprache etwa von Arnold Zweig, der Zionist ist, ist keinesfalls weniger bedeutend wie die Leistung des Nichtzionisten Jakob Wassermann, wie überhaupt kein in der deutschen Kultur (oder der Französischen usw.) aufgewachsener Zionist die Verbundenheit mit dieser Kultur schwächer empfindet wie sein nichtzionistischer Landsmann.

Während also in der Frage, was der Staat von den Juden verlangen kann, eine Meinungsverschiedenheit im jüdischen Lager nicht besteht, beginnt diese in der Frage: „Was können die Juden von Staat verlangen?“ Bei der Betrachtung dieses Problems wird leider der an der Spitze dieser Zeitschrift stehende Satz: „Es gibt ein Volk, zerstreut unter alle anderen Völker“, häufig ausser Acht gelassen. „Es gibt ein Volk“, wobei die Btonung auf das Wort „ein“ zu legen ist. Der Fall des jüdischen Volkes unterscheidet sich grundlegend von dem aller anderen Völker, sein Fall ist einzigartig und einmalig in der menschlichen Geschichte, und es ist daher nicht angängig, das jüdische Volk mit irgend einem anderen Volke in der Stellung zum Staat und der Umwelt zu vergleichen. Weder sind die Juden z. B. in Deutschland eine Konfession wie die Katholiken, eben weil sie mehr sind als das, noch sind sie dasselbe wie eine nationale Gruppe etwa in Deutschland lebender Franzosen, eben weil

sie seit Jahrhunderten in Deutschland (oder in anderen Ländern) leben und mit dem Staat und seiner Kultur nehmend und gebend ganz anders verwachsen sind als der Angehörige irgend eines anderen Staates. Sie sind auch nicht mit den Deutschamerikanern in Amerika oder den Deutschen in der Tschechoslowakei zu vergleichen, eben weil die historische Entwicklung bei ihnen ganz einzigartig ist. Daraus ergibt sich, dass die Juden vom Staat — wie es die Nationaljuden tun — auch die Berücksichtigung dieser einzigartigen Stellung verlangen können und müssen. Sie können, um populär zu sprechen, sehr wohl verlangen, „das ihnen eine Extrawurst gebraten wird", was die nichtnationalen Juden auf das Heftigste bestreiten, da sie fürchten, dass dadurch eine besondere Stellung des Juden geschaffen und anerkannt werden könnte — eine Stellung, die ohnehin jedem Juden bekannt und offenbar ist. Welche Folgerungen sich daraus im einzelnen ergeben, kann in dieser prinzipiellen Darlegung nicht mehr ausgeführt werden.

———

P. K.:

Eine kurze Definition des Begriffes Orthodoxie sei vorangestellt. Auf vielen Seiten besteht der Irrtum, als ob die Orthodoxie ihre Forderungen auf die äussere Lebenshaltung beschränke. Dem ist nicht der Fall. Sondern wie schon der Name besagt, verlangt die Orthodoxie in allen Lebensbeziehungen, also auch in Bezug auf Gestaltung der Welt- und Lebensanschauung, eine lückenlose Orientierung an der Ueberlieferung, und zwar auch an der, die sich nicht unmittelbar in die Form von Religionsvorschriften verdichtet hat. Die in der Offenbarung wurzelnde Lebensweisheit unserer alten Lehrer, wie sie sich in der Niederschrift der Tradition bietet, ist Norm oder zumindest Wegweiser geworden. Man bezeichnet im allgemeinen diese Art mit dem Worte „Ruach Thora" oder „Daath Thora", etwa Geist und Wissensinhalt der Lehre.

Wie bekannt, knüpft sich die Stellung zu dem Gebiet, welches dieser Artikel berühren soll, an die Mahnung, die der Prophet Jeremia an die nach Babylonien Exilierten richtete, und in welcher er ihnen ein absolutes Treueverhältnis zu ihrem Siedlungslande zur Pflicht machte. Es ist dabei nicht zu übersehen, dass die Form, in welcher der Prophet diese Mahnung aussprach, das Allerheiligste erschliesst. Denn wenn als Gipfel dieser Pflicht das Gebet für das Siedlungsland hingestellt wird, so ist zu unterstreichen, dass, wie selbstverständlich, dort, wo man in Beziehung zur Ewigkeit tritt, nur absolute Wahrheit herrschen kann. Es ist also, wenn dieses Gebet für das Siedlungsland die Form der religiösen Vorschrift gefunden hat, damit klipp und klar ausgesprochen, dass es von dem Gefühl des Dankes und der Liebe, von dem Gelöbnis der Treue und Hingabe diktiert ist.

Aber es handelt sich nicht nur um das Verhältnis zum Staat, sondern auch um das Verhältnis zur Staatsform. Hier dürfte für die Orthodoxie ein sehr kluges Wort altjüdischer Weisheit einschlägig sein, welches besagt, dass ein gewisser Parallellismus besteht zwischen einer Herrschaft auf Erden und der vom Allmächtigen ausgeübten Herrschaft über die ganze Welt. (Malchutha di Schemaja ke en Malchutha direkia.) Das soll heissen, dass in jeder Form, in welcher Menschen eine Herrschaft über andere Menschen ausüben, irgendwie und mit irgendeinem Ziel ein Stück des Erziehungsplanes liegt, welchen die Vorsehung in Bezug auf die Menschheit im allgemeinen und, wenn diese Herrschaft sich auch über Juden erstreckt, in Bezug auf die Juden im besonderen, hegt.

Für die Juden insbesondere ergibt sich dabei wechselnd nach Form, Schwierigkeit und Methode die Aufgabe, sich dieser Herrschaft so einzufügen, dass die Treue gegen Gott und sein Gesetz stets das Primat beansprucht. Diese Methode hat schon oft die heroische Form angenommen, dass sie in Preisgabe des Lebens, in Martyrium endete. Es ist jedenfalls klar, dass für den Preis der Religionstreue das Judentum verpflichtet ist, auf alle anderweitigen Rechte zu verzichten. Und wenn irgendeine Staatsraison diesen Verzicht fordert, so ist er eben zu leisten. Neben diese negative Einstellung tritt die positive Pflicht, alles das zu fördern, was dem Wohle des ganzen frommt. Es haben sich daher allzeit Juden bemüht, auch der kulturellen Anschauung ihrer jeweiligen Heimat gerecht zu werden und die Gabe ihres Geistes willig in den Dienst des Ganzen zu stellen. Dabei ist von höherer Warte aus immer wieder der Versuch gemacht worden, den Nachweis zu erbringen, dass die monotheistische Weltanschauung jeder Kultur die Weihe geben kann, und dass das Goethesche Wort: „Religion ist die Blüte der Kultur" den höchsten Sinn des Weltenplanes der Vorsehung erschliesst, eben durch die Zerstreuung der ältesten Träger des Monotheismus, also der Juden, allen Kulturbestrebungen der Menschheit die Möglichkeit der Vollendung zu geben. Nun ist sicher auch die Staatsform immer der Ausdruck eines fortschreitenden oder rückläufigen Kulturbegriffs. Und in jeder Form liegt die Möglichkeit, das Glück der Menschheit zu fördern, sei es nun das Glück im stillen Winkel oder das Glück in den Träumen des Imperialismus. Insofern also kann das Judentum in jeder Staatsform seiner geschichtlichen Aufgabe in irgendeiner Weise Erfüllung geben, aktiv oder leitend. Schwer ist es nur in Zeiten des Uebergangs von der einen Staatsform zur andern, weil da unter Umständen ein Konflikt der Treupflichten gegen das Vergangene und der Hingabe an den Augenblick entstehen kann. Erblickt man aber, wie oben erwähnt, auch in einem solchen Uebergang einen im ersten Augenblick allerdings undurchsichtigen Plan der Weltenleitung, so kann man eben in den Neugewordenen eine Neugestaltung der Aufgabe sehen, und es ist sehr wohl möglich, bei Erfüllung dieser Aufgabe die stille Dankbarkeit gegen das Vergangene sich zu bewahren.

Es hiesse, Eulen nach Athen tragen, wollte man noch die religiöse Pflicht gegen Staat und Staatsgesetz nochmals unterstreichen.

Der obige Artikel sollte nur die geistigen Grundlagen dieser Selbstverständlichkeit darlegen.

———

Wolf Pappenheim:

Für uns religiöse Juden ist unsere Stellung zum Staate von der Religion genau so geregelt, wie das ganze Leben des religiösen Juden. „Fördert das Wohl der Gemeinschaft, in die ich Euch bringe" hat uns der Prophet auf den Weg ins Exil als Vorschrift mitgegeben. „Betet für das Wohl der Regierung" sagt der Talmud, „denn wäre nicht ihre Autorität, so würde einer den anderen lebens verschlingen". Diese

beiden Vorschriften hat die religiöse Judenheit während des nahezu zweitausendjährigen Exils getreulich eingehalten. Auf Grund der ethischen und sozialen Vorschriften von Thauro und Talmud sind wir Juden viel weiter fortgeschritten, als heute, beinahe viertausend Jahre nach der Offenbarung am Sinai, die entwickelteren Völker halten. Das hindert selbstverständlich orthodoxe Juden nicht, allen Parteien anzugehören, soweit ihre Satzungen und Orientierung nicht gegen die Ethik verstossen. Diese durch zweitausend Jahre geübte Praxis hat zur Folge, dass auch im Grossen und Ganzen diejenigen Juden, denen die Propheten-Worte leider wertlos geworden sind, auch Patrioten und staatstreu sind und ihr Bestes, ja, ihr Leib und Leben, im genau demselben Ausmass wie die anderen Völker, für den Staat opfern. Es ist nur zu bedauern, dass unsere prominenten Glaubensgenossen den grössten Teil ihrer Zeit und Arbeit nur dem Interesse des Staates widmen und vergessen, dass sie auch ihrem eigenen Volk gegenüber grosse Verpflichtungen haben. Wir orthodoxe Juden sind gewohnt, Opfer zu bringen. So ist es das grösste Opfer, dass religiöse Juden den Sabbath halten, obwohl die Existenzbedingungen für den sabbathaltenden Juden zumindest doppelt so schwer sind wie für den freien und es gibt Gott sei Dank immer noch Millionen Juden auf dem Erdenrund, die dieses Opfer bringen, was bei unseren Glaubensgenossen, die nicht religiös sind, leider viel zu wenig gewertet wird. Das anfangs angeführte Wort des Talmuds „Wäre die Autorität der Regierung nicht, würde einer den anderen lebend verschlingen“ beweist die hohe Weisheit unserer Talmudgelehrten. Wir simplen Menschen glaubten, in den zweitausend Jahren unseres Exils würde sich die Ethik der Thora auf die Welt übertragen. Unsere Weisen verstanden es aber, dass die Ethik der Thora nur für eine minimale Anzahl der Menschen, kaum ein Prozent der Menschheit ertragbar ist, das Gros der Menschen aber die Bestie unterdrücken, eventuell überfirnissen kann, dass sie aber latent doch immer fort wütet.

Die Juden werden auch weiterhin ihre Anhänglichkeit an ihr Wohnland betätigen und hoffen, dass die sich so oft wiederholenden Attacken doch einmal von einer sich entwickelnden Sittlichkeit unmöglich gemacht werden.

Prof. Dr. Lieben :

Wenn wir heute vom Staate reden, so verstehen wir wohl noch immer darunter die Vereinigung von Bewohnern eines bestimmten Territoriums unter einer höchsten Gewalt. Geändert hat sich gewissermassen die innere Struktur des Staates, weil sich seine Zielsetzung geändert hat; der Staat ist zumindest in Europa zu einem Rechtsstaate oder besser Verfassungsstaate geworden, der den Staatsangehörigen nicht nur Pflichten, sondern im Gegensatz zum früheren Patriarchalstaate oder absoluten Staate auch Rechte einräumt, ja ihm eine eigene Rechtssphäre gegen die Staatsgewalt gibt und ihm gegen Eingriffe in diese Rechtssphäre richterlichen Schutz gewährt.

Im allgemeinen lassen sich Rechte und Pflichten folgendermassen zusammenfassen:

Der Staat gewährt seinen Angehörigen das Recht 1 auf Schutz gegen fremde Staaten, 2. auf freien Aufenthalt, 3. auf Anteilnahme an der gesetzgeberischen und exekutiven Gewalt;

er legt ihm auf die Pflicht 1. der Treue gegen den Staat, 2. des Gehorsames gegen staatliche Gesetze und Anordnungen, 3. des Anteils an den vom Staate auferlegten Lasten (Steuern, Militärdienst etc.).

Unter diesen Verhältnissen erscheint die Frage nach der Stellung der Juden im Staate und zum Staate müssig; er hat die gleichen Rechte also auch die gleichen Pflichten.

Die Frage ist nur, wie hat sich der Jude vom religiösen Standpunkte aus einzustellen? Auch diese Frage erscheint im biblischen und talmudischen Schrifttum gelöst. Jeremia (c. 29) sagt den in die Verbannung ziehenden Juden: „Fördert das Heil der Stadt, wohin ich euch geführt, betet für sie zu Gott, denn in ihrem Heil ist euer Heil.“ Und R. Chanina segan hakohanim lehrt in den Sprüchen der Väter (II. 2): „Bete für das Wohl der Regierung, denn wäre nicht die Furcht vor ihr, so würde einer den andern lebendig verschlingen.“ S. R. Hirsch verweist mit Recht darauf, dass es eine sehr weitgehende Forderung ist, nicht etwa nur in seinem Tun und Lassen, das offensichtlich und darum kontrollierbar ist, das Wohl der Stadt und des Landes zu fördern, sondern sogar für sie zu beten, eine Forderung, die an Nachdruck gewinnt, weil Reremia sie aufstellt, R. Chanina sie wiederholt, an innerer Bedeutung aber, weil sie etwas verlangt, was nicht offensichtlich, nur dem Allwissenden offenbar ist.

Und wenn auch Jeremia sowohl wie R. Chanina den gewissen eudaimonisch utilaristischen Standpunkt einnehmen „denn in ihrem Heil, ist euer Heil“ und „wäre nicht die Fucht vor ihnen, so würde einer den andern lebendig verschlingen“, so haben sie damit einfach den Standpunkt mancher neuerer Staatsrechtslehrer vorweggenommen, die dieses Prinzip als den Zweck des Staates schlechthin erklären.

Damit ist aber auch die Stellung des Juden zum Staate vom religiösen Standpunkte eindeutig klargelegt. Fraglich bleibt aber noch, wie hat sich der Jude zu einem Staate zu verhalten, der ihm seine Rechte abspricht, ihm nur Lasten auferlegt. Hier glaube ich ist weder die Weisung Jeremias noch die R. Chanina verbindlich, denn der Staat, der die Juden entrechtet, von dem kann wohl nicht behauptet werden, dass in seinem Heile auch der Juden Heil begründet ist, auch nicht, dass die Furcht vor der Staatsgewalt das Menschenleben schütze, zumindest nicht das Leben der Juden. Das Wohl eines solchen Staates zu fördern, für ihn zu beten, kann unmöglich religiöse Pflicht sein; hier muss die Stellungnahme der Juden zum Staate wohl vom politisch taktischen, vielleicht vom opportinistischen Gesichtspunkte bestimmt werden. Vom religiösen Standpunkt ist es höchstens Pflicht des Juden für diesen Staat, für diese Regierung zu beten im Sinne der weisen Beruria: Möge Sünde und Schuld vergehen, damit es keine Ungerechten mehr gebe. (Berachoth 10a.)

Rechtsanwalt Dr. Margulies :

Herr Rechtsanwalt Dr. Emil Margulies, Leitmeritz, Verfechter der Bernheim-Petition beim Völkerbund äusserte sich in einem an die Redaktion der „J. W.“ gerichteten Schreiben: „. . . Ausserdem ist das Thema, das Sie wünschen, nicht das Thema, das wir

als jüdischnational-politische Partei uns stellen. Es ist ein Problem, mit dem noch Assimilanten ringen. Wir sind eine nationale Minderheit, die im Staat und auf dem Boden des Staates und seiner Gesetze lebt. das ist eine Selbstverständlichkeit; kein Problem."

Dr. Rosenberg:

Nach jüdischer Weltanschauung ist die Uebung der Gerechtigkeit nicht nur als ein dem kategorischen Imperativ entsprechender Selbstzweck, sondern auch — und darauf ist in erster Linie Bedacht zu nehmen — als Mittel zum höchsten in der Erlösung der Menschheit zu erblickender Zweck anzusehen. Der letzteren Bedeutung der Gerechtigkeit hat der Prophet in den Worten: „Haltet das Recht und tut Gerechtigkeit, denn mein Heil ist nahe" prägnanten Ausdruck verliehen.

Neben der legalen Gerechtigkeit, die jedes Mitglied eines öffentlichen Gemeinwesens verpflichtet, das zum Gesamtwohl Notwendige nach Massgabe seiner Kräfte zu leisten, ist die austeilende und ausgleichende Gerechtigkeit der wichtigste Tragpfeiler eines Staatswesens. Das letztere Gerechigkeitsprinzip obligiert den Staat bzw. dessen Angehörige, jedem Staatsbürger eine ihm gebührende Summe von öffentlichen Gütern und Lasten zu zuteilen und ihm das S e i n i g e zu geben. Jeder Staatsbürger hat Anspruch darauf, dass ihm eine Sphäre freier Betätigung, in die niemand störend eingreifen darf, eine Freiheit, die ihm ein seiner Eigenart entsprechendes Ausleben ermöglicht, gesichert werde. Erst die Respektierung dieses Postulates erhebt den Staat zum Rechtsstaat und gereicht dem Einzelnen und der Gesamtheit zum Segen.

Gerade das Zusammenwirken differenzierter, aus verschiedenen Kultur- und Geistesrichtungen fliessender Energien und die hiedurch für die Mitglieder des Gemeinwesens gebotene Gelegenheit, einander kennen zu lernen, bedeuten ein Kraftmosaikgebilde, welches den kulturellen Aufstieg, die Entstehung einer Freundschaftsatmosphäre und die Bewirkung einer Menschheitsverbrüderung verbürgt.

Die Assimilation hingegen stellt ein Verleugnen der ausgleichenden Gerechtigkeit, einen Verzicht auf die individuelle äussere und innere Freiheit und eine Unmöglichmachung, das Ideal des Judentums, einen Freundschaftsbund aller Menschen herbeizuführen, dar.

Die Assimilation hat zwischen der Judenheit und der nichtjüdischen Welt eine Mauer des Unverständnisses und der Unkenntnis des jüdischen Wesens aufgerichtet.

Seit mehr als 2000 Jahre leben wir unter allen und mit allen Völkern und doch versteht und kennt man uns nicht! Man kennt die Juden nicht, weil sie, infolge der Assimilation grosser jüdischer Massen sich selbst nicht kennen. Bei der Berührung mit einer fremden Kultur wird von der jüdischen Kultur so viel abgegeben, dass eine Privation des jüdischen Wesens eintritt.

Lapidar und treffend kennzeichnet der Prophet das Wesen der Assimilation und dessen unheilvollen Folgen:

Efraim mengt sich unter die Völker, er ist wie ein Kuchen, den niemand umwendet, Fremde fressen seine Kraft, doch will er es nicht merken, er hat auch graue Haare bekommen, ohne dessen inne zu werden. Die Folge der Unkenntnis des jüdischen Wesens bzw. der Assimilation ist der Antisemitismus und eine materielle und geistige Kraftvergeudung des Judentums.

Nur wenn wir uns selbst entdecken, wenn wir uns auf das jüdische Wesen besinnen, wenn wir als aufrechte religiös-nationale Juden und als treue Staatsbürger vom Staate die Gleichberechtigung verlangen, werden wir dem Judentum, dem Staate und der Gesamtmenschheit nützen und unsere Aufgabe, der Menschheitserlösung zu dienen, erfüllen können.

Geben wir der nichtjüdischen Welt durch eine echte jüdische Lebensweise Gelegenheit, uns verstehen und kennen zu lernen, und der Judenhass wird der Vergangenheit angehören.

—oo—

Selbstverständlich betrachten wir die Debatte über diese ausserordentlich wichtige und zeitgemässe Frage noch nicht als abgeschlossen. Viele Diskussionsredner (insbes. aus Deutschland) die bereits schriftlich — zum Teil auch telegraphisch — ihre Stellungnahme ankündigten, haben aus begreiflichen Gründen kurz vor Redaktionsschluss ihre Teilnahme an der Diskussion absagen müssen.

Die Lösung des zur Diskussion gestellten Problems hängt u. E. in Wesentlichen von der Klärung folgender 2 Fragen ab:

1. Empfiehlt es sich, dass die Juden aller Länder sich gemeinsam gegenüber dem Völkerbund als nationale Minderheit erklären lassen, um auf diesem Wege als Kollektivum die völkerrechtliche Anerkennung ihrer Gleichberechtigung verlangen zu können?
2. Oder erscheint es opportun, dass nur die Judenheit einzelner Länder, in denen in der Praxis konfessionelle bezw. nationale Unterschiede gemacht werden, die völkerrechtliche Anerkennung ihrer Gleichberechtigung verlange?

Im letzteren Falle, müssten naturgemäss die Schicksalsfragen der Judenheit von dem Standpunkte der einzelnen in Betracht kommenden Staaten aus und unter Berücksichtigung der dort geübten Praxis, behandelt werden. Lediglich die Stellungnahme des Grandrabbin von Jugoslavien, Herrn Senator Dr. Alcalay ist dementsprechend gehalten, und zwar gibt sie Aufschluss über das erfreuliche, harmonische Verhältnis zwischen der jüdisch-nationalen Minderheit und der übrigen Bevölkerung Jugoslaviens. In diesem Lande dürfte also ein spezieller völkerrechtlicher Schutz der dort lebenden Juden nicht erforderlich sein.

Wir werden die Diskussion auf dem Korrespondenzwege fortsetzen und die Stellungnahme der in Betracht kommenden Persönlichkeiten des jüdischen Lebens aller Länder, nebst mehreren völkerrechtlichen Vorschlägen, in einer der nächsten Nummern veröffentlichen.

D i e R e d a k t i o n.

Zur Beachtung!

Infolge der durch technische Umstände verzögerten Hera sgabe der Nummer 2 der „J. W." wird Nummer 3 erst am 15. August 1933 erscheinen können, damit die Teilnahme an der Diskussion über das Thema „Ist jüdisches Blut minderwertig ?" zeitlich möglich ist.

Beginnend mit der Nummer 4 wird die „Jüdische Welt" zweimal monatlich u. zw. am 1. und am 15. jeden Monats — erstmalig am 1. September — erscheinen.

Das unparteiische Weltorgan „Die jüdische Welt" wird schliesslich eine bedeutsame Erweiterung und Ausgestaltung durch Einschaltung zweier weiterer Rubriken: „Internationale Informationen über Recht und Wirtschaft" und „Die Welt des Geistes" erhalten. Während die erstgenannte Rubrik dem Leser der „J. W." über die ihn interessierenden Rechts- und Wirtschaftsfragen — insbesondere über Palästina — Aufschluss geben wird, werden in der letzgenannten Rubrik führende Persönlichkeiten aus den Bereichen der Wissenschaften und Kunst zu Wort kommen.

Der Bezugspreis bleibt dennoch der gleiche!

Der Herausgeber.

II. EREIGNISSE IM JÜDISCHEN LEBEN (MONATSREVUE)

London, 1. Juni. „Jewish Chronicle", der bisher der Einberufung eines jüdischen Weltkongresses ablehnend gegenüberstand, befasst sich in seiner Nummer vom 1. Juni neuerlich mit dieser Frage. In dem betreffenden Artikel wird auf die Aenderung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse hingewiesen, die eingetreten ist, seit dem der Board of Deputies of British Jews im vergangenen Jahre die Einladung zur Teilnahme an dem Kongress ablehnte. „Jewish Chronicle" fordert, dass der Kongress nicht auf das kommende Jahr verschoben, sondern zum schnellstmöglichen Zeitpunkt einberufen werde.

Mannheim, 1. Juni. Das vom Reichsbanner zu Ehren des als Kriegsfreiwilliger 1914 an der Front gefallenen jüdischen Reichstagsabgeordneten Ludwig Frank errichtete Denkmal am Luisenpark in Mannheim ist jetzt auf Veranlassung der Stadtverwaltung entfernt und das Fundament eingeebnet worden. Bekanntlich war das Denkmal vor wenigen Wochen schwer beschädigt und die Gedenkplakette gestohlen worden.

Jerusalem, 1. Juni. Laut Mitteilung der Esperanto-Gesellschaft in Jerusalem wird der nächste Esperantokongress voraussichtlich noch in diesem Sommer in Palästina stattfinden. Verhandlungen mit dem Zentralbüro des Esperantoverbandes sind bereits aufgenommen.

Jerusalem, 1. Juni. Das Porträt des Frühers der Zionisten-Revisionisten Wladimir Jabotinský, das vor vielen Jahren im Beth Olim (Heim der Chaluzim) gehangen hat, ist gestohlen worden. Es wird angenommen, dass die neuangekommenen Chaluzim, die Gegner Jabotinskys sind, das Bild entfernt haben.

Berlin, 2. Juni. Das preussische Staatsministerium hat am 15. Mai 1933 das Erbrecht für bäuerliche Betriebe des Landes Preussen neu geregelt. Das Gesetz umfasst 63 Paragraphen; über denjenigen Teil, der sich auf die Rassenfrage bezieht, macht die „Frankfurter Zeitung" folgende Angaben: Nur wer deutscher Staatsbürger und „deutschen oder stammesgleichen Blutes ist", kann Bauer sein und einen Erbhof besitzen. Es kann nicht Erbhofbauer sein, wer unter seinen übrigen Vorfahren bis zurück zu den Grosseltern eine Person „jüdischer oder farbiger Herkunft" hat. Schliesst ein Bauer mit einer solchen Person in Zukunft die Ehe, so werden die Nachkommen dauernd unfähig, als Besitzer eines Erbhofes Bauer zu sein. Die Eintragung in die Erbhöferolle setzt voraus, dass der Eigentümer deutscher Staatsbürger und „deutschen Blutes" ist. Wenn sich bei Nachprüfung ergibt, dass im Mannesstamm des Eigentümers ein Vorfahr „nicht deutscher Art" ist, so ist die Eintragung des Hofes in die Erbhöferolle abzulehnen. Der Eigentümer darf sich dann nicht Bauer nennen. Erweist sich, dass zwar der Mannesstamm rein ist, dass aber unter den übrigen Vorfahren des Eigentümers bis hinauf zu den Grosseltern einschliesslich eine Person „nicht deutscher Herkunft" ist (die Qualitätsunterschiede sind nach dem Gesetzestext zitiert), so ist der Hof zwar in die Erbhöferolle einzutragen und damit unter den Schutz des Anerbenrechts zu stellen, es soll aber dabei vermerkt werden, dass die von dieser Person abstammenden Eigentümer des Hofes bis ins zweite Glied nicht das Recht haben, sich Bauer zu nennen die Urenkel einer solchen Person können also wieder Erbhofbauern werden. „Erbunwürdige (BGB. §§ 2339 ff.), rechtskräftig zu Zuchthaus Verurteilte und Nichtdeutschblütige" scheiden als Anerben überhaupt aus.

Erfurt, 2. Juni. Das thüringische Staatsministerium hat ein Gesetz erlassen, wonach die Genehmigung zur Zerschlagung eines Gutes oder zur Abtrennun einzelner Grundstücke von einem Gute zu untersagen ist, wenn dabei Personen nichtarischer Abstammung mitgewirkt haben.

Frankfurt a. M., 2. Juni. Die Siebungsaktion in der Frankfurter Stadtverwaltung auf Grund des Arierparagraphen ist zu einem gewissen Abschluss gelangt, etwa 50 Angestellte und Beamte werden betroffen. Bis jetzt sind bei pensionsberechtigten Beamten und Beamtinnen 18 Beurlaubungen ausgesprochen worden, die endgültigen Entlassungen können bekanntlich nur durch die Ministerien direkt vorgenommen werden. Es wird erwartet, dass bei der ungeheueren Häufung des Materials bei den Zentralstellen — etwa 5000 Fälle waren zu bearbeiten — bis zur endgültigen Regelung noch einige Zeit vergehen wird.

Frankfurt a. M., 2. Juni. In seiner Nummer vom 30. Mai nimmt der „Israelit" in einem „Und wieder Weltkonferenz und Weltkongress!" überschriebenen Artikel zu dem Plan der Einberufung eines jüdischen Weltkongresses Stellung. Gegenüber den Absichten, den Kongress bereits im kommenden Winter abzuhalten, schreibt der „Israelit", es „wäre heute nach allem, was inzwischen vorgegangen, und nach der Stimmung im Ausland, dem Kongress gar nicht möglich, ein anderes Tthema als Deutschland in den Mittelpunkt seiner Arbeiten zu stellen. Und dass solche öffentliche Schaustellung der jüdischen Tragödie in Deutschland heute Deutschlands Juden noch weniger dienlich und erwünscht wäre, muss nicht erst gesagt werden." „Israelit" meint, diese Gefahren würden auch von den grossen Organisationen der englischen und amerikanischen Juden beachtet werden, und schliesst:

Diese unsere Meinung hindert uns nicht, zu wiederholen, dass eine ruhige, gänzlich undemagogische Zusammenkunft verantwortungsbewusster jüdischer Instanzen zur Beratung der derzeitigen jüdischen Lage wohl diskutabel wäre. In der Art aber, wie diese Zusammenkunft von New-York aus in

Scene gesetzt werden soll, wird sie höchstens auch den Boden für eine ruhige und sachliche internationale Beratung von vornherein vernichten.

H a m b u r g, 2. Juni. „Ueber die Judenfrage werden wir niemals mit der Welt in eine Diskussion eintreten, weil es sich um die Sicherung unserer Volkskraft handelt", sagte, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, Reichskommissar Dr. Frank II in einer am Donnerstag stattgefundeden Gründungskundgebung der Nationalsozialistischen Front des deutschen Rechts. Dr. Frank II behandelte u. a. die Aufgaben des nationalsozialistischen Juristenbundes und erklärte: „Wir werden uns hüten, dem Liberalismus eine Wendung zum Nationalsozialismus zu befehlen. Ich behalte mir vor, sehr scharf zu sieben, denn vor einem wollen wir uns bewahren, vor der Verfälschung unserer Idee. Wir wollen die Freiheit der Rechtsberufe und die Unabhängigkeit des deutschen Richters sicherstellen, sie wird aber nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie sich einreiht in die nationalsozialistische Gedankenwelt."

B e r l i n, 2. Juni. „Wolffs Telegraphen-Büro" teilt mit: „Der dauernd und bedrohlich zunehmende Geburtenrückgang, die Benachteiligung der erbgesunden Familien, wie auch die mehr und mehr in Erscheinung tretende Rassenmischung und Entartung der deutschen Familie erfordern die grösste Aufmerksamkeit und Beachtung der Reichsregierung, um diese Entwicklung durch gesetzlich zutreffende Massnahmen aufzuhalten und sowohl quantitativ wie qualitativ den Bestand unseres Volkes zu sichern.

Zur Unterstützung bei der Vorbereitung dieser Massnahmen hat der Reichsminister des Innern an Stelle des im Jahre 1930 begründeten „Reichsausschusses für Bevölkerungsfragen" einen „Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik" berufen.

B e r l i n, 2. Juni. Unter der Ueberschrift „Zahlen, die beweisen", nimmt die „C. V.-Zeitung" in ihrer Nummer vom 1. Juni Bezug auf die grosse Reichstagsrede des Kanzlers, in der als Merkmal der deutschen Not die hohe Zahl der Selbstmorde in den letzten anderthalb Jahrzehnten hervorgehoben wurde. Die „C. V.-Zeitung" hat den jüdischen Anteil an den Selbstmorden der Gesamtbevölkerung der Freistaaten Preussen und Bayern für die Jahre 1921 bis 1928 ermittelt und macht darüber folgende Angaben:

In Preussen beträgt die Zahl der Personen, deren Tod durch Selbstentleibung eintrat, in den acht Jahren von 1921 bis 1928 69.944. Davon waren 49.212 Männer und 20.732 Frauen. Innerhalb dieser Gesamtzahl sind die Juden mit 1.390 Personen enthalten, darunter 860 Männer und 530 Jüdinnen. Setzt man die Gesamtzahlen derer, die in Preussen in den Freitod gegangen sind, mit den darin enthaltenen Zahlen der Juden in Beziehung, so ergibt sich, dass unter 100 Selbstmördern 2 Juden waren. Bei den Männern liegt der Prozentsatz unter dieser Ziffer, bei den Frauen noch darüber. Da innerhalb der Bevölkerung Preussens der Anteil der Juden 1,1 vom Hundert beträgt, so bedeutet dies, dass die seelischen und wirtschaftlichen Gründe, die zum Freitod geführt haben, bei den Juden im Verhältnis fast doppelt so stark gewirkt haben als bei den nichtjüdischen Bevölkerungskreisen Preussens.

Aehnlich ist das Ergebnis in Bayern. In diesem Land betrug in den acht Jahrn von 1921 bis 1928 die Gesamtzahl der Selbstmorde 9.596, darunter waren 6.832 Seblstmorde von Männern und 2.773 von Frauen. Die entsprechenden Zahlen der Juden sind 147 bezw. 101 und 46. Errechnet man wiederum den Anteil der Selsbtmorde von Juden innerhalb der Gesamtzahl derer, die den Freitod gewählt haben, so ergibt sich daraus ein Anteil von 1.53 Prozent jüdischer Selbstmorde, der ebenso wie in Preussen bei den Männern etwas niedriger, bei den Frauen etwas höher ist. Da innerhalb der Bevölkerung Bayerns der Anteil der Juden 0.7 Prozent beträgt, so ergibt sich für Bayern noch stärker als für Preussen, um wieviel mehr Not und Elend dazu geführt haben, jüdischen Bewohnern Bayerns den Mut zum Leben zu nehmen. Das Blatt schliesst:

Wenn es eines erneuten Beweises für die Verbundenheit der Juden mit dem Land, das ihre Heimat ist und in dem sie ihr Brot suchen, bedarf, so geben ihn die vorstehenden erschütternden Anteilszahlen.

J e r u s a l e m, 2. Juni. Im Monat April 1933 haben sich insgesamt 2110 Personen nach Palästina begeben. Von diesen sind 1827 Juden. 147 jüdische Einwanderer gehören der Kapitalistenklasse an.

J e r u s a l e m, 2. Juni. Die auf der Insel Cypern gelegene JCa-Kolonie Margoa wurde von zwei palästinensischen Juden käuflich erworben. Die Käufer beabsichtigen, in der Kolonie Orangenpflanzungen anzulegen.

M o s k a u, 2. Juni. In Charkow verstarb dieser Tage der jüdische Schriftsteller Abraham Kotik, Verfasser einer Reihe populärwissenschaftlicher Werke, im 68. Lebensjahre. Er war Redakteur und Herausgeber von verschiedenen wissenschaftlichen Bibliotheken und Lehrbüchern. Nach dem Weltkriege ist er nach Amerika ausgewandert, wo er eine prominente Rolle in der jüdischen Kooperativ-Bewegung gespielt hat. 1926 kam er nach Russland zurück, widmete sich hier der Erziehungsarbeit und organisierte die jüdische Abteilung bei der Arbeiter-Universität in Charkow.

W i e n, 2. Juni. Oesterreich exportierte 1931 nach Palästina Waren im Werte von 2,18 Mill. S., 1932 etwas weniger, nämlich für 1,98 Mill. S. Im ersten Vierteljahr 1933 dagegen zeigt eine starke Zunahme, denn die Ausfuhr erreichte in dieser Zeit einen Wert von 0,75 Mill. S. Wie gemeldet wird, hält diese Steigerung an und erstreckt sich besonders auf Pumpen und Bewässerungsapparate, Elektro-Material und Eisenwaren, aber auch auf Lederwaren und andere Industrieerzeugnisse.

B e r l i n, 3. Juni. „Deutsch-Evangelische Korrespondenz" meldet: Nach den letzten Angaben des „Kirchlichen Jahrbuchs" gibt es im evangelischen Deutschland verhältnismässig nur wenig Judenchristen. 1920 zählte man 452 jüdische Uebertritte, 1925: 226, 1929: 172, 1930: 212. Noch geringer sind selbstredend Uebertritte vom evangelischen Bekenntnis zum Judentum. Hier zählte man 1920: 82, 1925: 44, 1929: 36, 1930: 55. Unter „Judenchristen" versteht die „Deutsch-Evangelische Korrespondenz" solche Angehörige der Evangelischen Kirche, die vom Judentum zum Christentum übergetreten sind.

B e r l i n, 3. Juni. Der neugegründete Jugendbund „Herzlia", der es sich zur Aufgabe gestellt hat, gemeinsam mit anderen staatszionistischen Organisationen die jüdische Jugend Deutschlands im Sinne des Herzlischen Zionismus zu erfassen, veröffentlicht einen Aufruf, in welchem er an die jüdische Jugend in Deutschland appelliert, sich vom Sozialismus abzuwenden und zum Nationalismus zu bekennen.

„Nicht erst heute", heisst es in dem Aufruf, „haben wir erkannt, dass der Weg der jüdischen Jugend zum Sozialismus ein Irrweg gewesen ist, dass er weder dem Sozialismus noch dem Judentum den geringsten Nutzen gebracht hat.

Wir waren jüdische Nationalisten zu einer Zeit, als uns noch die anderen jüdischen Gruppen deswegen aus dem Saal herausprügeln wollten. Wir bekennen uns auch heute freudig zum nationalen Judentum, obgleich der uns umgebende Nationalismus den Antisemitismus, unseren grössten Schmerz, in seinem Gefolge hat.

Aber gerade in diesem Augenblick erhält unser zionistischer Kampf eine Bedeutung, die er für die grosse jüdische Oeffentlichkeit niemals gehabt hat. Heute gilt es, der jüdischen Jugend, die apathisch auf das grosse, über sie hereingebrochene Geschick blickt, eine Heimat, einen Zukunftsglauben, und damit neue Lebenskräfte zu geben."

Der Aufruf schliesst mit dem Appell an die jüdische Jugend, sich in die Reihen der Nationalen Jugend „Herzlia" einzugliedern.

Stuttgart, 3. Juni. In der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft in Stuttgart sprach in einer Versammlung der bekannte Hamburger Kulturpolitik Dr. Wilhelm Stapel über das Thema „Wie stellen wir uns als Deutsche und Christen zur Judenfrage?" Im einzelnen führte er u. a. aus:

Der Antisemitismus sei keine deutsche Erfindung, er sei uralt; heute seien seine Ursachen beim jüdischen Händler und beim jüdischen Literaten zu suchen. Die Zeit, da diese Händler und Literaten zur Macht gekommen sind, sei das Zeitalter des Liberalismus gewesen. Die Juden seien biologisch älter als die Deutschen, der Aeltere bedürfe des Jüngeren, daher die jüdische Vorliebe für die Deutschen. Und wie nun im Leben draussen der ältere erfahrene Mensch oft auf den jüngeren herabschaus und ihn dadurch oft kränke, so sei das auch bei den Juden im Verhältnis zum deutschen Volk. Zwar gebe es sowohl konservative, wie liberale und kommunistische Juden. Man müsse sie aber dennoch als Einheit nehmen, weil der Jude, da er in einem fremden Lande lebe, stets Propagandist sei. Er müsse es sein, um sich zu rechtfertigen. Das erkläre auch jene Gemeinsamkeit der Wirkung, die in der vergangenen Zeit deutlich darin zum Ausdruck gekommen sei, dass wir in Deutschland weithin eine Assimilation zum Judentum hin gehabt hätten, wie z. B. bei der in Deutschland bisher herrschenden geistigen Korruption.

Das Judentum hätte eine weitreichende aussenpolitische Macht. Sie wirke sich nicht im Dienste des Gastlandes, sondern in dem des Weltjudentums aus. Die Deutschen bekämen jetzt diese Weltmacht zu spüren, weil die neuen Männer die Juden mit einem Ruck abgeschüttelt haben. Ein Zurückweichen vor dieser Macht dürfe es aber nicht geben, sonst stehe eine schwere Niederlage in Aussicht.

Mussolini hätte die Judenfrage im Sinne der Assimilation gelöst. Luftfahrtsminister Balbo sei Jude, in Deutschland wäre das unmöglich. In Italien könne sich der Jude viel leichter assimilieren, weil er dort rassenmässig schon rein äusserlich gar nicht auffalle. In Deutschland aber sei der Typenunterschied schon viel zu gross. Deutschland entwickle sich jetzt zu einem berufsständischen Staat. Die Juden müssten sich darin als Juden zusammenschliessen. Bei einer solchen Lösung bliebe das Judentum getrennt vom Deutschtum erhalten. Wenn aber das Weltjudentum nicht von seiner Propaganda gegen Deutschland ablasse, so müsste ein Weltantisemitismus geschaffen werden. Auf die Dauer würden die Deutschen die stärkeren bleiben.

Paris, 4. Juni. Das Hilfskomitee für jüdische Auswanderer aus Deutschland veröffentlicht seine erste Beitragsliste. Bisher wurden 1,375.000 Francs gesammelt. Die Brüder Rothschild haben hiervon eine halbe Million Francs beigesteuert.

Berlin, 4. Juni. Die „Reichsvertretung der deutschen Juden" erlässt die nachfolgende Erklärung: Die deutsche Judenfrage verlangt ein klares Wort der deutschen Juden. Vor dem deutschen Judentum steht das Schicksal, zum Entrechteten in der deutschen Heimat zu werden. In ihrer Ehre getroffen können die deutschen Juden als die Wenigen sich nicht verteidigen; aber es darf ihnen nicht verwehrt sein, ihre Haltung offen und aufrichtig kundzutun.

Die deutschen Juden weisen es von sich, als die Anhänger oder Urheber irgend eines „Systems" angeprangert zu werden, während sie in Wahrheit immer bewiesen haben und auch jetzt zu beweisen bereit sind, dass sie sich jeder staatlichen Ordnung willig und freudig unterordnen, wenn sie ihnen Würde, Arbeit und Freiheit lässt.

Die deutschen Juden lehnen es ab, immer wieder auf ihre jahrhunderte alte deutsche Kultur zu verweisen, auf ihre dauernde Verbundenheit mit deutschem Land und deutschem Geist. Die Wirklichkeit der Geschichte spricht für sie, spricht von ihrer Arbeit, ihrem Willen und ihrer Treue, von ihrer Verbundenheit mit dem deutschen Volke.

Wir dürfen erwarten, dass auch die Auseinandersetzung mit uns auf dem Boden des Rechts und mit Waffen der Vornehmheit geführt werde, dass ehrliche Klarheit über unseren Platz und unseren Weg in dem Raume des Lebens geschaffen werde. Eine offene Aussprache mit der Reichsvertretung der deutschen Juden, welche die Gemeindeverbände und die grossen jüdischen Organisationen und damit die Gesamtheit des deutschen Judentums umfasst, vermag zum Ziele zu führen, das Wohl Deutschlands erfordert es ebenso wie das der deutschen Juden.

Montreux 5. Juni. Die Minderheitenkommission des Weltverbandes der Völkerbundligen widmete ihre Sitzung vom 4. Juni der Lage der Juden in Deutschland.

Dr. Ben Zion Mossinsohn, der die palästinensische Völkerbundsliga vertrat, schilderte in einer ausführlichen Ansprache, wie die Juden in Deutschland systematisch um ihre Rechte gebracht werden; er erklärte dies für eine Verletzung der elementarsten Grundsätze menschlicher Rechte und betonte die Notwendigkeit, einen grosszügigen Plan auszuarbeiten, um den aus Deutschland ausgewanderten Juden Hilfe zukommen zu lassen, besonders ihnen die Einwanderung nach Palästina zu erleichtern.

Frau Dugdale, Herr Borel von der französischen Völkerbundsliga und Herr Baxa von der tschechoslowakischen Völkerbundsliga vertraten den Standpunkt, dass Rassenverfolgung nicht, wie Deutschland behaupte, eine interne Angelegenheit Deutschlands sei; sie erklärten, dass die Art, wie Deutschland seine Juden behandle, das Gewissen der Welt aufrühre.

Der neue Leiter der deutschen Delegation, Gouverneur Dr. Schnee, erklärte, dass einige der von der deutschen Regierung ergriffenen Massnahmen nur vorübergehenden Charakter haben. Die ganze Angelegenheit sei noch nicht beendigt, der Verband müsse die Resultate abwarten. Dr. Schnee bestand darauf, dass die jüdische Frage eine interne politische Angelegenheit ist, und sagte, dass die deutschen Juden keine Minderheitsrechte wollen.

Herr Motzkin erwiderte auf die deutschen Argumente und gab eine Analyse der antijüdischen Gesetzgebung in Deutschland, er forderte, dass der Kongress dieselbe verurteile.

Herr Mander setzte sich sodann mit Dr. Schnee auseinander. Wir Engländer, sagte er, sind stolz auf die englischen Juden und ihre Leistungen für die englische Nation.

Die Kommission ernannte eine Unterkommission aus acht Mitgliedern, einschliesslich Herrn Motzkin, die die Aufgabe hat, den Text der Resolution über das Verhandlungsthema zu entwerfen.

J e r u s a l e m, 5. Juni. In diesen Tagen fand eine Konferenz von Vertretern 26 arabischer Dörfer und jüdischer Kolonien in Obergaliläa statt. Es wurde beschlossen, die Errichtung einer Landwirtschaftsband und die Gewährung einer Regierungsanleihe zur Besserung der Lage der Landwirtschaft in Obergaliläa zu fordern.

J e r u s a l e m, 5. Juni. Der jüdische Dozent an der Government Law School, Mani, hat den Auftrag, in einer arabisch-jüdischen Klasse über internationales Recht zu lesen. Anlässlich seiner ersten Vorlesung am 1. Juni blieben die arabischen Studenten demonstrativ dem Kolleg fern.

P a r i s, 5. Juni. In Constantine in Algerien ist es zu schweren antijüdischen Unruhen gekommen. Polizei und Militär mussten herbeigerufen werden, um die Ruhe wiederherzustellen. Truppen bewachen das jüdische Viertel. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

W a r s c h a u, 5. Juni. Das Jüdische Hospital in Warschau hat den berühmten Internisten Professor Hermann Zondek, früheren Direktor des Urban-Krankenhauses in Berlin, eingeladen, die Leitung seines mit Hilfe des Jewish Joint Distribution Committee of America errichteten Pathologischen Instituts zu übernehmen. Die polnische Regierungsbank hat eine Sonderanleihe bewilligt, um die schnellstmögliche Fertigstellung des Instituts-Gebäudes zu ermöglichen.

G e n f, 6. Juni. Der Völkerbundsrat behandelte am Dienstag vormittag noch einmal die Petition des früheren kaufmännischen Angestellten in Gleiwitz, Franz Bernheim, worin bekanntlich geltend gemacht war, dass die Anwendung der Ariergesetze in Oberschlesien das Genfer Abkommen von 1922 verletze. Die nach der ersten Verhandlung eingesetzte Juristenkommission hatte sich auf den Standpunkt gestellt, dass die erhobenen Einwände zu verneinen seien und die Petition zulässig sei. Der deutsche Vertreter im Völkerbundsrat, Gesandter von Keller, gab gleich zu Beginn der Sitzung die Erklärung ab, dass er durch die Beweisführung des Juristenausschusses nicht überzeugt worden sei und dass er infolgedessen sich bei der Abstimmung über den Bericht der Stimme enthalten werde. Der deutsche Vetreter führte hierzu u. a. aus: „Das vorliegende Juristengutachten stellt sich in der von ihm behandelten Rechtsfrage auf einen anderen Standpunkt, als ich ihn bei der Erörterung im Rate einkommen hatte. Wenn man die Auffassung des Juristen-Gutachtens zugrunde legt, so würden allerdings die in der vorigen Sitzung von mir gegen den Bericht geltend gemachten Bedenken in wesentlicher Hinsicht beseitigt sein. Bei aller Hochachtung für die drei hervorragenden Juristen darf ich dennoch mit aller Offenheit sagen, dass ihre Beweisführung mich nicht überzeugen konnte, zumal in dem Gutachten auf die von mir bei dem Komitee vorgebrachten einzelnen Argumente nicht näher eingegangen worden ist. Obwohl ich nicht überzeugt bin, begrüsse ich dennoch loyal die gute Tradition, dass, wenn der Rat zweifelhafte Rechtsfragen durch unparteiische juristische Experten prüfen lässt, die Stellungnahme dieser Experten nicht einfach beiseite geschoben wird. Ich darf jedoch noch zwei Bemerkungen hinzufügen, eine, die sich auf die zur Entscheidung stehende Angelegenheit bezieht, und eine andere, die allgemeinerer Art ist und sich auf zukünftige Fälle bezieht. In der Angelegenheit selbst hat die deutsche Regierung, wie ich nochmals betonen möchte, von Anfang an ahne alle Rücksicht auf Fragen des Verfahrens den Standpunkt eingenommen, dass sie sich an die internationalen Verträge, und somit auch an die Genfer Konvention gebunden hält, und dass etwaige Massnahmen nachgeordneter Behörden, die mit dem Abkommen nicht in Einklang stehen, korrigiert würden. Ich kann aber wiederholen, und möchte nachdrücklich betonen, dass nach Auffassung der deutschen Regierung dadurch die ganze Debatte von Anfang an gegenstandslos gewesen ist. Immerhin lege ich Wert darauf, meine frühere Erklärung nochmals ausdrücklich zu bestätigen. Weiterhin möchte ich bemerken, dass sich die Mitglieder des Rates, wenn sie sich jetzt auf den Standpunkt des Juristen-Gutachtens stellen, der Tatsache bewusst sein müssen, dass sie sich — da es sich um die Praxis des Minderheitenschutzes in Oberschlesien handelt — zugunsten eines Grundsatzes von weittragender Bedeutung aussprechen. Es ist selbstverständlich, dass in Zukunft bei allen Beschwerden, ganz gleichgültig, gegen wen sie sich richten mögen, nach diesem Grundsatz verfahren wird.

Darauf erstattete der irländische Delegierte Lester seinen etwas gemilderten Bericht und erklärte zum Schluss wie gewöhnlich in ähnlichen Fällen, dass die deutsche Regierung den Rat nun über ihre Entscheidungen und Massnahmen zur unverzüglichen Wiederherstellung der normalen Situation derjenigen Personen, die infolge der Zugehörigkeit zur Minderheit ihren Beruf nicht hätten ausüben können, in Kenntnis setzen wolle.

Mit den Stimmenthaltungen Deutschlands und Italiens wurden nach längerer Debatte der Bericht und das juristische Gutachten angenommen.

B e r l i n, 6. Juni. Die unter dem Namen „Die Brücke" erscheinende Sonntagsbeilage des „Berliner Tageblatts", welche regelmässig Diskussionen über kulturpolitische Probleme bringt, behandelt in ihrer Pfingstnummer vom 4. Juni die Frage der Juden in Deutschland. In einem Vorwort stellt die Redaktion fest, damit werde „zum ersten Male vor der deutschen Oeffentlichkeit das Problem der Eingliederung der deutschen Juden in das neue Deutschland behandelt."

Die „Gründe des Antisemitismus" behandelt F. R. Nord, ein nationalsozialistischer, besonders auf dem Gebiet der Rassenfrage arbeitender Schriftsteller. Er erklärt „das jüdische Element erst sekundär palästinensisch, primär aber an die geophysischen Verhältnisse Arabiens gebunden" und fährt dann fort:

„Die Freiheit und Unabhängigkeit des arabischen Menschen, des Nomaden, ist die Freiheit und die Unabhängigkeit des im Raum Rechtlosen, weil im Raum Eigentumslosen. Frei innerhalb der Weite seiner Steppen ist der Lebensbegriff des Nomaden ein Machtbegriff, zeitlich. Was heute dir gehört, kann morgen mir gehören und umgekehrt, je nach den Wandlunggen der Macht. Der Nomade anerkennt keine Bindungen im Raum, sondern bleibt dem Zeitlichen untertan.

Der sesshafte Ackerbauer ist mit seinem Boden verbunden, mit all dem, was dieser Boden ihm als Ertrag zu schaffen gestattet. Und aus der Sicherung, die ihm sein Eigentum

an Boden gewährt, erwächst sein Unabhängigkeitssinn, sein Freiheitsbegriff.

So ergibt sich schon hier eine vollständig verschiedene Grundeinstellung zwischen Arier und in diesem Falle Juden. Dabei bedeutet es nichts, dass der in Deutschland ansässige Jude seit Generationen dort leben mag, seine individuellen Perzeptionen aus der glichen Umwelt erhält, denn das ihm aus der Tiefe seines Gewordenseins eigentümliche Assimilationsvermögen zwingt ihn zu anderen geistigen Assoziationen, als sie den seit Tausenden von Jahren im Sesshaften, also im Raume gebundenen Ariern wesenhaft sind... Es liegt im Bereich des in Deutschland lebenden Judentums, seine ihm innewohnenden und ihm eigentümlichn, auf ein sesshaftes Volk auf sesshaften Geschlechterfolgen irritierend wirkenden Anlagen möglichst zurückzustellen und, den tatsächlichen Entwicklungsvorgängen Rechnung tragend, seinerseits Gerechtigkeit vom individuellen Standpunkt aus in den Vordergrund seines Handelns zu stellen. Nur dann wird es möglich werden, zu einem geschichtlich reibungslosen Fortgang der Geschehnisse zu gelangen."

Ernst von Salomon geht in seinem Aufsatz „Am Scheidewege" davon aus, dass die aus dem Ghetto herausstrebenden Juden durch Bekenntnis zum Deutschtum auch am deutschen Schicksal teilzunehmen suchten, und wirft dann die Frage auf", von wem nun in jener Zeit des Liberalismus das Deutsche repräsentiert... wurde". Dies sei diejenige Schicht gewesen, die zu Liberalismus und Kapitalismus neigend, „in Haltung und Charakter westlich bestimmt, also undeutsch war... Somithin musste der Kampf um die wirkliche Deutschheit gegen den Liberalismus geführt und mit Antisemitismus identisch werden". Der Jude in Deutschland stehe nunmehr vor einer Alternative: „Entweder er geht ins Ghetto zurück, betrachtet sein Jahrhunderte langes Strben nach Emanzipation, das heisst nach einem Aufgehen seines eigenen Volkstums, als einen Irrtum, der durch besondere Strenge gegen sich selbst im letzten Augenblick gerade noch wieder gut zu machen geht, oder aber er entscheidet sich durch Bekenntnis für das Schicksal des Deutschen und bejaht in diesem Falle vorbehaltlos neben der Beseitigung des Liberalismus als Herrschaftsform auch den Durchbruch des deutschen Willens, der ja noch lange nicht vollendet ist. Das bedeutet aber, dass der Jude, der diese Entscheidung in sich vollzieht, endgültig sich von denjenigen Juden trennt, die dieselbe Entscheidung zu vollziehen nicht in der Lage sind... Mit dem Verschwinnden des Liberalismus und des Kapitalismus, und also mit dem Verschwinden auch des sich in seiner Herrschaftsform breitmachenden Judentums ist dem Antisemitismus mit dem Gegner zugleich die Existenzberechtigung entzogen".

„Eine deutsche Mutter spricht" lautet ein Beitrag von Pauline Leiser, in dem es heisst:

„... Aus wie vielen christlichen Familien haben Söhne und Töchter jüdisch geheiratet, sollen Vater und Muttre nun die Kinder hassen? Nein, sie erlebten es: der Jude ist nicht schlecht! Und sie lernten ihn schätzen. Haben nicht unendlich viele christliche Menschen einen guten, treuen jüdischen Freund? Ja, denkt denn keiner der Antisemiten daran, dass diese Familien nicht auch der neuen Aera mit freudigem Heezen Gefolgschaft leisten möchten, wenn man sie nicht zurückstossen würde?

Dr. Wilhelm A. Dyes weist in einem „Wertfaktoren Deutschlands" überschriebenen Aufsatz auf die Leistungen der deutschen Juden für die Chemie und damit für die deutsche Wirtschaft hin. Er schreibt u. a.:

„Unsere deutsche Volkswirtschaft hat viele Milliardenwerte aus den Leuna-, Oppau-, Ludwigshafen-, Höchster-, Cassella-, Agfa-Werken erhalten, Tausende von Menschen dank dieser Gelehrten und Pioniere nichtarischer, aber deutscher Herkunft beschäftigen können. Der „Thermit" eines Hans Goldschmidt und die wissenschaftlichen Forschungen eeines Willstätter in München haben den Ruf deutscher Wissenschaft und Technik überall verbreitet. Sollen wir arische Deutsche nun für die Zukunft auf die Mitarbeit nichtarischer Forscher und Gelehrter wie Industrieller zum Nachteil unseres Vaterlandes verzichten und in dieser wirtschaftlichen Krise den Ausländern unsere deutschen nichtarischen Gelehrten und deren Kinder in die Arme jagen?"

Gottfried Zarnow veröffentlicht eienen Beitrag „Zweierlei Juden", der in folgende Feststellungen ausmündet:

„Man führt, um die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit dem Judentum in Deutschland zu beweisen, die Namen der jüdischen Intelligenzverbrecher immerfort im Munde: Sklarz, Barmat, Kutisker usw. Die Pflicht zur Wahrheit gebietet es ebenso oft zu wiederholen, dass es u. a. ein jüdischer Staatsanwalt gewesen ist, er heisst Caspary, der 1925 seine Laufbahn aufs Spiel setzte, um jene unschädlich zu machen: seine Gegner und Schützer der Betrüger bis hinein ins Justizministerium waren — Christen.

Caspary ist heute als Richter nur bedingt tragbar, unbedingt sind es aber die Richter, die zwar Christen sind, aber bis zum März 1933 entschiedene Gegner eines moralisch sauberen und deshalb national kräftigen Staates waren.

Es gibt eine brennend gewordene deutsche Judenfrage, sie ist politisch-öffentlich, gesellschaftlich-privat und kulturell-völkisch; sie verlangt zwingend eine gründliche, grundsätzliche Beantwortung. Diese Beantwortung kann grundsätzlich-rücksichtslos sein, nie aber formal-rücksichtslos, und zwar nie im Interesse des deutschen Namens."

Dr. Max Naumann, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Verbandes nationaldeutscher Juden, schreibt u. a.: „Die Verantwortung dafür, dass heute zwischen deutschen Juden und deutschen Nichtjuden eein unerträglicher Reizzustand besteht, und dass dieser Zustand zu tiefbedauerlichen Ereignissen geführt hat, trifft die jüdischen sogenannten Führer, die seit der Judenemanzipation den „deutschen Staatsbürgern jüdischen Glaubens" unentwegt zum Munde geredet haben, statt sie in harter und schonungsloser Erziehungsarbeit aus dem blossen Staatsbürgertum heraus ins Volksdeutschtum hineinzuentwickeln, und nicht minder die „toleranten" oder gleichgültigen Nichtjuden, die aus Gedanken- und Herzensträgheit oder aus vermeintlicher politischer Klugheit jede ehrliche Eröterung der Judenfrage umgingen und statt dessen Vereine zur „Abwehr des Antisemitismus" gründeten. Wir ständen heute nicht vor einem ungeheueren Scherbenhaufen zertrümmerter Menschen- und Bürgerrechte, wenn die Judenfrage rechtzeitig und sachlich zwischen ehrlichen Juden und ehrlichen Antisemiten erörtert worden wäre. „Dr. Naumann kommt sodann auf einen früher aufgestellten Grundsatz zurück" und fährt denn fort: „ ... daran ändert auch die Tatsache nichts, dass inzwischen durch die Begleiterscheinungen einer politischen Umwälzung die bürgerliche Stellung der deutschen Juden schwer erschüttert worden ist. Es kommt auch nicht darauf an, dass viele Juden sich heute lediglich als unschuldige Opfer betrachten, und ebensowenig darauf, dass etwa ein überreizter Mann auf der anderen Seite „den Juden" für die

„Inkarnation der Lüge und des Betruges" erklärt. Die eine Anschauung ist so falsch und für den, der ernstlich an der Lösung der Judenfrage arbeiten will ,so wenig ernst zu nehmen, wie die andere. Die Wahrheit ist, dass die deutschen Juden heute nicht für ihre „Schlechtigkeiten" büssen, sondern für ihre Gedankenlosigkeit und ihre Schwäche . . . Schwäche und Dummheit zugleich war es, wenn man eine „Gottlosen"-Bewegung ertrug, wenn man sich — vielfach engegen dem besseren inneren Gefühl — politisch zu den Parteien hielt, die in 14 Unglücksjahren jede Tradition und vor allem das Deutschtum zersetzten, sich aber den Juden gegenüber „vorurteilslos" gebärdeten. Wäre alles dies nicht geschehen, hätte man rechtzeitig erkannt, dass nur "das Nationalgefühl den Abgrund der Stammesverschiedenheit überbrückt", so wäre auch seit dem 30. Januar 1933 nicht geschehen, was leider geschehen ist und zum Teil heute noch geschieht.

Es gehört, das sei nicht verkannt, ein fast übermenschliches Mass der Selbstüberwindung dazu, auch unter den heutigen Verhältnissen noch dem Nationaldeutschtum Treue zu halten und um der Zukunft willen zu vergessen, was uns jüdischen Deutschen widerfahren ist. Aber jeder Jude, der wirklich im Herzen ein Deutscher und im Kopfe ein klarer Denker ist, muss sich dazu durchringen, auch jetzt und jetzt erst recht den Weg des unbeirrten Deutschtums zu gehen."

Rabbiner Dr. Jelski veröffentlicht eine „Judentum und Deutschtum" überschriebene Predigt, in der es u. a. heisst. „Das Staatsgesetz ist auch für uns Gesetz, also unbedingt gültig und verbindend. Wir haben stets nach dieser Weisung gehandelt, und wir haben stets die Obrigkeit wie von Gott selber eingesetzt betrachtet und respektiert, weil wie ebenfalls eine Bemerkung unserer Weisen lautet, ohne eine toritäre Staatsgewalt und Staatsführung die Menschen sich gegenseitig wie die Fische verschlingen würden." Dr. Jelski erinnert sodann an den Ausspruch Bismarcks: „Ich missbillige ganz entschieden den Kampf gegen die Juden, sei es, dass er sich auf konfessioneller oder auf der Grundlage der Abstammung bewege, ich werde niemals darauf eingehn, dass den Juden die ihnen verfassungsmässig zustehenden Rechte in irgendeiner Weise verkümmert wrden" und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass dieses Wort der Leistern auch der heutigen Regierung werden möge.

Dr. Leopold Heinemann bringt einen Beitrag „Keine Fremdlinge", in welchem durch geschichtlichen Rückblick bis in die ältesten Zeiten die Sesshaftigkeit und Verwurzelung der Juden in Deutschland nachgewiesen wird, und kommt zu dem Ergebnis: „Das ist altes deutsches Recht, dass man die Heimat ersitzen kann. Man kann uns tausend Dinge nehmen, man kann unser materielles Recht kürzen, man kann uns Beschränkungen aller Art auferlegen. Nicht aber nehmen, nicht kürzen und nicht beschränken kann man unsere Liebe zu unserem Vaterlande, zu unserem deutschen Volke, dessen wir ewig und lebenslange ein Teil sind. Zu diesem Volke, dem wir unser Sein, unser Denken, unser Wissen, unsere Erkenntnis danken, gehören wir. Man kann uns dies und das tun, aber unsere Liebe zum Vaterlande und das Bewusstsein unserer Zugehörigkeit kann man nicht aus unseren Herzen herausreissen!"

„Die deutschen Jude sind Deutsche" lautet ein anonym veröffentlichter Aufsatz, der besondere die Verbundenheit der Juden mit dem deutschen Kunstschaffen herausstellt. „Wenn Bruno Walter Mozart spielt, so ist das deutsche Musik. Wenn Rahel Varnhagen und andere Berliner Jüdinen in ihren Salon für Goethe und die Romantiker warben, wenn die ersten und besten Schüler, Interpreten und Freunde Kants, Schopenhauers, Nietzsches, Hebbels Juden waren, so beweist das schon die einzigartige Förderung deutscher Literatur und Philosophie durch deutsche Juden . . . Es wäre also niemandem damit gedient, wenn man jetzt beispielsweise dem jüdischen Komponisten Mendelssohn-Bartholdy — angenommen, er lebte noch — verbieten würde, „Wer hat dich, du schöner Wald —" in seiner berühmten Weise zu komponieren. Es wäre aber ausserordentlich zu bedauern, wenn man dem künftigen Entdecker des Krebsbazillus — angenommen, es wäre ein deutscher Jude — verbieten würde und unmöglich machte, den Bazillus zu finden und die Seuche aus der Welt zu schaffen.

Wir haben wohl noch keine Hilfe verflucht, gleichviel woher sie kam. Wissenschaft ist Hilfe, und Kunst ist Bereicherung des Lebens. Wir haben den deutschen Dichter Chamisso immer doppelt geschätzt, weil er, als Franzose und Dichter geboren, Deutscher geworden war . . .

Angenommen, die deutschen Juden wären ein Volk, so wären sie doch nicht das Sklarek-Volk oder das Mendelssohn-Bartholdy-Volk. Man kann nicht einen einzelnen mit einer Summe von anderen einzelnen identifizieren. Man kann ja auch nicht irgendeinen Ungarn für Franz von Liszts Genie oder für Matuschkas Eisenbahnattentate verantwortlich machen. Nicht „der" Jude zersetzt, sondern unter den zersetzenden Elementen gibt es auch Juden."

„Die Brücke" bringnt ferner Aussprüche des kürzlich verstorbenen völkischen Dichters Paul Ernst, eine Feststellung über die Beteiligung der deutschen Juden am Weltkriege, den Brief eines entlassenen jüdischen Angestellten, sowie einen Dr W. R. gezeichneten „Rückblick und Ausblick", der mit den Worten schliesst: „Diejenigen Judeabkömmlinge, die die Vorzüge der germanischen Rasse, insbesondere die deutsche Einstellung zum Staate sich angeeignet haben, um sie im Dienste des Vaterlandes zu verwerten, die also seit Generationen meist bereits in den Volkskörper aufgenommen sind, sind unmöglich noch als Träger einer volksfremden Kultur in staatsbürgerlichem Sinne anzusprechen".

N e w - Y o r k, 6. Juni. Frau Felix M. Warburg, die Tochter des grossen Philanthropen und Führers der amerikanischen Judenheit Jacob H. Schiff, hat zur Erinnerung an ihre Eltern eine Summe von 100.000 Dollars als einen Fonds für die Hebräische Universität in Jerusalem gestiftet.

L o n d o n, 6. Juni. Anlässlich des Geburtstages Königs Georg V. am 3. Juni wurde drei englischen Juden der Adelstitel zugesprochen. Es sind dies das Mitglied des Jewish Board of Deputier Samuel Gluckstein, Vorsitzender des Finanzkomitees des Londoner Grafschaftsrates; Major Henry Edward Lyons, Mitglied des Exekutivkomitees des National Liberal Club; und Charles David Seligman, ein Mitglied des Advisory Committee beim Export Credits Guarantee Department. Ferner erhielt der palästinensische Arbeiterführer Isaac Ben Zwi, der auch der Leitung des Waad Leumi angehört, den Ehrentitel eines M. B. E. (Bachelor of Medicine).

Dem High Commissioner für Palästina, General Sir Arthur Wauchope, wurde das Grosskreuz des Ordens St. Michael und St. George verliehen.

J e r u s a l e m, 6. Juni. In Palästina wird demnächst eine nationale Filmindustrie die Produktion aufnehmen können, neuzeitlich eingerichtete Aufnahmeateliers sind im Bau. Die „Orient-Film Corporation Ltd." in Tel Awiw wird sich mit der Herstellung von Tonfilmen in hebräischer und arabischer Sprache befassen.

A m s t e r d a m, 6. Juni. Der berühmte Archäologe Professor Der. H. Frankfort aus London, der seit dem Jahre 1929 am Orientalischen Institut der Universität Chicago einen Lehrstuhl für Geschichte und Archäologie des Irak bekleidet, wurde als a. o. Professor an die Universität Amsterdam berufen, wo er über die Geschichte des Orients und über Archäologie lesen wird.

Breslau, 6. Juni. Die Kreisleitungen der NSDAP für die schlesischen Industriestädte erlassen im Verein mit dem „Bund nationalsozialistischer Juristen" einen Aufruf zur Frage der Wiederzulassung jüdischer Rechtsanwälte. In ihm heisst es, es sei selbstverständlich, dass die Anordnungen des Gesetzgebers auch von den Aktivsten innerhalb der Bewegung respektiert und den fremdrassigen Richtern, Anwälten und Notaren bei Ausübung ihres Berufes keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden. „Das bedeutet aber nicht, dass es den Nationalsozialisten und den anderen auf dem Boden der nationalen Revolution stehenden deutschen Volksgenossen gestattet ist, von sich aus durch Inanspruchnahme fremdrassiger Anwälte und Notare diesen die Möglichkeit zu geben, ihren zur Zeit ausgeschalteten Einfluss auf das deutsche Rechtsleben wiederzugewinnen. Man glaube nicht, dass derartige Sabotageakte gegen die nationale Revolution im Geheimen betrieben werden können."

Berlin, 6. Juni. Im deutschen Reichsanzeiger wird heute unter dem Datum vom 2. Juni eine Verordnung über die Tätigkeit von Zahnärzten und Zahntechnikern bei den Krankenkassen veröffentlicht. Danach endet die Tätigkeit von Zahnärzten und Zahntechnikern bei Krankenkassen, wenn sie nicht arischer Abstammung sind oder sich in kommunistischen Sinne betätigt haben. Solche Zahnärzte sindn auch künftig von der Tätigkeit auf Kosten von Krankenkassen ausgeschlossen. Diese Bestimmungen gelten — analog dem Beamtengesetz — nicht für nichtarische Zahnärzte und Techniker, die bereits seit dem 1. August 1914 niedergelassen sind oder die im Weltkriege mitgekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind. Die Krankenkassen teilen den für den Abschluss ihrer Gesamtverträge zuständigen kassenärztlichen Vereinigungen die Namen der bisher für sie tätig gewesenen Zahnärzte und Zahntechniker bis zum 10. Juni mit. Diese Vereinigungen erklären die Tätigkeit der auszuschliessenden Zahnärzte und -Techniker mit Wirkung vom 6. Juli 1933 ab für beendet.

Breslau, 6. Juni. Die Stadtverordneten von Glatz beschlossen, alle Zeitungen, die Geschäftsanzeigen jüdischer Firmen veröffentlichen, die Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen zu untersagen.

Zürich, 6. Juni. Das „Israelitische Wochenblatt für die Schweiz" bringt in seiner letzten Ausgabe einen Bericht seines Reiseberichterstatters über eine Unterredung mit Emil Ludwig. Der Schriftsteller äusserte sich ausführlich über seine Abstammung: „Meine Grosseltern, die aus Schlesien stammen, waren portugiesische religiöse Juden; mein Vater, Universitätsprofessor Hermann Ludwig Cohn — ein berühmter Augenarzt — war nicht mehr religiös, aber er blieb der jüdischen Stammesgemeinschaft bis an sein Lebensende treu. Ich persönlich wurde von meinem Vater niemals getauft, wie es oft in der Presse zu lesen ist. Im Jahre 1883, als damals eine antisemitische Bewegung in Deutschland sich ausdehnte, glaubte mein Vater, es wäre besser für unser späteres Fortkommen, wenn seine vier Kinder statt Cohn den Namen Ludwig annehmen. Die glückliche Augenoperation eines preussischen Ministers ermöglichte die Namensänderung. Ich war zwei Jahre alt, ich führe meinen bürgerlichen Namen also genau 50 Jahre.

Im Jahre 1901, im Alter von 20 Jahren, habe ich mich als Student in Heidelberg in jugendlicher Unüberlegtheit, verfügt von einigen Freunden, evangelisch taufen lassen, ohne sonst weitere Konsequenzen daraus zu ziehen. Als im Sommer 1922 mein Freund Rathenau ermordert worden ist, habe ich öffentlich erklärt, dass ich aus der Kirche austrete und dies gerichtlich vollzogen. Ich bin seit dieser Zeit Dissident, ebenso wie ich unsere Kinder als Dissidenten erziehe, da ich mit dem Glauben der Testamente wenig zu tun habe. Die Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse aber habe ich stets betont, besonders heute, wo sie auf eine so erniedrigende Weise verfolgt wird."

Moskau, 6. Juni. Die diesjährige Quote für die Einwanderung nach Biro-Bidschan, die ursprünglich auf 25.000 festgesetzt, dann auf 17.000 reduziert wurde, ist jetzt nochmals, und zwar auf 6800 herabgesetzt worden. Der Grund für diese drastischen Kürzungen liegt nicht in einem Mangel an Emigranten — es haben sich in diesem Jahre mehr als je vorher angemeldet —, sondern in der grossen Nahrungsmittelknappheit und den katastrophalen Wohnungsverhältnissen. Das Zentralkomitee hat die gänzliche Einstellung der Einwanderung bis zum Beginn des zweiten Halbjahres angeordnet und strenge Massnahmen gegen diejenigen Personen und Organisationen in Aussicht gestellt, die für die schlechte Auswahl der Emigranten und ihre völlig ungenügende Ausrüstung verantwortlich sind.

Prag, 6. Juni. Aus den letzten Veröffentlichungen des Statistischen Staatsamtes über die demographische Entwicklung in den Jahren 1925/27 geht vor, dass die Nuptialität bei den Juden in der ganzen Tschechoslowakei stabil ist und eher einen kleinen Aufstieg als einen Rückgang zu verzeichnen hat. 1925 wurden von Personen israelitischer Konfession 2921 Ehen geschlossen, 1926 1951 Ehen, 1927 bereits 3024. Auch in den historischen Ländern (d. h. Böhmen, Mähren und der tschechische Teil von Schlesien) ist die Zahl jüdischer Ehen annähernd stabil. Auffällig ist der grosse Prozentsatz von Mischehen, die für die ganze Tschechoslowakei 1925 von 2921 Ehen 558, d. h. 19 Prozent, ausmachen. 1926 und 1927 wurden 549 Mischehen eingegangen. In den historischen Ländern bilden die Mischehen in diesen drei Jahren annähernd 33 Prozent aller jüdischen Ehen.

Montreux, 7. Juni. Am 7. Juni wurde der 17. Kongress des Weltverbandes der Völkerbundligen geschlossen. In seiner letzten Sitzung erstattete die holländische Delegierte Frau Bakker van Bosse einen Bericht über die Lage der Juden in Deutschland.

Eine Resolution, die unter Stimmenthaltung der deutschen Völkerbundliga angenommen wurde, spricht die Hoffnung aus, dass mindestens die gleichen Rechte, die den Minderheiten der Sprache, Religion oder Rasse durch die Verträge garantiert sind, von allen Mitgliedstaaten des Völkerbundes beachtet werden. Sie erinnert an das ständige Eintreten der deutschen Delegationen beim Völkerbund für die Beachtung der Minderheitenrechte und gibt der Meinung Ausdruck, dass die Aufrechterhaltung der Massnahmen, die in Deutschland ergriffen worden sind, geeignet sein könnte, das gute Einvernehmen zwischen den Völkern zu stören.

Schliesslich ersucht die Resolution den Präsidenten des Weltverbandes, Lord Robert Cecil, sich in einem Appell an die deutsche Liga zum Dolmetsch der Gefühle des Weltverbandens der Völkerbundgesellschaften zu machen.

Lord Robert Cecil richtete an den Führer der deutschen Delegation, Gouverneur Dr. Schnee, ein Schreiben, in dem es heisst, der Weltverband erkenne an, dass er nicht das Recht habe, sich in dieinneren Angelegenheiten eines Landes einzumischen, und er wünsche das auch nicht zu tun. Immerhin hätten die Ereignisse in Deutschland in Europa und in den Vereinigten Staaten ein sehr ernstes Unbehagen hervorgerufen und das gute Einvernehmen beeinträchtigt.

Die Antwort Dr. Schnee stellte mit Genugtuung fest, dass der Weltverband sich nicht in innere Angelegenheiten irgend eines Landes einmischn wolle. Umso schmerzlicher berühre es, dass Lord Cecil ein Urteil über die gesetzgeberischen und administrativen Massnahmen der deutscher Regierung abgebe,

ohne die schweren Missstände zu berücksichtigen, die dazu geführt hätten. Er könne dies Urteil nicht als begründet und nicht als berechtigt anerkennen. Dr. Schnee schloss mit der Hoffnung, dass über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg die Zusammenarbeit im Weltverband zu einer weiteren Annäherung der Völker und zur Förderung des Weltfriedens beitragen werde.

Paris, 7. Juni. Der weltberühmte Pianist und ehemalige Präsident der polnischen Republik Ignaz Paderewski hat sich bereit erklärt, zugunsten der in Frankreich eingetroffenen jüdischen Auswanderer aus Deutschland demnächst in Paris ein Konzert zu veranstalten.

München, 7. Juni. In der letzten Nummer der „Nationalsozialistischen Monatshefte" veröffentlicht der bekannte Theoretiker der nationalsozialistischen Bewegung Dr. v. Leers unter der Ueberschrift „Das Ende der jüdischen Wanderung" einen Artikel, in dem er u. a. eine grosszügige Lösung der Judenfrage in territorialistischem Sinne vorschlägt. Nachdem Dr. v. Leers das jüdische Wanderproblem in einem kurzen Ueberblick dargestellt und eine „verneinende Lösung" dieses Problems dadurch, dass die Juden immer nur von Jahrhundert zu Jahrhundert von einem Land zum anderen weitergedrängt werden, abgelehnt hat, gelangt er zu der Forderung, dass dem Judentum durch Verwurzelung im Boden wirkliche Volkwerdung ermöglicht und dadurch dem Judenproblem in Europa ein wirkliches Ende gemacht werde. Palästina scheint dem Verfasser für eine solche Lösung wegen seiner Lage und seines ungenügenden Nahrungsraums nicht geeignet. Dagegen glaubt er, dass gewisse klimatisch geeignete afrikanische oder südamerikanische Gebiete für ein solches Siedlungswerk ausfindig gemacht werden könnten.

„Nur ein Barbar", schreibt Dr. v. Leers, „ein ausserhalb der letzten grossen göttlichen Ordnung der Weltgeschichte stehender Mensch könnte einen allgemeinen judenfeindlichen Vernichtungskampf zur Ausrottung dieses Volkes empfehlen. Sache der hochrassigen Völker ist es nicht, dort Lösungen des Hasses vorzuziehen, wo noch eine Lösung des Problems in anständiger Form denkbar ist.

Die einzig denkbare positive Lösung, die dem Judenproblem ein wirkliches Ende in Eudopa machen würde und zugleich dem Judentum eine wirkliche Volkwerdung, Verwurzelung im Boden und damit vielleicht eine Bindung seiner minderwertigen Bestandteile durch die höherwertigen ermöglichte, wäre die Bereitstellung eines ausreichenden aussereuropäischen Siedlungsgebietes in gesunder Lage. Der Holländer van Vinghene hat in seinem Buch „Vollzionismus" zu diesem Zwecke einmal Madagaskar vorgeschlagen, man könnte aber auch an gewisse klimatisch geeignete andere afrikanische oder südamerikanische Gebiete denken Ein solches Siedlungsgebiet müsste auf der einen Seite, im Rahmen der Raumbeschaffung für die raumarmen Völker, dem jüdischen Volke eine wirkliche Nahrungsgrundlage durch produktive Arbeit ermöglichen, andererseits müssten schon heute in denjenigen Ländern, wo eine Trennung und Scheidung des Judentums von der nichtjüdischen Bevölkrung durchgeführt wird, die Juden, für die eine grosse Anzahl Berufe verloren gehen, für die Besiedlung dieses Gebietes durch Zusammenfassung zu Arbeitsgruppen und entsprechende handwerkliche und bäuerliche Ausbildung vorbereitet werden. Jene grossen westeuropäischen Kolonialmächte aber, die stets auf neue über die auftauchende Judenfrage und ihre Auswirkungen in Ost- und Mitteleuropa sich erregen, ohne die Zusammenhänge wirklich zu erkennen, täten nicht nur ein Werk der Menschlichkeit, sondern auch der staatsmännischen Weisheit zur Beruhigung der Welt und zur Lösung einer ihrer ernstesten Fragen, wenn sie durch Bereitstellung eines solchen Siedlungsgebietes auf der einen Seite Europa von dem jüdischen Problem entlasten, auf der anderen Seite dem Judentum die Volkwerdung ermöglichen.

...versuchen muss man es noch einmal, eine anständige Lösung dieser Frage durchzusetzen. Zu ihrer tatsächlichen Lösung sind wohl diejenigen Juden berufen, die nunmehr nach Jahrhunderten des Kampfes um die Judenfrage erkannt haben, dass der Traum einer jüdischen Weltherrschaft sich nicht verwirklichen lässt und die darum bereit sind und sein wollen, Volk unter Völkern zu werden; berufen sind diejenigen Völker, denen die Frage am stärksten durch die bei ihnen vorhandenen jüdischen Massen auf den Nägeln brennt; berufen sind insonderheit die grossen westeuropäischen Kolonialmächte mit dem überreichen Landbesitz, denen es nicht gestattet sein darf, sich mit billigen humanitären Schlagworten um eine anständige Lösungsmöglichkeit herumzudrücken, die mit einem Schlag die Judenfrage, deren Auftauchen sie immer wieder entrüstet, beenden würde."

Saloniki, 7. Juni. Die griechische Regierung hat einer Anzahl jüdischer philantropischer Institutionen in Saloniki staatliche Beihilfen im Gesamtbetrag von 430.000 Drachmen bewilligt. Ausserdem wurde dem jüdischen Schulwesen in Saloniki eine Subvention von einer Million Drachmen gewährt. Auch die Gemeindeverwaltung von Saloniki hat jüdischen Institutionen Beihilfen in der Höhe von 640.000 Drachmen bewilligt.

London, 7. Juni. Am 7. Juni fand in London die feierliche Eröffnung der Anglo-Palästina Ausstellung statt. Bei dem vom Präsidenten der Ausstellung Lord Reading geleiteten Festakte hielt Ministerpräsident Ramsay Mac Donald die Eröffnungsansprache, in der er die Bedeutung des jüdischen Palästina-Aufbaues und seiner Rückwirkung auf die allgemeine jüdische Entwicklung im Lichte der augenblicklichen Lage des jüdischen Volkes würdigte und seiner Genugtuung darüber Ausdruck gab, gerade in dieser Zeit seine Verbundenheit mit einem grossen jüdischen Werke betonen zu können. Ministerpräsident MacDonald wurde durch Lord Reading begrüsst, der die Aufgaben der Ausstellung umriss, auf die wichtige Rolle Palästinas als Einwanderungsland hinwies und der Hoffnung auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten von Juden und Arabern unter britischer Verwaltung Ausdruck gab. Lord Melchett, Vorsitzender des Ausstellungskomitees, hob in seiner Rede einen eigenartigen Parallelismus in der historischen Rolle Grossbritanniens einerseits und Palästina andererseits hervor. Beide Länder, obwohl verhältnismässig klein an Ausdehnung, hätten Schöpfungen von weltumspannender Bedeutung hervorgebracht, Palästina die Bibel, England das britische Weltreich. Der Grundton der Rede Dr. Weizmanns lag in dem Hinweis auf die in steigender Aufnahmefähigkeit bei wachsender Einwanderung zutage tretende „Elastizität" der Absorptionskraft Palästinas.

Die Ausstellung, die nicht nur einen umfassenden Ueberblick über die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung Palästinas und die Vielfalt der anglo-palästinensischen Wirtschaftsbeziehungen bietet, sondern auch in die kulturelle und archäologische Bedeutung Palästinas reichen Einblick gewährt, war schon am ersten Tage das Ziel vieler Tausender jüdischer und nichtjüdischer Besucher. Besondere Aufmerksamkeit erregte die im Rahmen der Ausstellung veranstaltete Sonderschau des Keren Kajemeth, dessen überragende Bedeutung für die allgemeine Entwicklung Palästinas in eindrucksvollen bildlichen und graphischen Darstellungen dem Ausstellungspublikum vor Augen geführt wird.

Der Präsident der Anglo-Palästina-Ausstellung und Leiter des Eröffnungsfestaktes Lord Reading führte im Anschluss an seine an den zur Eröffnung der Ausstellung erschienenen

Ministerpräsidenten gerichteten Begrüssungsworte aus:

Diese Ausstellung zeigt den bemrkenswerten und unverkennbaren Auschwung, den Palästina unter dem Mandat Grossbritanniens genommen hat. Sie zeigt die aus dem Güteraustausch zwischen Palästina und England erwachsenden Vorteile, aber sie beschränkt sich nicht auf die Darstellung dieser wirtschaftlichen Beziehungen. Die Einfügung archäologischer und historischer Abteilungen beweist, dass auch das kulturelle und erzieherische Gebiet nicht übersehen wurde. In Palästina, dem einzigen Lande, das mitten in der allgemeinen wirtschaftlichen Depression von Jahr zu Jahr Fortschritte gemacht hat, herrscht Aufschwung und Prosperität. Das Land entwickelt sich, blüht und kennt keine Arbeitslosigkeit. Ja, es liefert — eine einzigartige Erscheinung heutzutage — sogar Verwaltungsüberschüsse. Nicht nur was bereits geleistet werden kan und soll. Wir sehen der Zukunft vertrauensvoll entgegen. Hier haben wir ein Land, das heute wie in der Vergangenheit, seine Tore Verfolgten weit auftut und hierbei nur in seiner eigenen Aufnahmefähigkeit eine Grenze findet. Voll freudiger Erwartung, erklärte Lord Reading zum Schluss, blicken wir der künftigen Zusammenarbeit von Juden und Arabern entgegen, einem glücklichen und zufridenen Leben beider aus den Vorteilen der britischen Mandatsverwaltung Nutzen ziehenden Bevölkerungselemente.

Tiefen Eindruck machten nauf die Teilnehmer an der Eröffnungsfeierlichkeit die Worte des Ministerpräsidenten Mac Donald, in denen er mit der Anerkennung für die jüdischen Leistungen in Palästina seine Bewunderung für den vom Judentum der allgemeinen Kulturentwicklung geleisteten Dienst verband.

Es ist mir eine besondere Freude, führte Ministerpräsident MacDonald aus, an diesem Nachmittag hier zu weilen. Ich möchte betonen, dass meine Genugtuung, mit jüdischem Werk verbunden zu sein, mit darin begründet ist, dass ich damit meinen Tribut der Anerkennung für den grossen Dienst darbringen kann, den das jüdische Volk dem Fortschritt von Wissenschaft, Kunst und Politik, dem Fortschritt der Kultur im allgemeinen, geleistet hat. Ausserem erfüllt mich die Freude, Palästina gewissermassen nochmals besuchen zu können und vieles von dem zu sehen, dessen Anfänge ich einst gesehen habe. Als ich in Palästina war, standen Sie am Anafng Ihres grossen Werkes, des Aufbaus eines Heims. Ich habe Euch beim Strassenbau gesehen; ich sah Vertreter der besten Intelligenzschichten des Judentums, den Hammer in der Hand, Steinklumpen vor sich, arbeitend wie Taglöhner, weil sie im Dienst eines grossen Gedankens standen und den Grund zu diesem Heim legten. An den Hängen Gilboas kam ich durch ein Zeltlager, in dem Leute untergebracht waren, die Oelbaumpflanzungen anlegten. Ich fragte einen von ihnen nach seinem Beruf. Er sagte, er sei Zahnarzt. Ein zweiter, an dem ich dieselbe Frage richtete, sagte, er sei Arzt, ein dritter Lehrer. Alle waren sie von dem herrlichn Geist des Opfertums für ein Ideal entflammt. So lange Ihr aus solchem Stoff gemacht seid, meine jüdischen Freunde, rief MacDonald aus, könnt Ihr Aechtungen und Verfolgungen ertragen und dennoch gedeihen.

Sie und ich, fuhr der Ministerpräsident fort, haben etwas sehr Wichtiges, vielleicht Entscheidendes gemeinsam: unsere religiöse Grundlage. Ich wurde in höherem Masse als ein Engländer im allgemeinen im Geist des alten Testaments erzogen. Man lehrte mich, dass in einer bestimmten Zeit eine neue Vergebung der Sünden erfolgte, aber wenn ich auf meine presbyterianischen Vorfahren zurückblicke, auf John Knox und die übrigen, so sehe ich, dass die Furcht Gottes sie vom Frevel freimachte und dass sene Verheissungen ihnen Lebensmut gaben; eine Denkungsart, die mehr dem Alten als dem Neuen Testament entspricht.

Dies brachte ich mit, als ich nach Palästina kam. Ich kam als Tourist und war doch mehr als das. Wenn ich fragte: Ist dies die Ebene Saron, sind dort die Berge von Judäa, ist dies hier Jerusalem?, so fragte ich dies nicht wie ein Vergnügungsreisender, sondern wie ein Pilger, der ins wahre Land gekommen war, um mit den Wurzeln seiner Seele, seines religiösen Seins, Berührung zu finden.

Ich sah Eure Arbeiten, Eure Eisenbahnen und Strassen, und als ich jetzt durch die Strassen dieser Ausstellung schritt, kam mir die Erinnerung an jene anderen, und ich bringe Euch meine herzlichen Glückwünsche dar. Palästina hat heute weniger als irgendein anderes Land eine Arbeitslosenfrage. Sie haben Ihr Budget ins Gleichgewicht gebracht. Wie ist Ihnen dies gelungen? Muss ich erst diese Frage stellen? Kann heute überhaupt irgendjemand, der nicht Jude oder Schotte ist, sein Budget ins Gleichgewicht bringen? Ich sah die erste Urbarmachung des Bodens in den ersten Kolonien, Kolonien, die heute hier nicht mehr nur als eine grosse Deklaration von Zuversicht und Hingabe figurieren, sondern auch durch die Früchte harter Arbeit und eines reichen Bodens vertreten sind. Schreiten Sie fort in Ihrer erfolgreichen Arbeit. Ich hoffe, Sie werden Ihren Enthusiasmus für ein grosses Ideal nicht verlieren. Ich hoffe, Sie werden weiter bereit sein, Körper und Geist in den Dinst des Aufbaus ines schöneren Heimatlandes zu stellen. Und wenn ich an die Engländer, Schotten und Wailser, die hier zugegen sind, einen Appell richten soll, so möchte ich sagen: Gehet nach Palästina! Gehet dahin, hinauf nach Nazareth, jene herrliche Strasse entlang, an der jede Stelle von grossen Erinnerungen spricht. Gehet durch jene wunderschönen Dörfer, deren jedes geheiligte Gedankenverbindungn wachruft! Gehet nach Nazareth und Tiberias, und je weiter Ihr kommen werdet, umso mehr werdet Ihr den Drang fühlen, die Schuhe von den Füssen zu ziehen, denn Ihr tretet heiligen Boden. Es ist sehr schön, in Kirche und Kapelle zu sitzen und über all dies predigen zu hören; aber weit besser ist es, den Bodn unter den eigenen Füssen zu fülen. Heute, wo Reisen so billig und der Sinn für Reisen erfreulicherweise so verbreitet ist, wohin könnte man eher reisen als nach Jerusalem und nach Palästina, um dort das Leben zu erfahren, das unserem Sein zugrunde liegt.

Nach all dem aber sind wir auch Realisten, denn im Ideal ist das Praktische mit beschlossen. Vom kommerziellen Gesichtspunkt ist die Entwicklung Palästinas, die Sie durchführen, von höchster Bedeutung. Ich möchte Ihnen auch sagen, wie sehr ich mit dem Teil der Rede Lord Readings einverstanden bin, in dem er von Zusammenarbeit mit den Arabern sprach. Dies ist der Weg, der Ihnen und den Arabern zum Segen gereichen wird. Hört nicht auf die, die versuchen, Euch uneinig zu machen. Die Zukunft Palästinas wird auf gesunder, loyaler und verständnisvoller Zusammenarbeit beruhen.

Sie haben auch Klagen gegenüber der Regierung. Auch ich habe solche Klagen. Es ist das Schicksal von Regierungen, allzu rasch vorwärtsdrängende Menschen zu enttäuschen. Sir Herbert Samuel weiss das. Aber ohne Regierung hätten Sie heute kein ins Gleichgewicht gebrachtes Budget und wären nicht frei von Arbeitslosigkeit. Das Problem Palästina ist ein ausserordentlich schwieriges. Es ist ein Problem von Siedlung, Entwicklung und Einwanderung, eines der schwersten Probleme, dessen Lösung von irgendeiner Regierung verlangt werden kann. Setzen Sie Ihr Drängen und Fordern fort; wir wollen nach Kräften bestrebt sein, Sie zufriedenzustellen.

Es gereicht mir zur besonderen Freunde, diese Ausstellung als eröffnet zu erklären.

Der Vorsitzende des Ausstellungskomitees Lord Melchett führte u. a. aus: Grossbritannien und Palästina sind kleine Länder, aber sie haben Grosses geleistet. Das eine hat die

Bibel geschaffen, das andere das britische Weltreich. Im Verzeichnis der Leistungen werden dise beiden Taten aneinander sich messen können. Wir dürfen unseren Idealismus nicht verlieren. Wenn Palästina sich entwickelt, dürfen wir nicht zurückfallen. Die Judenheit hat als Nation 2000 Jahre lang ihre Zuflucht nicht zu den Waffen genommen. Ihre Wehr waren die Kräfte des Intellekts und des Geistes. So soll es auch in Zukunft sein. Vergangenheit und Zukunft wirken in Palästina zusammen.

Das Schlusswort sprach der Vorsitzende der English Zionist Federation und ehemalige Präsident der Jewish Agency und der Zionistischen Weltorganisation Dr. Chaim Weizmann. Er dankte dem Ministerpräsidenten für dessen Bekundung seiner freundschaftlichen Gesinnung gegenüber dem jüdischen Volk und seiner Arbeit in Palästina und erklärte:

Die heutige Anwesenheit des Ministerpräsidenten schätzen wir im Hinblick darauf, dass er vor einer wichtigen Konferenz, die ihn sehr in Anspruch nimmt, hier erschienen ist, doppelt hoch ein. In dieser Zeit, da das jüdische Volk eine trübe Periode seiner Geschichte durchmacht, in diesen Tagen eines modernen Arianismus, ist es eine grosse Genugtuung, zu sehen, dass ein arischer Ministerpräsident sich der jüdischen Sache anschliesst. Wir haben gesehen und gehört, dass Palästina sich friedlich und schnell entwickelt hat. Der Ministerpräsident hat erklärt, es gäbe dort nur sehr wenig Arbeitslosigkeit. Es sei mir gestattet, ihn in dieser Hinsicht respektvolist zu berichtigen. Nicht nur keine Arbeitslosigkeit herrscht dort, sondern Mangel an Arbeitskräften. Das ist eine der Besonderheiten dieses Landes: Je mehr menschen in ihm leben, umso mehr Raum wird für andere — eine merkwürdige Elastizität. Auch dies ist eine der besonderen Bedeutungen dieser Ausstellung: dass sie den Erfolg konstruktiver jüdischer Bemühungen, die unter ungünstigen Bedingungen vor sich gingen, vor Augen führt.

B e r l i n, 8. Juni. Der Gau Berlin des Bundes nationalsozialistischer dertscher Juristen hat an den Kammergerichtspräsidenten sowie den Berliner Landgerichtspräsidenten und Amtsgerichtspräsidenten eine Eingabe gerichtet, in der darüber Klage geführt wird, dass Gerichtsvorsitzende neuerdings dazu übergegangen seien, deutschen Parteien jüdische Rechtsanwälte als Armenanwälte, Offizialverteidiger, Pfleger oder Testamentsvollstrecker zu bestellen. Solche Handlungen, so wird erklärt, seien als bewusste Demonstrationen und als Sabotage gegen Massnahmen der nationalen Regierung zur Wiederherstellung einer deutschen Rechtspflege anzusehen und böten den untrüglichen Beweis dafür, dass der so handelnde Richter nicht rückhaltlos für den nationalen Staat im Sinne des § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums eintrete. Nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen käme bei derartigen Richtrn an Stelle der nach dem § 4 des Gesetzes vorgesehenen Entlassung die Versetzung in ein Amt geringeren Grades nach § 5 des Gesetzes in Frage. Alle Mitglieder des Bundes nationalsozialistischer deutscher Juristen werden vom Gau Berlin des Bundes ersucht, ihnen bekannt werdende Fälle unter genauer Bezeichnung des Richters zwecks Einleitung eines Entlassungsverfahrens zu melden.

B e i r u t, 8. Juni. Die unter Leitung vom Graf Doumesnil und Mr. Hopkins arbeitende franko-amerikanische archäologische Expedition hat in dem Dorfe Salhieh bei Damaskus, wo sie seit vielen Jahren Ausgrabungen vornimmt, Reste einer aus dem 1. Jahrhundert n. Chr. stammenden Synagoge aufgefunden. Diese Entdeckung betrifft das älteste während der ganzen Ausgrabunksaktion vorgefundene Baudenkmal. Auf den Mauerresten der Synagoge ist der Auszug der Juden aus Aegypten und die Wüstenwanderung unter der Führung Moses' bis zum Eintreffen im Lande der Verheissung in Mosaikbildern dargestellt.

B r e s l a u, 8. Juni. Am schwarzen Brett sämtlicher Breslauer Universitätskliniken und medizinischen Institute hat die Klinikerschaft folgenden Erlass bekanntgegeben:

„Im Einvernehmen mit dem Führer der deutschen Studentenschaft empfehle ich allen Kollegen, die sich hinter die Deutsche Studentenschaft stellen, den Umgang mit den jüdischen Studierenden zu vermeiden. Andernfalls müsste die Deutsche Studentenschaft zu der Ansicht kommen, dass diese betreffenden Kollegen nicht zu ihr stehen. Sie müsste daraus ihre Konsequenzen ziehen. Aufführung von Namenslisten jüdischer Studenten an unmöglichem Orte hat zu unterbleiben. Ebenso haben die öffentlichen Anpöbelungen jüdischer Studenten innerhalb des Vorlesungsbetriebes wegzufallen. Wer gegen diese Anordnungen verstösst, hat ein disziplinarisches Einschreiten gegen sich zu erwarten.

Der Herr Dekan hat einer Anzahl von Privatdozenten (es handelt sich um jüdische Dozenten, die Red.) angeraten, bis zur völligen Klärung der Sachlage keine Vorlesungen abzuhalten. Eine Anzahl von Kollegen haben versucht, diese Herren zum Abhalten ihrer Vorlesungen zu veranlassen. Derartige Einzelaktionen haben in Zukunft zu unterbleiben."

B e r l i n, 9. Juni. Das Berliner Sondergericht verurteilte die ehemals im Pankower Ambulatorium der Ortskrankenkasse beschäftigte jüdische Krankenschwester Else Schlesinger zu zwei Monaten Gefängnis, weil sie kurz nach Veröffentlichung der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat gegen heimtückische Angriffe zu Kolleginnen geäussert hatte: „Es wird schon etwas passiert sein. Täglich verschwinden Juden. Am Sonntag haben sie wieder 25 Juden beerdigt in Weissensee, von denen man nicht weiss, wie und wo sie ums Leben gekommen sind."

P a r i s, 9. Juni. Soeben in Paris eingetroffene Berichte über die vor kurzem in der algerischen Stadt Constantine stattgefundenen judenfeindlichen Ausschreitungen bringen ergänzende Details über Ursache und Verlauf dieser Vorfälle. In Constantine war der Journalist Lautier eingetroffen, der in Algier die Zeitung „L'Eclair" herausgibt, die eine äusserst gehässige judenfeindliche Propaganda treibt. Er wurde von einem jüdischen Einwohner Constantines auf der Strasse erkannt und wegen der von ihm betriebenen antisemitischen Hetze zur Rede gestellt. Nach kurzem Wortwechsel wandte sich Lautier zur Flucht, kehrte aber nach einer halben Stunde, von einigen Hundert Arabern, die sofort mit Attacken gegen die jüdische Bevölkerung begannen, in das jüdische Viertel zurück. Die Juden organisierten eine Selbstverteidigung, bis Polizei eintraf und die Streitenden schied. Das jüdische Viertel wurde unter strenge polizeiliche und militärische Bewachung gestellt. Der Polizeipräfekt ordnete die sofortige Ausweisung Lautiers aus Constantine an und erliess ein Verbot gegen den Verkauf des von ihm herausgegebenen Blattes in dieser Stadt.

J e r u s a l e m, 9. Juni. Das für die Juden ungünstige prozentuelle Verhältnis von jüdischen und arabischen Beamten in der palästinensischen Polizei hat eine weitere Verschlechterung erfahren. Am 1. Juni fanden Neuaufnahmen in die Polizeischule statt, bei denen 22 Araber, aber kein einziger Jude in die Schule eingereiht wurden. Am Polizeioffizierkurs nehmen gegenwärtig 12 Araber und 1 Jude teil.

einzuberufen gedenkt, eine grössere Delegation entsenden.

H a m b u r g, 9. Juni. Die Hamburgische Landesjustizverwaltung hat die Zulassung von weiteren 25 Rechtsanwälten nichtarischer Abstammung zurückgenommen, nachdem schon früher 44 jüdische Anwälte ausgeschlossen werden waren. Es gab in Hamburg etwa 150 bis 200 nichtarische Anwälte von insgesamt 600.

Berlin, 11. Juni. Einer Meldung des „Angriff" zufolge wurden alle nichtarischen Mitglieder des Deutschen Anwaltsvereins, der vor kurzem seine Eingliederung in den Bund nationalsozialistischer Juristen beschlossen hat, aufgefordert, ihren Austritt aus dem Verein zu erklären.

Berlin, 11. Juni. In Duisburg haben anlässlich des ersten Wiederauftretens der zur Amtsführung zugelassenen jüdischen Rechtsanwälte vor Gericht stürmische Demonstrationen stattgefunden. Die jüdischen Rechtsanwälte wurden gezwungen, das Gerichtsgebäude zu verlassen. Die „Jüdische Rundschau" gibt anlässlich dieses Vorfalls der Erwartung Ausdruck, dass das Justizministerium im Hinblick auf die wiederholten Erklärungen von Regierungsmitgliedern, dass Eingriffe Unbefugter in die Verwaltung und Rechtspflege nicht geduldet werden sollen, Vorkehrungen treffen werde, um die von ihm angeordnete Regelung der Anwaltsfrage durchzusetzen. Ueber den Verlauf der antisemitischen Kundgebungen vor und im Gerichtsgebäude von Duisburg gibt die dort erscheinende „National-Zeitung" unter der Ueberschrift „Volksprotest gegen jüdische Rechtsverdreher" folgende Schilderung:

„Kaum war es bekannt geworden, dass die nach einer Verfügung des Reichsjustizministers wieder zur Amtsführung zugelassenen jüdischen Rechtsanwälte am Montag ihre Tätigkeit am Duisburger Amts- und Landgericht wieder in Person aufnehmen würden, als sich auch schon vor den Zugängen des Gerichts an der Königstrasse und am Königplatz erregte Menschenmassen ansammelten, die ihrem Unwillen über das Wiederscheinen der Juden an Gerichtsstelle lauten Ausdruck verliehen.

Währenddessen begannen im Gerichtsgebäude selbst in den verschiedenen Zivilsitzungen die Verhandlungen, bei denen mehrere Parteien erstmalig wieder seit der Sperre durch jüdische Anwälte vertreten waren. Gegen 10 Uhr drangen die Demonstranten spontan in das Gebäude ein und durchzogen die Korridore mit lauten Protestrufen, in die sich immer wieder die Forderung mischte: „Juden heraus!" Verschiedene Anwälte jüdischer Abstammung zogen es vor, freiwillig und fluchtartig das Gebäude durch den Keller zu verlassen, nachdem sie vorher ihre Zuflucht in allen möglichen Verstecken gesucht hatten. Einzelne, darunter die Rechtsanwälte Levy, Simon, Dr. Kaufmann I, Katzenstein und Löwenberg, wurden durch die sich immer mehr vergrössernden Menschenmassen aus den Sitzungssälen gefegt.

Dem Eingreifen des Pg. Rechtsanwalt Dr. Winkler gelang es, jede Gewaltat zu vermeiden. Er brachte persönlich den auch mit Wissen und Willen des Nationalsozialistischen Juristenbundes bei den Duisburger Gerichten — dem Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung entsprechend — zugelassenen jüdischen Anwalt Dr. Cohn aus Ruhrort unter sicherer Bedeckung aus dem Gebäude heraus, worauf die Menge, nachdem sie sich überzeugt hatte, dass in keinem der Sitzungssäle ein Jude mehr amtierte, sich ruhig und geordnet zurückzog.

Der Vorgang ist ein Beweis dafür, dass die Anordnung des Reichsjustizministeriums dem Volkswillen, der sich die Erfolge der nationalen Revolution nicht in das Gegenteil verkehren lassen will, nicht entspricht. Gegen viele der jüdischen Anwälte wird zudem der Vorwurf wucherischer und unbarmherziger Ausbeutung ihrer Klienten und ihrer Gegnerschaft erhoben und man verlangt stürmisch eine andere, der Verhältniszahl gerechter werdende Regelung der Anwaltsfrage."

Berlin, 11. Juni. Im deutschen Reichanzeiger wird unter dem Datum vom 2. Juni eine Verordnung über die Tätigkeit von Zahnärzten und Zahntechnikern bei den Krankenkassen veröffentlicht. Danach endet die Tätigkeit von Zahnärzten und Zahntechnikern bei Krankenkassen, wenn sie nichtarischer Abstammung sind oder sich in kommunistischem Sinne betätigt haben. Solche Zahnärzte sind auch künftig von der Tätigkeit auf Kosten von Krankenkassen ausgeschlossen. Diese Bestimmungen gelten — analog dem Beamtengesetz — nicht für nichtarische Zahnärzte und -Techniker, die bereits seit dem 1. August 1914 niedergelassen sind, oder die im Weltkriege mitgekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind.

New York, 11. Juni. Die Zentrale des Unabhängigen Ordens Bne Briss hat die Sammlung einer Million Unterschriften für eine Petition an Präsident Roosevelt eingeleitet, in der dieser gebeten wird, bei der deutschen Reichsregierung offiziell Verwahrung gegen die Zurücksetzung der deutschen Juden einzulegen. Der Orden weist auf eine Reihe von Präzedenzfällen für eine solche Aktion in der Geschichte Amerikas hin.

Belgrad, 11. Juni (J. T. A.) Auf einer politischen Kundgebung in Sarajevo, der grössten, die jemals in dieser Stadt abgehalten wurde, hielt der jugoslavische Ministerpräsident Milan Srškič eine grosse politische Rede, in der er u. a. den Standpunkt der jugoslavischen Regierung in Bezug auf das Zusammenleben der verschiedenen Konfessionen im Staate darlegte. Ministerpräsident Srškič erklärte:

„Wir werden mit grösster Energie gegen jeden kämpfen, der versuchen sollte, in unsere religiösen Beziehungen Politik einzumengen, religiöse Kampffronten zu schaffen und auf Grund von Glaubensverschiedenheiten politische Gruppierungen, ja auch nur die geringsten Differenzierungen im politischen Leben zu schaffen. Wir werden jedermanns Religion wirklich ehren, hochhalten und beschützen und jedem Bekenntnis volle Gleichberechtigung, Ehrung und Schutz durch ihn sichern."

Berlin, 12. Juni. Auf Grund der vom Reichspostministerium erlassenen Bestimmungen und Richtlinien zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums im Bereich der Deutschen Reichspost wird das etwa 350.000 Personen umfassende Reichspostpersonal im Verlauf von höchstens vier Monaten auf Abstammung und nationale Zuverlässigkeit geprüft werden. Die Entscheidung über jeden einzelnen Fall hat sich der Minister persönlich vorbehalten. Bei der Reichspost sind derzeit im ganzen etwa 12 höhere und mittlere Beamte in gehobener Stellung jüdischer Abstammung. Ausserdem gibt es noch etwa 30 sonstige jüdische Beamte und Beamtinnen. C

Berlin, 12. Juni. Wie die Conti-Agentur mitteilt, wurden sämtliche Insassen des jüdischen Zöglingsheims in Wolzig (Mark) nach Vornahme einer Durchsuchung des Heims, bei der verschiedene Waffen und belastendes Schriftenmaterial gefunden wurden, auf Anweisung des Landrats auf Lastautos verladen und nach dem Konzentrationslager Oranienburg geschafft. Die Durchsuchung des Heims wurde durch Landjägerei mit Unterstützung der SA vorgenommen.

Wien, 12. Juni. Am 12. Juni wurde gegen das Geschäft des jüdischen Juweliers Norbert Futterweit ein Bombenanschlag verübt, dem der Besitzer zum Opfer fiel. Zwei Verkäuferinnen sowie drei andere Personen, die sich zur Zeit des Anschlags im Geschäft befanden, wurden ziemlich schwer verletzt. Die Bombe wurde, in Papier gewickelt, durch einen Vorübergehenden in das Geschäft geworfen und explodierte im Augenblick als der Juwelier, der aus dem verdächtigen Paket Rauch aufsteigen sah, dieses auf die Strasse werfen wollte. Es wurden ihm das Kinn und beide Arme abgerissen. Er blieb auf der Stelle tot.

Ein weiterer Anschlag wurde auf ein jüdisches Lebensmittelgeschäft im XVII. verübt. Junge Burschen warfen Tränengasphiolen in das Geschäft. Schaden wurde nicht ange-

richtet. In Geschäftsstellen der demokratischen Zeitungen „Neues Wiener Tageblatt" und „Wiener Tag" wurden die Fensterscheiben eingschlagen.

London, 12. Juni. Soeben wurde in London und Jerusalem gleichzeitig der zur Vorlage an die demnächst in Genf zusammentretende Mandatskommission des Völkerbundes bestimmte Jahresbericht der Palästinaregierung für das Jahr 1932 veröffentlicht. Der Bericht bringt neben einem Ueberblick über wirtschaftliche Entwicklung, Einwanderungs- und Sicherheitsfragen eine politische Erklärung betreffend die geplante Einsetzung eines Legislative Council, sowie eine Interpretation des im MacDonald-Brief gegebenen Versprechens auf eine der jüdischen Steuerleistung entsprechende Berücksichtigung jüdischer Arbeitskräfte bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten, wobei festgestellt wird, dass die Steuerleistung bei der Bestimmung des jüdischen Arbeitsanteils bloss mitberücksichtigt, nicht aber zur ausschliesslichen und bindenden Berechnungsgrundlage gemacht werden soll.

Der Bericht weist darauf hin, dass die englische Politik in Palästina den Bestimmungen des Palästinamandats unterworfen sei. Erklärungen über diese Politik seien in den Weissbüchern von 1922 und vom Oktober 1930 gegeben worden. Als autoritative Interpretation gewisser Punkte des zweiten Weissbuches, bezüglich derer unrichtige Auffassungen und Missverständnisse entstanden seien, sei der vom Ministerpräsidenten am 13. Februar 1931 an Dr. Weizmann gerichtete Brief anzusehen.

Die Absichten der Mandatarmacht hinsichtlich der Einsetzung eines Legislative Council in Palästina, so wird im Bericht der Palästinaregierung ausgeführt, bestehen so, wo sie im Weissbuch von 1930 angekündigt wurden, unverändert fort. Schritte zur Bildung des Council sollen ergriffen werden, sobald die neue Local Government Ordinance, die derzeit nach Beratung mit der Executive der Jewish Agency, der arabischen Executive und den einzelnen Stadtverwaltungen von der Palästinaregierung ausgearbeitet wird, in Kraft gesetzt sein wird. Die Vorschläge zur Errichtung des Legislative Council werden notwendig bestimmte Sicherungen enthalten, so dass unter keinen Umständen Friede und Sicherheit in Palästina geffährdet oder die Durchführung des Mandats, das die Erfüllung einer doppelten Verpflichtung vorschreibt, einer gegenüber dem jüdischen Volk und einer anderen gegenüber den nichtjüdischen Einwohnern Palästinas, gehindert werden könne.

Inzwischen hat die Palästinaregierung alle Anstrengungen gemacht, um die Vertreter aller Teile der Bevölkerung in innigeren Kontakt mit der Regierung und damit miteinander zu bringen. Mohammedaner, Christen und Juden sassen gemeinsam im allgemeinen Landwirtschaftsrat und in dessen verschiedenen Unterkomitees, bei den Eisenbahn- und Strassenausschüssen wurden nichtamtliche Mitglieder als Vertreter der an diesen Einrichtungen interessierten Körperschaften eingesetzt, ebenso bei der Kommission für Arbeitsgesetzgebung und bei der ständigen Kommission für Handel und Industrie.

Zu Beginn des Jahres wurden dem High Commissioner die Berichte des Landentwicklungsdirektors vorgelegt. Kopien wurden der arabischen Execution und der Jewish Agency zugestellt; Entscheidungen werden erst getroffen werden, wenn diese Berichte von der Regierung Sr. Majestät im Lichte der Einwände dieser beiden Körperschaften und etwaiger Bemerkungen, die der High Commissionär zu diesen Einwendungen machen könnte, geprüft sein werden.

Der auf Grund des im MacDonald-Brief vor zwei Jahren gegebenen Versprechens bezüglich der Verwendung jüdischer Arbeiter bei öffentlichen Arbeiten in jüdischen Kreisen entstandenen Auffassung, es bestehe ein Anspruch auf Verwendung jüdischer Arbeiter im Verhältnis des prozentuellen Anteils der von Juden geleisteten Steuern und Abgaben an der allgemeinen Steuerleistung Palästinas, wird im Bericht der Palästinaregierung entgegengetreten. Diesbezüglich wird ausgeführt: Es ist weder möglich, noch war es beabsichtigt, dass die Zusicherung des Ministerpräsidenten in der Weise erfüllt werden soll, dass die Beteiligung von Juden bei der Durchführung öffentliche Arbeiten ausschliesslich auf Grund des Verhältnisses der jüdischen Beiträge zu den Einkünften Palästina festgesetzt werde. Es wird hinzugefügt, das Versprechen MacDonals sei dahin zu interpretieren, dass die Höhe des jüdischen Beitrags zu den Einkünften der Regierung bei der Festsetzung der jüdischen Arbeiterquote bloss mitberücksichtigt werden solle. Darüber hinaus stellt sich die Palästinaregierung nunmehr auf den Standpunkt, dass die Beschäftigung jüdischer Arbeiter bei öffentlichen Arbeiten nur in jenen Distrikten möglich sei, die wie Jerusalem, Haifa und Jaffa eine gemischte Bevölkrung aufweisen, und dass bei den dort durchgeführten öffentlichen Arbeiten schon jetzt Juden in beträchtlichem Ausmass verwendet würden. Andererseits verspricht die Palästinaregierung anlässlich der Prüfung des Programms für die öffentlichen Arbeiten für 1933 und 1934, den Anteil jüdischer Arbeiter bei der Durchführung jeder einzelnen Arbeit im Sinne des Versprechens MacDonals genau festzusetzen, wobei jedoch gleichzeitig auf die „rasische Zusammensetzung der lokalen Bevölkerung, die Art der Arbeit und den Preis der Arbeitskräfte" Bedacht genommen werden müsse.

Im Zusammenhang mit der Erörterung der Massnahmen, die ergriffen wurden, um im Lande „solche politische, administrative und wirtschaftliche Bedingungen zu schaffen, die die Errichtung des Nationalheims des jüdischen Volkes sichern sollen", wird berichtet, dass im Jahre 1932 6370 jüdische Personen zur Einwanderung nach Palästina zugelassen wurden. Von diesen waren 6200 Arbeiter und Arbeiterinnen, denen Einwanderungszertifikate zugeteilt worden waren. Ausserdem wurden 3730 Presonen, die schon früher als Touristen oder sonst zu vorübergehendem Aufenthalt nach Palästina gekommen waren, als Einwanderer registriert, nachdem sie ihre Qualifikation für die Einreihung in eine der Einwandererkategorien nachgewiesen hatten. Ferner gab es eine beträchtliche Einwanderung von Personen mit eigenem Kapital.

Die Zahl der Einreisenden war 1932 um 15.908 grösser als die der Ausreisenden. Die nach Abzug der auf Grund von Einwanderungszertifikaten nach Palästina gekommenen 6370 Personen verbleibende Zahl von Einreisenden setzte sich aus zurückkehrenden Einwohnern, Touristen, Pilgern und ähnlichen Kategorien zusammen.

Da die Auswanderung aus Palästina fast ausschliesslich Arbeiter, Kleinhändler und Kleingewerbetreibende betrifft und alle Einwanderungsländer eine Sperre für Angehörige dieser Berufe eingeführt haben, so haben im Berichtsjahr fast durchwegs solche Personen Palästina verlassen, die sich zu längerem oder kürzerem Aufenthalt in ihre frühere Heimat, hauptsächlich in europäische Länder begeben haben. Bemerkenswert ist die Steigerung der Einwanderung von Personen mit einem Vermögen von 1000 Pfund und mehr; ihre Zahl betrug 754 gegen 269 i. J. 1931. Unter ihnen befanden sich einige Personen, deren Vermögen wesentlich höher war als das vorgeschriebene Mindestkapital. In manchen Fällen haben die Einwanderer nicht ihr gesamtes Vermögen nach Palästina überführt. In anderen Fällen umfasste das zur Qualifikation für die Kategorie A vorgeschriebene Kapital langfristige Darlehen, die den betreffenden Einwanderern zur Verfügung gestellt worden waren. Eine auch nur annänernde Schätzung

des von diesen Einwonderern nach Palästina gebrachten Kapitals oder des Ausmasses des qualifizierenden Kapitals, das nicht ihr Eigentum war, ist nicht möglich. In einzelnen Fällen besteht die Möglichkeit, dass das qualifizierende Kapital zum Zweck der Einwanderungserlaubnis geliehen war. Nach den Summen jedoch zu schliessen, die in Hausbauten und Pflanzungsanlagen investiert wurden oder die in den Banken deponiert wurden, um bei sich bietender Gelegenheit zu Investitionen verwendet zu werden, düdfte das von Einwanderern nach Palästina gebrachte oder von Personen, die noch im Auslande weilen und ihre Niederlassung in Palästina beabsichtigen, investierte Kapital verhältnismässig beträchtlich sein. Man kann sagen, dass ein grosser Teil der von der Bevölkerung, jedenfalls der vom jüdischen Bevölkerungselement geschaffenen Unternehmungen durch dieses ausländische Kapital finanziert wird.

Von den registrierten Einwanderern sind 4228, unter ihnen 4215 Juden, aus Osteuropa, 745 (741 Juden) aus Mitteleuropa, 909 (846 Juden) aus den Vereinigten Staaten von Amerika und 539 (unter ihnen 128 Juden und 78 englische Polizisten) aus dem britischen Weltreich mit Ausnahme von Aden und Indien gekommen. 253 Personen wurde die Einwanderung nach Palästina verweigert, ausserdem wurden eine Anzahl von Pionieren im Laufe des Jahres deportiert, weil sie sich ohne Erlaubnis in Palästina aufhielten.

Einem Wunsch der Permanenten Mandatskommission entsprechend erteilt der Jahresbericht der Palästinaregierung a uchAuskunft über den sogenannten „Exodus" von Palästinensern nach Biro-Bidschan. Hierzu wird im Bericht ausgeführt, die Bewegung, Juden in dieser Sowjetprovinz anzusiedeln, sei bald nach der i. J. 1928 in Angriff genommenen Ansiedlung von Juden in der Krim organisiert und gleichzeitig mit der Bewegung zur Ermutigung der Niederlassung armenischer Flüchtlinge in Sowjetarmenien geleitet worden. Die jüdische Kolonisationsbewegung in Sowjetrussland wird durch die zur Erleichterung der Sesshaftmachung von Juden auf dem Lande in Russland gegründete Organisation OZET durchgeführt. Den der Palästinaregierung zur Verfügung stehenden Informationen zufolge wurde 115 in Palästina ansässigen Personen (unter ihnen auch Armeniern) die Erlaubnis, sich in Biro-Bidschan mit ihren Familien niederzulassen, erteilt; von 66 Familien weiss man, dass sie nach Biro-Bidschan ausgewandert sind. Einige von ihnen sind inzwischen in ihre palästinensische Heimat zurückgekehrt. Mit wenigen Ausnahmen handelte es sich um Mitglieder der Kommunistischen Partei Palästinas oder Personen, die mit dieser Partei sympathisierten. Derzeit haben die Sowjetbehörden die Wanderbewegung suspendiert. Man nimmt aber an, dass sie binnen kurzem wieder aufgenommen werden soll, und es heisst, dass einer weiteren Gruppe von 84 Personen in Palästina die Erlaubnis zur Einwanderung nach Biro-Bidschan gegeben wurde. Die sowjetische Schiffsagentur in Palästina gewährt den Aukwanderern 50%ige Fahrtermässigung, Mittellosen werden Darlehen gewährt.

Der Bericht stellt fest, dass die wirtschaftlichen und fiskalischen Verhältnisse in Palästina im Vergleich mit der in den meisten Ländern herrschenden wirtschaftlichen Depression auch im abgelaufenen Jahre weiter günstig geblieben sind. In der Bautätigkeit in Jerusalem, Haifa und Tel Awiw war kein Rückgang zu verzeichnen. Der Prozess der Konsolidierung der einheimischen Industrie und der Eroberung von Absatzmärkten im Inland und in den Nachbarländern hält an, ständig werden neue Gebiete für die Citrus-Kultur herangezogen. Die Palästina-Orange findet in Europa einen sich ununterbrochen ausbreitenden Markt. Die Post wirft einen Jahresüberschuss ab, die Eisenbahnen gewinnen allmählich einen Teil des an den Strassentransport übergegangenen Vorkehrs zurück.

Es wird angenommen, dass der Hafen von Haifa im Oktober 1933 für den allgemeinen Verkehr eröffnet werden wird; seine Fertigstellung ist schon so weit vorgeschritten, dass grosse Schiffe im Hafen landen und Orangenverladungen unmittelbar vom Quai aus vorgenommen werden konnten. Im September und Oktober ankerte im Hafen eine Flotille der englischen Mittelmeerflotte.

Die Pipe Line der Irak-Petroleum-Gesellschaft wurde bis zu einer ziemlich grossen Entfernung in Transjordanien fertiggestellt. Die Hauptniederlassung der Gesellschaft in Haifa wurde errichtet und eine private Telefonlinie für sie gelegt.

Die öffentliche Sicherheit war während des abgelaufenen Jahres nicht gefährdet; es gab keine Ausschreitungen und Unruhen infolge von Rassengegensätzen. Zu Beginn des Jahres gab es ein Wiederaufleben der Verbrechen auf landwirtschaftlichem Gebiet, in Form von Entwurzelung von Bäumen und Verwundung von Vieh. In den meisten Fällen waren diese Frevel die Folge von Fehden zwischen arabischen Dörfern, entstanden aus Grenzstreitigkeiten oder Familiendifferenzen; im Tulkarem-Unterdistrikt jedoch, wo diese Art von Frevel allgemein verbreitet ist, waren auch gewisse jüdische Siedlungen die Leidtragenden. Die Verhängung einer Kollektivstrafe über die schuldigen Dorfbewohner und die Errichtung eines Strafpolizeipostens machten diesen Unruhen ein schnelles Ende; es wurden besondere Massnahmen ergriffen, um den unbotmässigen Distrikt unter schärfere polizeiliche Ueberwachung zu stellen.

In einzelnen Fällen führten Auseinandersetzungen über Weide- und Siedlungsrechte zu Zusammenstössen von jüdischen Wächtern oder Hirten mit Arabern, bei denen auch Schüsse gewechselt wurden. Wo schwerere Ruhestörungen drohten, wurden durch die Distriktskommissare Massnahmen auf Grund der Bodenstreitverordnung getroffen, durch die der einen oder der anderen Partei ungestörter Besitz des strittigen Landes bis zur gerichtlichen Entscheidung über das Eigentumsrecht gewährleistet wurde.

Jerusalem, 12. Juni. Der Waad Leumi hat ein Rundschreiben an alle jüdischen Gemeindevorstände gerichtet, in dem diese aufgefordert werden, darauf zu sehen, dass diejenigen Juden, die noch ausländische Staatsangehörigkeit besitzen, Einbürgerungsgesuche einbringen. In Palästina leben derzeit noch etwa 70.000 Juden, die die palästinensische Landesbürgerschaft nicht besitzen, unter ihnen etwa 6000 Nansenpassinhaber.

Stuttgart, 12. Juni. Das württembergische Staatsministerium hat in einer dem Vorsitz des Reichsstatthalters abgehaltenen Sitzung ein Gesetz über die israelitischen Volksschulen beschlossen, nach dem die allein noch übrigen zwei israelitischen Volksschulen im Sinne von Art. 13 des Volksschulgesetz und ebenso die wenigen israelitischen freiwilligen Konfessionsschulen im Sinne von Art. 14 des Volksschulgesetzes aus den würtembergischen Volksschulen ausscheiden. Diese isrealitischen Schulen können jedoch als Privatschulen weiter bestehen.

Des weiteren wurde beschlossen, die Staatsleistungen an die Israelitische Religionsgemeinschaft, die, wie betont wurde, von jeher in vollem Umfang freiwillige gewesen seien, von nun ab einzustellen. Das Recht der Erhebung von Kirchensteuern durch die Israelitische Religionsgemeinschaft wird dadurch nicht berührt.

London, 12. Juni. Im Scheldonian Theatro in Oxford fand in Gegenwart des gesamten Professorenkollegiums der Oxforder Universität die Promotion Max Reinhardts zum Ehrendoktor des bürgerlichen Rechts statt. Die Ehrendoktor-

würde ist die höchste Auszeichnung, die die Universität Oxford zu vergeben hat. Beim Vizekanzler der Universität fand zu Ehren Reinhardts ein Dinner statt. Seit einigen Jahren ist Reinhardt bereits Ehrendoktor der Goethe-Universität zu Frankfurt a. M. und der Christian Albrecht-Universität zu Kiel.

Frankfurt a. M., 13. Juni. Auf dem 69. Verbandstag der hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaften im Städtischen Saalbau inDarmstadt hielt Staatskommissar Dr. Wagner eine Rede, die sich u. a. auch mit der Judenfrage befasste. Er erklärte, bei einer Reise durch das hessische Weingebiet habe er mit grosser Sorge festgestellt, dass wegen der gemeinen Zurückhaltung der jüdischen Händler der Absatz des Qualitätsweins sterbe; er habe deshalb dringend zur Gründung von Weinabsatzgenossenschaften geraten. Im Vogelsberg habe er wieder festgestellt, wie schwierig der Absatz von Vieh gegenwärtig ist; hier müssten die Juden ausgeschlossen werden.

Nachdem die Wahlen zum Verbandsausschuss beendet waren, erklärte Staatskommissar Dr. Wagner beim Punkt „Anfragen" unter grossem Beifall der Versammlung, er hätte bereits Anweisung gegeben, dass Juden nicht mehr in den Genossenschaftsverband aufgenommen werden dürften, sämtliche Genossenschafter müssten rein arischer Abstammung sein. In dieser Frage gebe es keine Kompromisse.

In der Aussprache wurde noch die Frage der Gleichschaltung der landwirtschaftlichen Konsumvereine aufgeworfen, bei deren Gründung ja antisemitische Gedankengänge massgebend gewesen seien.

Frankfurt a. M., 13. Juni. Der Frankfurter Juwelengrosshändler Moritz N. Oppenheim, Inhaber der international angesehenen Firma N. M. Oppenheim Nachf., hat gemeinsam mit seiner Gattin Selbstmord verübt. Es heisst, dass Oppenheim, der im 85. Lebensjahre stand, die Tat in einem Zustand seelischer Depression infolge der neuen Verhältnisse in Deutschland, in die er sich nicht mehr finden konnte, verübt habe. Die Nachricht von seinem Freitode wurde in der Frankfurter Presse zunächst ohne Namensnennung veröffentlicht, es hiess bloss, „ein hochbetagtes Ehepaar, das früher im kaufmännischen Leben der Stadt eine grosse Rolle gespielt habe, sei infolge seelischer Depression freiwillig aus dem Leben geschieden". Anlässlich des Begräbnisses Oppenheims und seiner Frau würdigt die „Frankfurter Zeitung" die hohen Verdienste Oppenheimus als Förderer der Naturwissenschaften, bringt aber keinerlei Hinweis auf die Todesart des Ehepaars. Moritz N. Oppenheim entstammte einer Familie, die seit nahezu 300 Jahren in Frankfurth im Juwelenhandel tätig war. Das besondere Interesse des Verstorbenen, der für den Fortschritt auf allen Gebieten der Wissenschaften einen offenen Sinn hatte, galt den Naturwissenschaften. Die Universität Frankfurt verdankt ihm den Lehrstuhl für theoretische Physik, die Sternwarte ihren grossen, nach dem Ehepaar Oppenheim genannten Kuppelrefraktor. Die Neigung zur Astronomie ging besonders auch von Frau Oppenheim aus,, deren Bruder eine eigene Sternwarte errichtete. Zu Ehren von Moritz Oppenheim wurde sogar einer der kleinen Planeten „Mauritius" genannt. Weiter war die Meereskunde ein besonderes Interessengebiet des Verstorbenen. In Helgoland hat er grosse Beträge für das dortige Aquarium gestiftet; er wurde in Anerkennung dessen zum Ehrenbürger der Insel ernannt. Die Stadt Frankfurt verlieh ihm an seinem 80. Geburtstag die silberne Ehrenplakette.

Jerusalem, 13. Juni. Das Zentralhilfskomitee für deutsche Juden hat beschlossen, ein Drittel aller in Palästina aufgebrachten Hilfsgelder für Bodenkauf zwecks landwirtschaftlicher Ansiedlung deutscher Juden zu verwenden. Die Hilfskomitees in den übrigen Ländern wurden aufgefordert, dasselbe Prinzip durchzuführen.

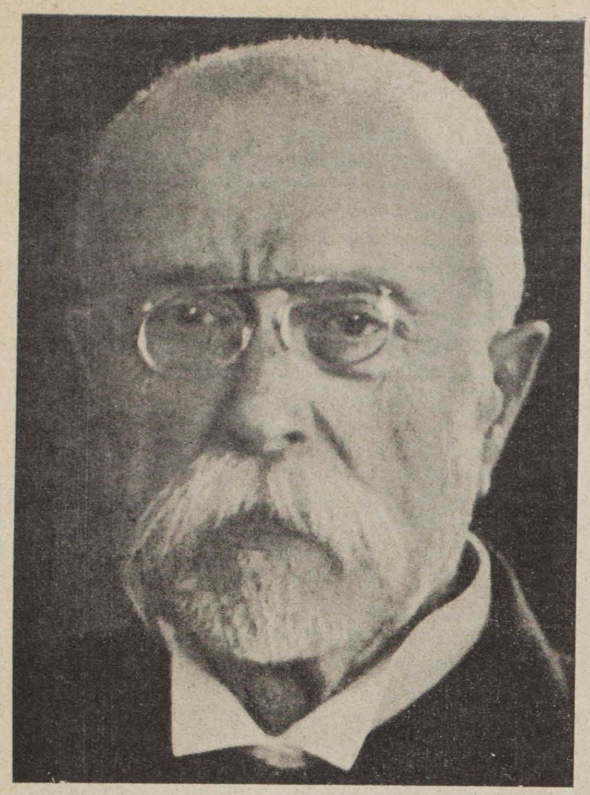
Berlin, 14. Juni. Einer soeben erschienenen Verordnung zufolge haben die Leiter sämtlicher Privatschulen (allgemein bildende Volks-, Mittel- und höheren Schulen; Sprachschulen, Vorbereitungsanstalten, Kunstschulen, Tanz-, Ballett-, Gymnastik-, Turn-, Theater- und Filmschulen) sowie alle Inhaber von Unterrichtserlaubnisscheinen bis zum 1. August dem zuständigen Schulrat ihre arische oder nichtarische Abstammung sowie ihre deutsche oder nicht deutsche Staatsangehörigkeit nachzuweisen. Der Nachweis hat durch Vorlage der Geburtsurkunde sowie der Geburtsurkunden oder Heiratsurkunden der Eltern zu erfolgen.

Berlin, 14. Juni. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung vom 13. Juni bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten den im Mai d. J. vom Magistrat gefassten Beschluss bestätigt, dass Schülern und Schülerinnen der städtischen höheren Lehranstalt und Mittelschulen, die von jüdischen Eltern oder Grosseltern abstammen, keine Schulgeldermässigung gewährt werden soll, solange die Zahl der Schüler jüdischer Abstammung über den Beteiligungssatz der jüdischen Einwohner an der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches hinausgeht. Es genügt, wenn ein Eltern- oder Grosselternteil jüdisch ist, insbesondere der jüdischen Religion angehört hat.

Prag, 14. Juni. Der Aussenminister der tschechoslowakischen Republik Dr. Eduard Benesch empfing den Brünner Industriellen und Publizisten Fritz Jellinek und gab ihm Aufschlüsse über aktuelle Zeitfragen. Zur Judenfrage äusserte sich Dr. Benesch folgendermassen:

„Bei uns in der Tschechoslowakei gibt es keine Judenfrage. Einer Regierung, die eine solche Frage kennt oder stellt, würde ich gewiss nicht angehören wollen. Um Ihnen den Standpunkt, der, wie ich glaube, von der überwältigenden Majorität aller Tschechen und Slowaken zur Judenfrage eingenommen wird, darzustellen, will ich zu einer historischen Reminiszenz greifen: auf der Friedenskonferenz war die Rede davon, dass der Tschechoslowakei ein Minderheitenschutz für die jüdische Bevölkerung aufgetragen werden sollte. Ich erklärte damals, dass ich einen solchen Standpunkt niemals akzeptieren oder unterschreiben würde, denn erstens sei es eine Beleidigung des tschechoslowakischen Volkes, wenn ihm zugemutet würde, dass eine solche Klausel im Minderheitenvertrag nötig wäre, und zweitens dachte ich bei meiner Weigerung auch an die eigenartige politische Schichtung der Juden in der Tschechoslowakei. getreu unserem Grundsatz, dass in der Tschechoslowakei niemand, der sich loyal zum Staate bekennt, wegen seiner Nationalität oder wegen seiner Konfession verfolgt oder beeinträchtigt werden dürfe, wollten wir allen Juden unseres Landes die Wahl ihres politischen Bekenntnisses vollkommen freistellen. Ich wollte, dass die zionistisch-nationaljüdisch Orientierten, ebenso wie die der tschechischen oder der deutschen Seins- und Meinungswelt verbundenen Juden in unbedingter Freiheit der von ihnen erwählten politischen Richtung sollten leben und wirken dürfen.

Es ist meine Ueberzeugung, dass in der Tschechoslowakei alle Nationalitäten geachtet und geschützt werden müssen. Niemand, selbstverständlich auch kein Jude, der sich zum Deutschtum bekennt — ich betone das nochmals — könnte bei uns wegen seines Bekenntnisses verfolgt werden, wenn die Verbundenheit an unseren Staatsgedanken gewahrt wird."



Professor Thomas Garrigue Masaryk, Präsident der Č. S. R.

Dieser wahrhaft grosse und edle Mensch, der in der ganzen Kulturwelt als Staatsmann und Wissenschaftler gleichermassen bekannt ist und geschätzt wird, hat wiederholt seine freundliche Gesinnung gegenüber dem Judentum in Wort und Tat kundgegeben.

Er prägte folgende Sätze:

„Ich bin überzeugt, wer Jesum zu seinem Führer in der Religion hat, kann kein Antisemit sein. Das ist mir so klar, nicht, weil Jesus seblst ein Jude war, weil die Apostel Juden waren und weil das alte Christentum speziell der Katholizismus sehr viel Jüdisches an sich hat, nein; aber wenn ich Jesum annehme, kann ich nicht Antisemit sein. Eines oder das Andere. Christ oder Antisemit !"

(Siehe das Buch: „Masaryk und das Judentum", erschienen im Jahre 1931, Mars-Verlags-Gesellschaft m. b. H„ Prag.)

London, 14. Juni. Der Bericht der Palästinaregierung für das Jahr 1932 enthält u. a. auch einen Ueberblick über die Tätigkeit der Jewish Agency im abgelaufenen Jahre, sowie über Fragen der Arbeit und ihrer Organisation.

Die Geldeingänge bei der Jewish Agency und den ihr angliederten zionistischen Institutionen zeigten, wie der Bericht feststellt, infolge der in Europa und in Amerika herrschenden Wirtschaftskrisis sowie infolge der von einigen Ländern eingeführten Einschränkung der Ausfuhr von Zahlungsmitteln im Berichtsjahre einen Rückgang gegenüber dem Vorjahre. Im Finanzjahr, das mit Oktober 1931 begann und mit November 1932 endete, haben die Jewish Agency, der Emergency Fund for Palestine und die Hebräische Universität eine halbe Million Pfund ausgegeben. Der Jüdische Nationalfonds erwarb im Jahre 5692 etwa 8300 Dunam Land und forstete 6320 Dunam auf.

Die Regierung erhöhte im Berichtsjahr die Subvention für das jüdische öffentliche Schulsystem von 20.000 auf 26.000 Pfund, wobei einerseits die ausserhalb des eigentlichen Erziehungsressorts von anderen Regierungs-Departments gemachten Aufwände für Erziehungszwecke, die dem Erziehungs-Departement der Regierung erwachsen würden, wenn man von diesem Department verlangen würde, allen jüdischen Kindern im schulpflichtigen Alter Leistungen auf dem Gebiet der Erziehung in demselben Ausmass, wie diese für die arabischen Schulkinder vorgesehen sind, zu bieten.

Die Jewish Agency hat im Berichtsjahr bei der Regierung Vorstellungen betreffend die Entwürfe zur Einwanderungsverordnung (Immigration [consolidating] Ordinance), zur Unterrichtsverordnung (Education Ordinance), zur Land Law (Amendment) Bill und zur Verordnung über Bodenstreitigkeiten (Land Disputes [Possession] Ordinance) erhoben; die Bestimmungen der Unterrichtsverordnung wurden abgeändert, um gewissen von der Agency erhobenen Einwänden zu entsprechen.

Alle Gesuche um Aufnahme in das Verzeichnis landloser Araber wurden der Jewish Agncy vorgelegt, um ihr die Möglichkeit zu geben, die Behauptung der Gesuchsteller, dass sie ihres Bodens infolge seines Ueberganges in jüdische Hände verlustig gegangen seien, zu prüffen.

Im April und im Oktober unterbreitete die Agency Vorschläge auf Festsetzung einer Arbeitereinwanderungs-Schedule von 3723 Personen (2688 Männer und 1035 Frauen), resp. von 6560 Personen (4380 Männer und 2180 Frauen). Nach entsprechender Beratung mit den Vertretern der Agency setzte der High Commissioner die Quoten mit 2100 (1500 Männer und 600 Frauen), resp. 4500 (3000 Männer und 1500 Frauen) fest. Besondere Erlaubnisse zur Einwanderung wurden ausgewählten Arbeitereinwanderern im Alter von über 35 Jahren gewährt.

Die Agency wurde ferner bei der Regierung im Zusammenhang mit der Zahl von Juden in der palästinensischen Polizei und im transjordanischen Grenzkorps vorstellig. In der Polizei ist das jüdische Element folgendermassen vertreten: Offiziere 17%, Mannschaften 13%. Es wurden Schritte unternommen, weitere Juden ins transjordanische Grenzkorps einzureihen, das gegenwärtig 47 Juden zählt. Die Kooperation der Agency durch einen besonderen Verbindungsbeamten mit den Distriktsverwaltungen der Polizei und den Behörden der Luftstreitkräfte in allen Angelegenheiten betreffend die Vorkehrungen zur Verteidigung der jüdischen Siedlungen wurde fortgesetzt.

Im Abschnitt über Arbeitsfragen wird zunächst eine amtliche Definition der Arbeitslosigkeit gegeben. Danach gilt als arbeitslos „ein Mann oder eine Frau der arbeitenden Klasse, der (die) zur Bestreitung des Lebensunterhalts vollständig oder hauptsächlich auf Lohnempfang angewiesen ist und derzeit ohne Beschäftigung und auf der Suche nach solcher ist oder eine auf weniger als drei Tage sich erstreckende Beschäftigung hat". Unter diesen Begriff fallen auch Fellachen, die zwar für gewöhnlich im eigenen Betrieb arbeiten, jedoch zeitweilig darauf angewiesen sind, Lohnarbeit zu übernehmen. Dagegen gelten nicht als arbeitslos Personen, die Boden oder andere Produktionsmittel besitzen, aus deren Erträgnis sie ihren Lebensunterhalt vorwiegend bestreiten, kleine Händler oder Ladenbesitzer, Handwerker und ähnliche selbständig arbeitende Personen, die zeitweilig unterbeschäftigt sind, sofern sie nicht gerade auf der Suche nach einer Anstellung sind. Es schien untunlich, bei Arbeitsuchenden einen Unterschied zu machen zwischen Personen, die kleine Grundstücke besitzen, welche sie zu gewissen Jahreszeiten bearbeiten, und solchen, die überhaupt keinen Bodensitz haben.

Ueber die Bewegung der Arbeitslosenziffern enthält der Bericht folgende Angaben: Nach ungefähren Schätzungen sank die Zahl arabischer Arbeitsloser i. J. 1931 niemals unter 11.000 und war mit 35.000 im September jenes Jahres am höchsten. Im Jahre 1932 betrug die Höchstziffer der arabischen Arbeitslosigkeit 21.000 im Januar, der tiefste Stand wur-

de im November mit 10.500 erreicht. Unter den Juden schwankte die Arbeitslosigkeit 1931 zwischen 2600 im November und 2000 im März. 1932 betrug der Höchststand 2400 im Januar, der Tiefststand 950 im April. In den letzten fünf Monaten des Jahres schwankte die Arbeitslosigkeit unter den Juden zwischen 1100 und 1400. Bei den Arabern betrag die Arbeitslosigkeit hauptsächlich ungelernte Arbeiter und Angestellte. Bei den Juden beschränkte sich die Arbeitslosigkeit zum Jahresende auf männliche und weibliche Handels- und Büroangestellte. Steigerung der Beschäftigung wiesen fast ausschliesslich das Baugewerbe und seine Nebengewerbe, sowie die Citrus-Kultur auf. Die zunehmende Beschäftigung in diesen beiden Produktionszweigen betrag Araber und Juden, hauptsächlich jedoch Juden. Diese Beschäftigungssteigerung, sowie die Niederlassung von Personen mit eigenem Kapital und die von diesen Personen vorgenommenen Investitionen erschlossen weitere Arbeitsmöglichkeiten auch auf anderen Gebieten. Deshalb hielten sich die Vertreter der organisierten Arbeit für berechtigt, die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen zu erheben.

Verhältnismässig häufig wurden Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen — hauptsächlich Lohnerhöhung und Herabsetzung der Arbeitszeit — im Zusammenhang mit den auf Organisierung der arabischen Arbeiter abzielenden Bestrebungen, insbesondere im Subdistrikt Haifa erhoben, wo eine beträchtliche Zahl von Arabern und Juden gemeinsam bei öffentlichen Arbeiten und anderen grossen Unternehmungen beschräftigt waren. Es ist deshalb wahrscheinlich, dass diese Forderungen durch das Beispiel der Juden angeregt wurden. Die Auseinandersetzungen über diese Forderungen wurden von der Vereinigung arabischer Arbeiter in Haifa oder vom allgemeinen Arbeiterklub geführt und vom Allgemeinen Jüdischen Arbeiterverband unterstützt. Zu einer weiteren Organisierung arabischer Arbeiter kam es nicht. Von den Arbeiterorganisationen, die ausschliesslich Araber umfassen, waren im Bercihtsjahre nur zwei, nämlich der christliche orthodoxe Arbeiterverband in Jaffa und die Vereinigung arabischer Arbeiter in Haifa tätig. Versuche, auch anderwärts arabische Gewerkschaften zu gründen, hatten keinen Erfolg.

Es existieren in Palästina auch einige „gemischte“ Gewerkschaften, die sowohl Juden, als auch Araber umfassen. Die grösste von diesen ist die dem internationalen Eisenbahn-, Post- und Telegraphenarbeiterverband angeschlossene Gewerkschaft der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenarbeiter Palästinas mit zweigorganisationen in allen grösseren Zentren. Bisher konnte diese Gewerkschaft, die 1919 gegründet wurde, und 300 jüdische, sowie 200 arabische Mitglieder umfasst, noch nicht jene Bedingungen erfüllen, die die Regierung als Voraussetzung für die offizielle Anerkennung von Gewerkschaften für Regierungsangestellte festgelegt hat. Alle gemischten Organisationen kooperieren mit der Allgemeinen Jüdischen Arbeiterorganisationen Palästinas.

Ueber die Verwendung von Juden im öffentlichen Dienst und ihre Beteiligung bei öffentlichen Arbeiten werden folgende Angaben gemacht: Ein Drittel der städtischen Beamtenschaft in Jerusalem besteht aus Juden; bei verschiedenen regulären und ausserordentlichen Dienstleistungen für öffentliche Institutionen wurden 111.445 Individualarbeitstage gezählt, von denen 31.426 (28%) auf Juden entfielen. Die an Juden ausgezahlte Lohnsumme war jedoch verhältnismässig weit höher, als deren Beschäftigungsgrad: sie betrug vermutlich 50% der allgemeinen Lohnsumme, da jüdische Arbeiter vorwiegend unter der gelernten Arbeiterschaft vertreten waren, während die Araber zum grössten Teil ungelernte Arbeiter waren. Bei der Durchführung der Kanalisationsarbeiten in Jerusalem werden 10.000 Pfund an Löhnen ausgezahlt werden, etwa 50% davon den Vertragsbestimmungen entsprechend an Juden. Eine ähnliche Arbeitskostenverteilung wurde für die Durchführung von zwei kleineren Arbeiten im Zusammenhand mit der Wasserversorgung Jerusalems und der Errichtung eines neuen Schlachthauses und einer Verbrennungsanlage vereinbart.

In Jaffa wurden in der Regel Juden bei der mehr technischen Seite der von der Stadtverwaltung ausgeführten Arbeiten im durchschnittlichen Ausmass von 12% aller verwendeten Arbeitskräfte beschäftigt.

Die Stadtverwaltung von Haifa gab für öffentliche Arbeiten i. J. 1932 6300 Pfund aus; von dieser Summe flossen 77% arabiscehr und 23% jüdischer Arbeit zu. In Tiberias war jüdische Arbeit zu 76% an den von der Stadtverwaltung durchgeführten Arbeiten beteiligt.

Bis zum 31. Dezember 1932 waren beim Landentwicklungs-Department 3188 Gesuche um Aufnahme in das Verzeichnis landloser Araber von Personen eingelaufen, die behaupteten, von dem von ihnen besetzten Boden dadurch entfernt worden zu sein, dass dieser Boden in jüdischen Besitz überging, und keine anderen Pachtungen oder eine in gleicher Weise zufriedenstellende Beschäftigung erhalten zu haben. Von diesen Gesuchen wurden 542 berücksichtigt, 2441 abgewiesen, 205 werden noch geprüft. Jedes Gesuch wurde vom „Legal Assessor“, dem Präsidenten des Kreisgerichts von Nablus Richter H. A. Webb, überprüft, wobei der Jewish Agency die Möglichkeit zur Begutachtung unter Bezugnahme auf ihre Aufzeichnungen über die betreffenden Bodentransaktionen gegeben wurde.

Im Beisan-Subdistrikt hat die Palästinaregierung 5740 Dunam bewässerten Bodens mit einem Kostenaufwand von etwa 25.000 Pfund erworben, um dort die zu dem nördlichen Teil des Wadi Hawarith-Stammes gehörenden dislozierten Araber wieder anzusiedeln. Inzwischen werden etwa 3000 Dunam im Wadi Hawarith-Gebiet in der von der Regierung vom Jüdischen Nationalfonds übernommenen Pachtung von diesen Arabern weiter bebaut.

In einer Reihe von Dörfern in der Küstenebene wird gegenwärtig eine wirtschaftliche Untersuchung durchgeführt, um festzustellen, welche Bodenflächen in diesen Dörfern für Siedlungsverdichtung geeignet sind.

Die bisher von einem Beamten der Rechtsabteilung besorgte Registrierung der kooperativen Genossenschaften wurde einem besonders geschulten Registrator anvertraut, dessen erste Aufgabe es sein wird, gemeinsam mit dem Landentwicklungsbeamten kooperative Genossenschaften unter den arabischen Landwirten zu organisieren. Nach den Ergebnissen der Kooperativbewegung unter den jüdischen Siedlern zu schliessen, dürfte dies ein wirksames Mittel darstellen, die arabischen Landwirtschaftsmethoden zu verbessern und das landwirtschaftliche Einkommen der Fellachen zu erhöhen.

B e r l i n, 15. Juni. In einer in sächsischen Zeitungen veröffentlichten Erklärung des sächsischen Wirtschaftsministers heisst es:

„Es hat sich in letzter Zeit gezeigt, dass in einigen Zweigen der Industrie, soweit nichtarische Auftraggeber als Grossisten oder Einzelhändler in Betracht kommen, die Auftragserteilung in bedenklicher Weise nachgelassen hat, zum Teil sogar völlig ins Stocken geraten ist. Diese Geschäftsstockung hat in verschiedenen Industriezweigen zu Arbeiterentlassungen und zu Stillegungen geführt. Die nichtarischen Firmen begründen ihre Zurückhaltung in der Tätigkeit neuer Abschlüsse mit der Depression und Unsicherheit ihrer Geschäftslage, da sie noch irgendwelche Eingriffe der Reichsregierung oder der Länderregierungen befürchten. Demgegenüber ist festzustellen, dass diese Befürchtungen unbegründet sind...“

Zu dieser Erklärung wird der „C. V.-Zeitung" aus jüdischen Kreisen des Chemnitzer Einzelhandels geschrieben:

Es wird in der Erklärung gerügt, dass nichtarische Firmen mit der Erteilung von Aufträgen stark zurückhalten. Zu dieser Massnahme sehen sich jüdische Firmen veranlasst, sowohl durch den Umsatzrückgang infolge der Wirtschaftskrise als auch durch den Boykott ihrer Geschäfte. Behörden verbieten, wie jedes Kind weiss, ihren Beamten das Kaufen in jüdischen Geschäften; Kommunen entziehen laut überall bekannten und veröffentlichten Erlassen den jüdischen Firmen ihre Aufträge. Seit dem 1. April, dem Boykottsonnabend, ist den jüdischen Firmen jede Insertionsmöglichkeit in Chemnitz unterbunden. Sämtliche Tageszeitungen der Stadt lehnen die Aufnahme der Inserate dieser Firmen ab. Die jüdischen Geschäfte sind von der Einlösung der von der Stadt ausgegebenen Verbilligungsscheine ausgeschlossen. Wo soll unter diesen Umständen der jüdische Kaufmann den Optimismus für die Zukunft hernehmen, um auf Grund dessen die für unsere Wirtschaft so überaus notwendigen Aufträge zu erteilen? Der jüdische Kaufmann hegt nach den bisher gemachten Erfahrungen die allergrössten Befürchtungen für seine künftige Existenzmöglichkeit. Ganz klar und deutlich muss es einmal ausgesprochen werden, dass das Gros der deutschjüdischen Firmen stets und immer dem Verlangen des Herrn Wirtschaftsministers, Sauberkeit in der Geschäftsgebarung und Rücksichtnahme auf die deutsche Volksgemeinschaft, entsprochen hat. Aufrichtig und ehrlich will der jüdische Kaufmann, wie bisher, auch unter den neuen Verhältnissen am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft mitarbeiten. Er betrachtet diese Arbeit als eine seiner wichtigsten Aufgaben, als eine deutsche Ehrenpflicht.

Hamburg, 15. Juni. Von der Hamburgischen Landesjustizverwaltung sind zuerst 44 dann weitere 25 nichtarische Rechtsanwälte vom Rechte bei Gericht aufzutreten, ausgeschlossen worden. Diese Zahl wird sich möglicherweise noch weiter erhöhen, da bei einer Reihe von Anwälten, die zunächst zugelassen bleiben, geprüft wird, ob und an welchen Kampfhandlungen sie im Krieg oder als Mitglied von Freikorps teilgenommen haben.

New York, 15. Juni. Der vom Jewish Joint Distribution Committee of America Ende Mai beschlossene Drive zur Aufbringung von zwei Mlilionen Dollar für das Hilfswerk zugunsten deutscher Juden wurde am 14. Juni in New York mit einem Bankett, auf dem der Gouverneur des Staates New York Herbert H. Lehman und der frühere Botschafter Guggenheim als Hauptredner auftraten, eröffnet. Auf dem Bankett wurden 250.000 Dollar für den Hilfsfonds gezeichnet. Die von jüdischen Organisationen der Stadt New York ins Drive-Komitee entsandten Vertreter haben es übernommen, in der Stadt New York allein die Hälfte der vorgesehenen Drive-Summe, eine Million Dollar, aufzubringen.

DerPlan, eine Hilfsaktion für notleidende Juden in Deutschland einzuleiten, wurde auf einer ausserordentlichen Tagung des Joint Distribution Committee im April d. J. in New York entwickelt. Auf der Konferenz wurde beschlossen, neben der vom Joint Distribution Committee durchgeführten Sammlung zur Fortsetzung der Hilfsfarbeit des Joint in Osteuropa eine besondere Aktion zugunsten deutscher Juden einzuleiten. Das europäische Büro des Joint Distribution Committee wurde beauftragt, die Hilfsarbeit in engem Kontakt mit den philanthropischen jüdischen Organisationen Deutschlands durchzuführen.

Der Vorsitzende der Konferenz James N. Rosenberg erklärte bei dieser Gelegenheit, das Joint Distribution Committee befasse sich ähnlich wie das Rote Kreuz und andere derartige Organisationen durchaus nicht mit politischen Angelegenheiten; die Konferenz werde sich demzufolge ausschliesslich auf die Erörtung von Fragen, die mit unmittelbarer Hilfeleistung zusammenhängen, beschränken. Die tragische Lage der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, führte er aus, erfülle die amerikanische Judenheit mit unsäglichem Schmerz; es sei dies jedoch weder die Zeit noch der Ort, mehr zu tun als festzustellen, dass man vor einem schwierigen Hilfsproblem stehe. James Rosenberg brachte die Zuversicht zum Ausdruck, dass man bei der Lösung dieses Problems auf die Unterstützung Aller ohne Unterschied von Rasse, Nationalität oder Bekenntnis rechnen könne.

Dr. Jonah B. Wise, der Landesleiter der Sammelaktion des Joint Distribution Committee, erklärte jüngst nach seiner Rückkehr aus Europa, wo er in Berlin, Paris und London Besprechungen mit den Führern der deutschen Judenheit, den Leitern der Hilfsaktionen zugunsten deutscher Juden und führenden Persönlichkeiten der jüdischen Wohlfahrtsorganisationen abgehalten hatte, es sei ein enger Kontakt zwischen den jüdischen Stellen Amerikas und Europas, die sich mit der Hilfsarbeit zugunsten deutscher Juden befassen, hergestellt worden.

Nancy, 15. Juni. Im Saargebiet hat eine Bewegung zur Boykottierung jüdischer Geschäftsleute eingesetzt. Es werden Flugzettel verteilt, in denne es als Pflicht jedes „guten Saarländers" bezeichnet wird, in jüdischen Geschäften nicht einzukaufen. Die Saarbrückner Zeitung hat den jüdischen Buchhändlern und Zeitungsverkäufern mitgeteilt, dass ihnen das Blatt nicht mehr zwecks Weiterverkaufs zugestellt werden wird. Als Gegenmassnahme gegen diese Boykottbestrebungen haben die Eigentümer der betreffenen Geschäfte beschlossen, sich nur noch unabhängiger Zeitungen als Insertionsorgane zu bedienen. Es herrscht allgemeines Erstaunen darüber, dass die internationale Regierungskommission bisher noch keinerlei Massnahmen zur Bekämpfung der Boykottbewegung getroffen hat.

Warschau, 15. Juni. Der Vorstand der Warschauer Jüdischen Gemeinde hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Annahme einer von einer gewissen Frau Kirschrot gemachten Stiftung abzulehnen, weil nach dem Willen der Erblasserin Nationaljuden vom Genuss der Stiftung ausgeschlossen sein sollten.

In derselben Sitzung wurde beschlossen, dem jüdischen Museum in Tel Awiw eine Widmungsgabe aus dem Bestand des Warschauer jüdischen Museums zu überweisen.

Warschau, 15. Juni. Auf der in Lodz abgehaltenen Kreiskonferenz jüdischer Heimarbeiter des Schneidergewerbes wurde auf die ausserordentliche Notlage der jüdischen Heimarbeiter in Polen hingewiesen. Es gibt derzeit in Polen etwa 400.000 jüdische Heimarbeiter in 47 Handwerkszweigen. Die jährliche Beschäftigungsdauer dieser Arbeiter ist den letzten Jahren ständig zurückgegangen. Auch während der Zeit, in der sie Beschäftigung haben, ist ihr Verdienst so niedrig, dass ständig Hunger und Not in ihren Kreisen herrscht. Verschärft wird dieses Lage noch dadurch, dass die Heimarbeiter weder in die Handwerkerverbände aufgenommen werden, noch als Einzelarbeiter sozialen Schutz geniessen. In einer Resolution wird Ausdehnung des sozialen Schutzes und der Krankenversicherung auf die Heimarbeietr und Schutz gegen Ausbeutung durch die Grosskonfektionäre Verlangt.

Warschau, 15. Juni. Das Lodzer Kreisgericht hat drei Mitglieder der antisemitischen nationaldemokratischen Partei, die in der Stadt Lenczyca eine heftige judenfeindliche Propaganda entfaltet hatten, zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Beograd, 15. Juni. Die Beograder Universität bzw. ihre medizinische Fakultät hat den bisherigen ordentlichen Pro-

fessor an der medizinischen Fakultät in Berlin Dr. Ferdinand Blumenthal, eine Weltkapazität für Krebsforschung als Honorarprofessor berufen. Die Gesellschaft für Krebsbekämpfung in Beograd hat Dr. Blumenthal zu einigen Vorträgen eingeladen. Dr. Blumenthal bedeutet für die Beograder Universität einen grossen Gewinn. Er wird in Jugoslavien ein Institut für Krebsforschung und Krebsbekämpfung einrichten. Bisher Chef des Krebsforschungsinstitutes an der Berliner medizinischen Fakultät, ist er nach der Machtergreifung der Hitlerianer als Jude zur Disposition gestellt worden.

Belgrad, 16. Juni. Das Professorenkollegium der Belgrader juristischen Fakultät hat beschlossen, den Professor der Staatsrechtslehre Hans Kelsen, Köln, und den Professor der Nationalökonomie Emil Lederer, Berlin, die wegen ihrer jüdischer Abstammung auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Beamtentums beurlaubt wurden, als ordentliche Professoren an die Belgrader Universität zu berufen. Prof. Hans Kelsen, der Schöpfer der österreichischen Verfassung, hatte sich infolge antisemitischer Quertreibereien vor einigen Jahren veranlasst gesehen, seinen früheren Wirkungskreis an der Universität Wien aufzugeben.

In dem Professorenkollegium der Universität Belgrad haben nunmehr bereits 6 Professoren die bis vor kurzem in Deutschland tätig waren, Aufnahme gefunden.

Wilna, 16. Juni. Das polnische Unterrichtsministerium hat dem jiddischen Realgymnisum in Wilna, der einzigen derzeit in Polen bestehenden derartigen Lehranstalt mit jiddischer Unterrichtssprache, das Oeffentlichkeitsrecht verliehen und damit die Abgangszeugnisse dieser Anstalt denjenigen der staatlichen Mittelschulen gleichgestellt. Gleichzeitig erhielt auch das Wilnaer hebräische Gymnasium „Tarbuth" das Oeffentlichkeitsrecht.

Tel Awiw, 16. Juni. Der Leiter des politischen Dezernats bei der Palästina-Executive der Jewish Agency Dr. Chaim Arlosoroff ist am 16. Juni abends in Tel Awiw das Opfer eines Revolveranschlags geworden. Dr. Arlosoroff befand sich zu später Abendstunde mit seiner Gattin auf einem Spaziergang am Strande von Tel Awiw, als zwei unbekannte Männer in der Nähe des mohammedanischen Friedhofs auf ihn zutraten und ihn fragten, wie spät es sei. Dr. Arlosoroff antwortete: 11 Uhr. Daraufhin fragten ihn die Leute, ob er Dr. Arlosoroff sei und gaben, als er diese Frage bejahte, zwei Revolverschüsse auf ihn ab. Schwer verletzt sank Arlosoroff zu Boden, während die Attentäter die Flucht ergriffen. Auf die Detonation hin eilten zwei jüdische junge Leute, die sich in der Nähe befanden, herbei und brachten den Verwundeten in das Hospital der Hadassah. Gegen Mitternacht erlag Dr. Arlosoroff, während die Aerzte Vorbereitungen zu einer Operation trafen, seinen Verletzungen. Einer der Schüsse hatte das Herz verletzt.

ארלוזורב תנצב״ה.

ארלוזורוב מת! שמועה מדהימה. אבדה מכאיבה לבלי הנחם. ארלוזורוב. בשם הזה קשורה שורה של מעוראות ממדרגה ראשונה, מלחמות־רוח בשאלות שעמדו כמעט במשך דור שלם ועדייז עומדות ברומו של עולם היהדות בכלל ובזה של בנין ארץ־ישראל בפרט. ארלוזורוב נקטף באבי־ימיו, בז שלושים וארבע שנה, ובאופן טרגי שאין כמוהו. הוא נפל חלל על שדה עבודתו הקשה והאחראית ביותר בעד ישראל וארצו. קרבן העם! מובן מאליו שכל העם מבכה את האבדה.

ה מ ע ר כ ת.

Der Gattin Dr. Arlosoroffs war es aufgefallen, dass zwei Männer ihr und ihrem Gatten seit einiger Zeit auf ihrem Spaziergange in verdächtiger Weise folgten, und sie hatte 5 Minuten vor dem Attentat ihren Mann darauf aufmerksam gemacht. Arlosoroff aber hatte dieser Warnung keine Beachtung geschenkt.

Dr. Chaim Victor Arlosoroff, einer der bedeutendsten Führer und massgebendsten Theoretiker der jüdischen Arbeiterbewegung Palästinas, wurde i. J. 1899 in Rommy (Ukraine) geboren. Er war Mitbegründer der aus dem Zusammenschluss der jüdischen Arbeiterparteien Hapoel Hazair und Zeire Zion entstandenen Hitachduth, einer Sonderverbandes der Zionistischen Weltorganisation, der sich in letzter Zeit in vielen Ländern mit den dort bestehenden poale-zionistischen Gruppen vereinigt hat und ohne Betonung des marxistischen Klassenkampfgedankens die Verwirklichung eines „konstruktiven Sozialismus" in Palästina, einer freien arbeitenden jüdischen Gesellschaft auf der Grundlage sozialer Gemeinwirtschaft, sowie Erneuerung des jüdischen Volkslebens in den Ländern der Zerstreuung auf der Grundlage produktiver Arbeit und hebräischer Kultur anstrebt. In den Jahen 1905 bis 1924 lebte Arlosoroff in Berlin, seit 1924 in Palästina. I. J. 1923 wurde er Mitglied des Finanz- und Wirtschaftsrates der Zionistischen Organisation. Auf dem 17. Zionistenkongress i. J. 1931 wurde er als Nachfolger von Colonel Kisch zum politischen Leiter der Palästina-Executive bestimmt. In dieser Stellung versuchte er insbesondere, eine politische Annäherung zwischen Juden und Arabern herbeizuführen. So brachte er vor einiger Zeit in Jerusalem eine Besprechung mit transjordanischen Scheichs zustande. Im Mai d. J. weilte Dr. Arlosoroff in Deutschland und entwarf auf Grund seiner Beobachtungen einen grosszügigen Plan zur Ueberführung jüdischer Kinder aus Deutschland in palästinensische Schulen und zur ländlichen und städtischen Ansiedlung deutscher Juden in Palästina.

Sofia, 16. Juni. Anlässlich des 70. Geburtstages und des 50jährigen Jubiläums der schriftstellerischen Tätigkeit des jüdischen Historikers, Salomon Avram Rosanes, wurden in allen jüdischen Gemeinden Bulgariens Festveranstaltungen abgehalten.

König Boris III. von Bulgarien verlieh Rosanes anlässlich seines 70jährigen Jubiläums das Offizierskreuz 4. Klasse für bürgerliche Verdienste. Der Orden wurde dem Jubilar bei der Feier in Sofia vom Vertreter des Unterrichtsministeriums Dr. Yaneff überreicht.

Salomon Avram Rosanes wurde 1863 in Rustschuk geboren. Er trat, nachdem er sich bereits im Alter von 8 Jahren hervorragende Kenntnisse in der hebräischen Sprache und jüdischen Fächern angeeignet hatte, 1872 in die neugegründete Allianzschule ein, wo er Französisch, Deutsch, Russisch und Bulgarisch erlernte. Später widmete er sich mit besonderer Vorliebe dem Studium der Archäologie, Numismatik und Geschichte. Sein Hauptwerk ist eine sechsbändige Geschichte der Juden in der Türkei „Divre jeme Jisrael b'Turgeman", von der bisher drei Bände erschienen sind. Rosanes, der zehn Sprachen behersscht, verfasste auch eine Reihe von Werken in rumänischer Sprache, so über das Leben von Joseph Caro, über die jüdische Königin Theodora sowie eine Geschichte der Juden Bulgariens. In spanischer Sprache sind seine Monographien über die Stadt Rustschuk und die Familie Rosanes abgefasst.

London, 18. Juni. Wie aus dem eben veröffentlichten Bericht des britischen Zentralhilfkomitees hervorgeht, haben die Sammlungen für den britischen Zentralfonds für Hilfsarbeit zugunsten deutscher Juden insgesamt 120.000 Pfund ergeben. Unter den Personen, die grössere Beiträge zu diesem Fonds beigesteuert haben, befinden sich zahlreiche Nichtjuden,

die in ausführlichen Begleitschreiben ihre Beteiligung an der Sammlung mit dem allgemein humanitären Charakter der Aktion und mit ihrem Wunsche, ihrer Sympathie für die leidenden deutschen Juden Ausdruck zu geben, begründen.

Tel Awiw, 18. Juni. Am Sonntag, den 18. Juni, 11 Uhr vormittags, wurde der am 16. Juni erschossene Leiter der Palästina-Executive der Jewish Agency Dr. Chaim Arlosoroff in Tel Awiw unter ungeheurer Beteiligung der Bevölkerung zu Grabe getragen. Die Strassen, durch die sich der Leichenzug vom Hause des Waad Hapoel, wo die Leiche Arlosoroffs aufgebahrt worden war, zum Friedhof bewegte, waren von dichten Menschenmassen eingesäumt. 30.000 Menschen, unter ihnen hohe Regierungsbeamte und das gesamte Konsularkorps von Tel Awiw, folgten dem Sarge. Zum Zeichen der Trauer war eine eintägige Arbeitsruhe angeordnet worden, auch sämtliche Schulen blieben geschlossen.

Am Begräbnis Dr. Arlosoroffs haben Abordnungen aller jüdischen Gruppen, unter ihnen auch starke Delegationen der palästinensischen Kolonistenvereinigung, der Revisionisten, des revisionistischen Jugendbundes Brith Trumpeldor und der Agudath Israel, teilgenommen. Unter den Vertretern des diplomatischen Korps, die dem Sarge folgten, befand sich auch der deutsche Konsul. Ferner waren der Bürgermeister von Jerusalem, der anglikanische Bischof von Jerusalem und Vertreter der Militärbehörden erschienen. Zahlreiche Kränze wurden am Grabe niedergelegt, darunter einer von den arabischen Arbeitern.

Warschau, 18. Juni. Das Hauptbüro des Weltverbandes für hebräische Sprache und Kultur (Brith Ivrith Olamith) ist von seinem bisherigen Sitz Berlin nach Warschau verlegt worden. Für die Wahl des neuen Sitzes der Zentrale des Hebräischen Weltverbandes war massgebend, dass Warschau die grösste jüdische Gemeinde Europas ist. Zur Organisierung des neuen Hauptbüros wurde vom Zentralkomitee des Brith Ivrith Olamith das Mitglied des Z. K. Dr. S. Weinberg nach Warschau delegiert. Neben Dr. Weinberg werden folgende Mitglieder des Zentralkomitees und des Hauptrats des Verbandes an der Leitung des Warschauer Büros beteiligt sein: Sejmdeputierter Jizchak Grünbaum, Redakteur J. Heftmann, Dr. Zwi Sohar, Dr. J. Cohen und Professor Dr. Moses Schorr.

Die Zweigorganisationen des Brith Ivrith Olamith werden ersucht, sich sofort mit dem neuen Hauptbüro, Grzybowski-Platz 7/1, in Verbindung zu setzen.

Frankfurt a. M., 18. Juni. Die Bezirksdirektion Nürnberg der Deutschen Reichs-Postreklame G. m. b. H., der die Aufnahme von Anzeigen in das Amtliche Telefonbuch obliegt, hat auf einen Anzeigenauftrag folgenden Bescheid gegeben: „Mit Rücksicht auf den jüdischen Charakter ihrer Firma haben wir die Weisung erhalten, von ihrer Reklame im Amtlichen Fernsprechbuch Abstand zu nehmen."

Berlin, 18. Juni. Das Berliner Sondergericht verurteilte den 81jährigen Tischler Richard Ehlert zu zwei Monaten Gefängnis, weil er behauptet hatte, führende Deutschnationale hätten ihm gesatg, es bestünde im Ausland aus Anlass der Judenfrage keine Hetze gegen Deutschland. Alle Behauptungen über die ausländische Hetze habe sich der Reichsminister Goering aus den Fingern gesogen. — Der Druckereibesitzer Paul Oppler wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich geäussert hatte, er kenne einen Fall, in dem ein Jude verprügelt, in ein Auto geladen, in den Grunewald gefahren, dort hinausgeworfen und hilflos liegen gelassen worden sei. Er könne die betreffende Person jederzeit namhaft machen. Die Nachforschungen der Polizei ergaben, dass sich ein solcher Fall nicht zugetragen hat.

Paris, 19. Juni. Der Präsident des Verbandes jüdischer Gesellschaften Frankreichs I. Jefroykin ist soeben von einer Reise durch die Länder Südamerikas, wo er mit den Führern der dortigen jüdischen Organisationen Fühlung genommen hat, nach Paris zurückgekehrt. Herr Jefroykin berichtet über grosszügige Hilfsaktionen, die auch in Südamerika zugunsten deutscher Juden eingeleitet worden sind. In Argentinien wurde ein Zentralhilfskomitee unter dem Vorsitz des Präsidenten der Zionistischen Organisation Argentiniens Nathan Gesang eingesetzt. Dieses Hilfskomitee hat eine Volksammlung eingeleitet, die bisher drei Millionen Franken erbracht hat. An das englischeKolonialamt und an den Völkerbund hat das Komitee telegrafisch die Bitte um Oeffnung der Grenzen Palästinas für jüdische Einwanderer aus Deutschland gerichtet. In Puenes Aires fand eine von 25.000 Personen besuchte Versammlung statt, unter ihnen der Vizepräsident des argentinischen Parlaments Dr. Bunche, der Demokratenführer Gozales Iromayin und der Herausgeber der grossen Tageszeitung „La Nacion" Alberto Gersunov, zur Lage der Juden in Deutschland das Wort ergriffen. Nach den an diesem Tage in den überfüllten Synagogen abgehaltenen Gottesdiensten hielten Rabbiner und Geistliche der christlichen Konfession Ansprachen, in denen sie der Sympathie mit den Juden in Deutschland Ausdruck verliehen.

Jerusalem, 19. Juni. Der ehemalige Abgeordnete im polnischen Sejm H. Farbstein und Dr. Maurice B. Hexter haben gemeinsam die Leitung der politischen Abteilung der Palästina-Exekutive, die Dr. Arlosoroff bisher innehatte, übernommen.

Wien, 19. Juni. In Wien ist es abermals zu antisemitischen Terrorakten gekommen. Im jüdischen Kaffeehaus Jäger und im Geschäft des jüdischen Kaufmanns Horovitz wurden die Fensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert. Aus verschiedenen Provinzstädten werden Fälle von Judenmisshandlungen gemeldet.

New York, 20. Juni. Das American Jewish Comittee gibt ein Weissbuch über die Lage der Juden in Detschland heraus. Das Buch stellt eine Sammlung von Dokumenten zu den vor dem Amtsantritt der jetzigen deutschen Regierung von antisemitischen Gruppen gegen die Juden gerichteten Angriffe, sowie zu den unter der jetzigen deutschen Regierung getroffenen Massnahmen gegen die deutschen Juden dar. In der Einleitung heisst es, dass diese Tatsachen „dem Urteil der amerikanischen Oeffentlichkeit im Lichte der traditionellen amerikanischen Grundsätze von Gerechtigkeit und fair play" unterbreitet werden. Ausser diesen Dokumenten gibt das Weissbuch einen Ueberblick über die Reaktion der amerikanischen Oeffentlichkeit auf die Ereignisse in Deutschland in Form einer Sammlung von Reden, Resolutionen und Zeitungsartikeln.

Berlin, 20. Juni. Das Berliner Sondergericht verurteilte den 23jährigen Händler Siegbert Frankenstein zu sechs Monaten Gefängnis, weil er behauptet hatte, in den Krankenhäusern lägen 200 Juden, die von den Nationalsozialisten zu Krüppeln geschlagen worden seien. Der 40jährige Kaufmann Hermann Meyer wurde wegen der Behauptung, die ausländischen Zeitungsnachrichten über die Zustände in Deutschland seien richtig, und er könne Adressen von Juden beibringen, denen von den Nationalsozialisten die Augen ausgestochen worden seien, zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Berlin, 20. Juni. Demnächst sollen offizielle Schilder zur Kenntlichmachung arischer Geschäfte ausgegeben werden. Hierzu teilt die Nationalsozialistische Korrespondenz mit: Auf Grund der Verfügung des Stellvertreters des Führers, Rudolf Hess, vom 10. Mai und 18. Mai d. J. gibt der N. S.-Wirtschaftsbund bekannt: Die Schilder „Deutsches Geschäft" werden nur an arische Firmen nach den vom Natio-

nalsozialistischen deutschen Wirtschaftsbund und der Selbsthilfe-Arbeitsgemeinschaft der SA gemeinsam aufgestellten Bedingungen gegen eine Jahresgebühr verliehen. Die Schilder sind unter Glas im Metallrahmen und stellen das Symbol des neuen Deutschland dar: Eine aufgehende strahlende Sonne mit Hakenkreuz, davor als Hüter ein sitzender schwarzer Adler, darunter „Deutsches Geschäft."

Die Rückseite jedes Schildes muss den Stempel der vorgenannten SA-Stelle und laufende Nummer tragen. Zugleich gilt die bildliche Ausführung als Warenzeichen der deutschen Mittelstandsgeschäfte und ist besonders bei der SA-Selbsthilfe-Arbeitsgemeinschaft zu beantragen. Die Verteilung für das gesamte Reichsgebiet wird durch die Selbsthilfe-Arbeitsgemeinschaft der SA vorgenommen.

Jerusalem, 20. Juni. (J. T. A.) Die Polziei hat einen Mann unter dem dringenden Verdacht des Mordes an Dr. Arlosoroff verhaftet. Der Name des Verhafteten wurde von der Polizei zunächst geheimgehalten. Auch über seine Parteistellung und die mutmasslichen Motive seiner Tat wurden keine offiziellen Angaben gemacht. Es verbreitet sich das Gerücht, dass es sich um einen bekannten kommunistischen Agitator handle.

Die Nachricht von der Verhaftung des mutmasslichen Täters hat bei der jüdischen Bevölkerung ungeheure Aufregung ausgelöst, die sich ins Masslose steigerte, als bekannt wurde, dass Frau Arlosoroff den Verhafteten als einen der beiden Männer, die den Ueberfall auf ihren Gatten verübt hatten, agnosziert habe. Um einen Irrtum bei der Identifizierung des Mörders vorzubeugen, wurde dieser Frau Arlosoroff nicht allein, sondern zusammen mit dreizehn anderen willkürlich ausgewählten jungen Leuten vorgeführt. Mit voller Bestimmtheit bezeichnete Frau Arlosoroff bei dieser Vorführung den von der Polizei Verdächtigten als den Mörder ihres Mannes.

Der verhaftete, ein gewisser Abraham Stavsky, stammt aus Brest-Litowsk. Er war erst vor drei Monaten aus Polen, wo er dem Brith Trumpeldor angehörte, nach Palästina gekommen und beabsichtigte, demnächst nach Polen zurückzukehren, um dort Abonnenten für die revisionistische Wochenschrift „Hazit Haam" zu werben. Er hatte vom Direktor dieses Blattes eine Vollmacht für diese Aktion und am vergangenen Mittwoch vom polnischen Konsulat in Tel Awiw ein Visum für die Reise erhalten. Als Korrespondent des „Hazit Haam" besass er gleich allen palästinensischen Journalisten eine von der Presseabteilung der Regierung ausgestellte Presselegitimation. Er hatte sich auch — allerdings scheinbar erfolglos — um die Erteilung eines Rückreisevisums nach Palästina durch die Palästinaregierung bemüht.

In Tel Awiw hatte Stavsky gemeinsam mit dem radikalen revisionistischen Jugendführer Achi-Meir ein Zimmer bewohnt. Im Zusammenhang mit der Verhaftung Stavskys führte die Polizei in der Wohnung Achi Meirs eine Haussuchung durch. Achi-Meir protestierte stürmisch gegen diese polizeiliche Massnahme, er erklärte, dies sei ein vorbedachter Versuch, die Nachvorschungen nach den Urhebern des Attentats auf die Juden statt auf die Araber zu richten. Daraufhin wurde Achi-Meier wegen widersetzlichkeit verhaftet. Versuche seiner politischen Freunde, gegen Erlag einer Sicherstellung seine Freilassung zu bewirken, blieben erfolglos. In manchen Kreisen hält man nach wie vor an der Auffassung fest, dass es sich bei dem Täter um einen unter revisionistischer Maske auftretenden kommunistischen Provokateur handelt. Der Allgemeine Jüdische Arbeiterverband Palästinas hat an seine Mitglieder den Appell gerichtet, jegliche Reaktion auf die Nachricht aon der Indentifizierung des Mörders Arlosoroffs zu vermeiden.

Jerusalem, 20. Juni. (J. T. A.) Der weltberühmte amerikanische Kantor Jossele Rosenblatt ist während einer Palästina-Reise einem Herzschlag erlegen. Der Tod des bekannten Kantors wird auf Ueberanstrengung während einer am Vortag unternommenen Tour, auf der er die Klagemauer, das Rachel-Grab, das Tote Meer und das Jordan-Tal besuchte, zurückgeführt. Im Jordan hatte Rosenblatt ein Bad genommen, während der Leiter der palästinensisch-amerikanischen Filmgesellschaft die letzten Aufnahmen für einen nunmehr fertiggestellten Film machte, der die Reise des Kantors Rosenblatt durch Palästina festhält.

Rosenblatt wurde vor 51 Jahren in Biala Cierkiew in Russland geboren und hat seine Ausbildung in Ungarn und Deutschland erhalten. Schon im Alter von vier Jahren begann er zu singen. In Oesterreich und anderen mitteleuropäischen Ländern trat er schon im Alter von acht Jahren öffentlich auf. Mit 14 Jahren begann er synagogale Musikwerke zu komponieren (etwa 400 synagogale Kompositionen stammen von ihm), mit 18 Jahren erhielt er seine erste Anstellung als Kantor in Munkacz, ein Jahr später wurde er nach einem erfolgreichen Wettbewerb mit 56 Kantoren zum Kantor in Bratislava gewählt. 1906 bis 1912 war er Oberkantor in Hamburg, nachher Kantor der ungarisch-jüdischen Gemeinde in New York. Während des Krieges gab er zahlreiche Konzerte zugunsten jüdischer Kriegswohlfahrtsaktionen. Die Grammophonplatten mit Aufnahmen und Gesangsdarbietungen Rosenblatts haben eine ausserordentliche Verbreitung gefunden.

London, 21. Juni. Soeben ist in Form einer 48 Seiten starken Broschüre der Bericht der Jewish Agency an die Mandatskommission des Völkerbundes über die Entwicklung des Jüdischen Nationalheims im Jahre 1932 erschienen. Die offizielle Broschüre enthält den Text des Memorandums in englischer und französischer Sprache, eine hebräische Ausgabe wird gesondert hergestellt. Der in 80 Punkte gegliederte Bericht gibt in neun Hauptabschnitten, die Bevölkerungsverhältnisse, Einwanderung, landwirtschaftliche Kolonisation, städtische Siedlung, industrielle Entwicklung, Gesundheitswesen, Unterrichtsorganisation, Organisation der jüdischen Gemeinschaft Palästinas und die finanzielle Seite der Aufbauarbeit behandeln, einen umfassenden Ueberblick über die Entwicklung des jüdischen Aufbauwerks in Palästina im Verlauf des letzten Jahres und seinen gegenwärtigen Stand.

Ausgehend von den offiziellen Ziffern der 1931 durchgeführten Volkszählung, bei der in Palästina unter einer Gesamtbevölkerung von 1.035.821 Seelen (einschliesslich der Beduinen) 174.610 Juden gezählt wurden, wird die Zahl der jüdischen Bevölkerung Ende 1932 auf 190.000 bis 200.00o geschätzt. Etwa 64% der jüdischen Bevölkerung bestehen aus palästinensischen Landesbürgern oder britischen Untertanen, stehen somit unter britischem Schutz. Im Kapitel über Einwanderung wird die eine Kodifikation und teilweise Modifizierung der bis dahin bestandenen Einwanderungsvorschriften darstellende Einwanderungsverordnung vom August 1932 besprochen und in diesem Zusammenhang die auf Wunsch der Jewish Agency erfolgte Neueinführung einer Unterkategorie von Einwanderern der Klasse A (Einwanderer mit eigenem Kapital) erwähnt, die Personen mit einem Eigenkapital von 500 bis 1000 Pfund umfasst. Allerdings hat der Direktor des Einwanderungsamtes der Palästinaregierung von dem ihm zustehenden Recht, Personen dieser Kategorie nach freiem Ermessen zur Einwanderung zuzulassen, im Verlauf des ganzen Jahres nur in zwei Fällen Gebrauch gemacht. Es werden sodann die auch im Bericht der Palästinaregierung angeführten statistischen Datne über die Einwanderungsbewegung angeführt. In einer Reihe von Tabellen wird ein Ueberblick über Herkunftsländer, Einwanderungskategorien, ange-

forderte und bewilligte Zertifikate und die Schwankungen der Arbeitslosenziffer gegeben. Im Anschluss daran werden die Zusammensetzung des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterverbandes und die Tätigkeit der ihm unterstehenden Institutionen, sowie die Beteiligung von Juden an öffentlichen Arbeiten dargestellt. Der Allgemeine Jüdische Arbeiterverband, 1920 mit 4433 Mitgliedern gegründet, umfasste Ende 1932 26.156 (14.592 städtische und 12064 landwirtschaftliche) Arbeiter. Die Industriegewerkschaften zählten 4574, die Gewerkschaften für das Bauwesen und dessen Hilfsgewerbe 1928, der Transportarbeiterverband 1283, der Hausgehilfenverband 724, die Verbände der nichtgelernten Arbeiter 1383, verschiedene kleinere Vereinigungen 784 Mitglieder. Hierzu kommen die Beamtenverbände mit 1772, die Vereinigungen von Angehörigen freier Berufe mit 1116, die Landarbeiterverbände mit 11.578 und die Jugendorganisationen in Stadt und Land mit 1514 Mitgliedern. Dem Arbeiterverband waren angegliedert die sich vorwiegend mit Citrus-Kultur befassende Pflanzungsgesellschaft „Yakhin", die Baugesellschaft „Misradim", die Verkaufsorganisation für landwirtschaftliche Produkte „Thnuva", die landwirtschaftliche Kooperative „Hamaschbir", die Krankenkasse „Kupath Cholim" und die Arbeiterbank.

Die Beschäftigung von Juden bei öffentlichen Arbeiten der Regierung und der Gemeinden ist zwar etwas gestiegen, bleibt aber auch wieterhin gering. Obwohl im Hinblick auf das Versprechen des MacDonald-Briefes, die Beteiligung von Juden an öffentlichen Arbeiten der jüdischen Steuerleistung anzupassen, Besprechungen zwischen Regierung und Jewish Agency stattgefunden haben, bei denen der prozentuelle Anteil der Juden an der Steuerleistung mit 36,6% festgestellt wurde, waren jüdische Arbeiter im abgelaufenen Jahr an öffentlichen Arbeiten nur zu 12% beteiligt.

1932 wurden von Juden in Palästina 60.108 Dunam im Schätzungswert von 1,553.857 Pfund erworben, 41.215 Dunam im Werte von 1,404.976 Pfund verkauft. Die Differenz von 18.893 Dunam im Werte von 148.881 Pfund bestand hauptsächlich in Käufen des Jüdischen Nationalfonds. Mit Rücksicht auf die steigenden Bodenpreise hat die Jewish Agency gemeinsam mit verschiedenen Bodenkaufgesellschaften in Büro zur Beratung von Personen, die sich anzusiedeln beabsichtigen, beim Bodenkauf errichtet.

Nach einer Besprechung der Frage der „landlosen Araber" und Wiedergabe der auch im Bericht der Palästinaregierung angeführten Ziffern über eingebrachte, angenommene und abgewiesene Wiederansiedlungsgesuche werden Angaben über die Tätigkeit des Jüdischen Nationalfonds gemacht. Der Nationalfonds hat 8279 Dunam landwirtschaftlichen Bodens erworben, davon 4720 Dunam in der Jezreel-Ebene, 3544 Dunam in der Küstenebene und 15 Dunam in Galiläa. Damit ist der Gesamtbesitz des Nationalfonds an landwirtschaftlichem Boden auf 295.269 Dunam gestiegen, der bis auf 61.000 Dunam kolonisatorisch ausgenutzt wurde. Der Rest von 61.000 Dunam verteilt sich auf etwa 32.000 Dunam Bodenreserve an der Haifa-Bucht, 26.000 Dunam felsigen und nur zu der gegenwärtig durchgeführten Aufforstung geeigneten Bodens und 3000 an ehemalige beduinische „Squatter" verpachtete Dunam in Wadi Hawarith. An der Haifa-Bucht und in Wadi Hawarith wurden Drainage-Arbeiten fortgesetzt. In Kfar Baruch und Sarid wurden Wassertürme errichtet, in vier anderen neuen Kolonien Wasserleitungen gebaut oder Brunnen gebohrt. In zwei neuen Yemeniten-Siedlungen hat der Nationalfonds 46 Häuser errichtet.

Die Jewish Agency hat für landwirtschaftliche Kolonisation 56.000 Pfund, hauptsächlich zur Konsolidierung bestehender Kolonien, ausgegeben. Die Kulturfläche der Kolonien in der Jezreel-Ebene und der Kwuzoth im Jordantal wurde vergrössert. Kleinbauernsiedlungen im Emek wurden mit landwirtschaftlichen Maschinen ausgestattet, in 18 Kolonien, vorwiegend im Kischon-Distrikt, wurden Häuser und landwirtschaftliche Gebäude errichtet. Die Produktivität der Landwirtschaft hat sich gehoben, sodass der Beitrag der Agency für landwirtschaftliche Siedlungen von 43.000 auf 28.500 Pfund herabgesetzt werden konnte. Die Misrachi-Kolonie Scheik Abrek wurde übernommen, 14 neue Kolonisten wurden dort angesiedelt. Im abgelaufenen Jahre wurden mit 19 weiteren Kolonien Verträge betreffend die Rückzahlung der ihnen von der Jewish Agency vorgeschossenen Kapitalien abgeschlossen. Es bestehen nunmehr derartige Verträge mit 31 Kolonien, und es ist zu hoffen, dass auch die übrigen Siedlungen bald in der Lage sein werden, solche Verträge abzuschliessen.

Für die Besiedlung von Wadi Hawarith, wo der Nationalfonds 18.000 Dunam besitzt, wurden definitive Pläne aufgestellt. Es sollen dort etwa 1000 Kolonisten angesiedelt werden, von denen jeder 8 bis 12 Dunam für Citrus-Kultur, 3 bis 6 Dunam bewässerten Bodens für Gemüsebau und 3 bis 4 Dunam Bauland erhalten soll. Die Ansiedlungskosten pro Kolonistenfamilie werden auf 1000 Pfund geschätzt, ein grosser Teil der sich um Ansiedlung Bewerbenden stellt, dieses Kapital teilweise selbst bei. Zu Jahresschluss waren 80 Familien angesiedelt und 600 Dunam mit Citrus-Kulturen bepflanzt. Der 1000-Familien-Ansiedlungsplan wird von der Palestine Economic Corporation und vom Emergency Fund gemeinsam durchgeführt. Auf Grund dieses Planes wurden bereits 427 Familien angesiedelt und 888 Dunam bepflanzt. Die landwirtschaftliche Versuchsstation wurde ausgebaut und in neuen Gebäuden in Rechovoth definitiv untergebracht. Die Landwirtschaftsabteilung der Regierung hat einen Beitrag von 340 Pfund zu den Ausgaben der Sektion für Pflanzenpathologie beigesteuert. Verhandlungn mit der Regierung betreffend eine Subventionierung der Versuche auf dem Gebiet der Citrus-Kultur wurden fortgeführt. In Zusammenarbeit mit der Regierung wurden Untersuchungsarbeiten auf dem Gebiet der Milchwirtschaft, der Intensivierung von Kleinbetrieben und bezüglich der Möglichkeiten des Obstbaus im Hügelgebiet und in der Jezreel-Ebene ins Auge gefasst. Weitere Untersuchungen wurden bezüglich der Aussaatzeiten, der Düngung, des Kartoffelbaus, der Citrus-Krankheiten, der Viehfütterung, der Parasitenbekämpfung usw. durchgeführt. In Ness Ziona wurde durch die WIZO eine neue Mädchenschulfarm eröffnet, in der 120 Mädchen in einem zweijährigen Kurs Ausbildung in der Landwirtschaft und im Haushalt erhalten. Die Farm besitzt 400 Dunam, davon 80 Dunam Orangenpflanzungen, und ist technisch vorzüglich ausgestattet. Die landwirtschaftliche Schule in Nahalal und die vier Schulfarmen in Petach Tikvah, Nachlath Jehudah, Schechunath Borochow und Afuleh hatten zusammen 74 Zöglinge. Die Haushaltungsschule der WIZO in Tel Awiw wurde von 44 Schülerinnen und 500 Besucherinnen der Abendkurse frequentiert.

Der Bericht schildert sodann die Tätigkeit der PICA, erwähnt das Jubiläum von Rischon-le-Zien, zeigt die Entwicklung der Citrus-Kultur, die um 20.000 Dunam auf 100.000 Dunam erweitert wurde und den Export von 4,400.000 Kisten Citrus-Früchten in der letzten Saison vom Oktober 1932 bis März 1933 ermöglicht hat. Dieser Ausbau der Citrus-Kultur macht die Lösung des Problems der Wasserversorgung von Jahr zu Jahr dringender. Auf den Rat eines hervorragenden amerikanischen Geologen hatte die palästinensische Hypotheken- und Kreditbank gemeinsam mit der PICA eine grosse Bohrmaschine angeschafft, Bedienungspersonal für die Maschine ausgebildet und Bohrungen durchgeführt, die Brunnen

mit einer Wasserkapazität von 250 Stundenkubikmetern geliefert haben. Während die kleinen handgebohrten Brunnen für die Bewässerung von nur 150 bis 200 Dunam ausreichen, werden durch diese grossen Brunnen 1500 Dunam bewässert. Grosse Bewässerungsanlagen wurden im Kerkur-Distrikt durchgeführt.

Die Zentralbank der palästinensischen Kooperativen stand mit 74 Kooperativgenossenschaften, 8 Gesellschaften für städtischen und 19 Gesellschaften für landwirtschaftlichen Kredit, 24 landwirtschaftlichen Genossenschaften, 15 Kwuzoth und 9 Industriekooperativen in Verbindung. Sie hat kurzfristige Kredite in der Höhe von 151.000 Pfund und langfristige Kredite in der Höhe von 22.000 Pfund gewährt. Im Verlauf ihres 10jährigen Bestandes hat sie insgesamt 1,212.000 Pfund kurzfristige Darlehen gegeben, davon entfallen zwei Drittel auf landwirtschaftliche Kredite. 170.000 Pfund wurden in Form von langfristigen Krediten für die Anlage von Pflanzungen, den Bau von Verpackungshäusern, die Anschaffung von besserem Inventar usw. gegeben.

Die Palestine Corporation hat 1932 insgesamt 140.000 Pfund an Darlehen gewährt, davon 115.000 Pfund für Industriekredite und 25.000 Pfund Saison-Darlehen an Pflanzer.

Der Abschnitt über landwirtschaftliche Siedlung schliesst mit einer Darstellung der Tätigkeit der Verbandes jüdischer Landwirte und der landwirtschaftlichen Kooperativen Yakhin und Thnuva. Yakhin hat im abgelaufenen Jahre die Betreuung von 1480 Dunam früher angelegter Orangenpflanzungen und die Durchführung der Vorbereitungsarbeiten für Orangenpflanzungen auf 920 Dunam übernommen. Sie hat Arbeitskontrakte in der Höhe von 310.000 Pfund abgeschlossen. Thnuva ist heute die bedeutendste Verteilungsorganisation für Milchprodukte. Sie besorgt den Verkauf der Produkte einer grossen Zahl jüdischer Kolonien sowohl von Kollektivsiedlungen wie von Kleinbauerndörfern mit einer Bevölkerung von insgesamt über 10.000 Seelen. Bei gleichgebliebenen Preisen wurden im abgelaufenen Jahre Waren im Werte von 176.000 Pfund gegenüber 140.000 Pfund i. J. 1931 abgesetzt. (Fortsetzungs des Berichtes — städtische Entwicklung, Industrie, Gesundheits- und Unterrichtswesen, Gemeindeorganisation und Finanzen — in der nächsten Ausgabe.)

London, 22. Juni. Im Anschluss an das Kapitel über landwirtschaftliche Kolonisation wird in dem dem Generalsekretär des Völkerbundes zur Information der Permanenten Mandatskommission übersandten Memorandum der Jewish Agency über die Fortschritte des jüdischen Palästina-Aufbaus i. J. 1932 die städtische Entwicklung dargestellt.

Die Einwohnerzahl von Tel Aviv, die bei der Volkszählung vom Jahre 1931 mit 46.1000 festgestellt wurde, betrug Ende 1932 schätzungsweise etwa 50.000. Die Bautätigkeit wurde fortgesetzt. Der Gesamtflächeninhalt der Grundstücke, auf denen gegenwärtig Neubauten errichtet werden, ist mit 128.000 m² auf das Doppelte der entsprechenden Ziffer des Vorjahres gestiegen. Die Entwicklung der Stadt von 1910 bis 1931 illustrieren folgende Zahlen: Flächeninhalt in km²: 1910 - 0,1, 1919 - 1,0, 1926 - 6,3, 1931 - 6,5. Einwohnerzahl: 1910 - 550, 1919 - 2084, 1926 - 38.000, 1931 - 46.100. Zahl der Häuser: 1910 - 60, 1919 - 182, 1926 - 2946, 1931 - 4029. Fabriken und Werkstätten: 1910 keine, 1919 - 32, 1926 - 152, 1931 - 294. Einnahmen der Stadtverwaltung in Pfund: 1910 - 166, 1919 - 3203, 1926 - 43.056, 1931 - 105.820. Auch Haifa nimmt infolge des Hafenbaus, der Herstellung der Pipe Line und des Baus der Eisenbahnlinie, die neben der Pipe Line geführt werden soll eine rasche Entwicklung. Die meisten Industrien sind während des ganzen Jahres voll beschäftigt. Die Orangenverlandung dürfte zu einem grossen Teil infolge der besseren Hafenverhältnisse künftig in Haifa erfolgen. Im letzten Jahre wurden von Juden in Haifa 34 neue Geschäfte aufgemacht, gegen 20 i. J. 1931. Jerusalem zeigte eine bemerkenswerte Ausdehnung der Vorstädte, das Geschäftszentrum wurde ausgebaut, mehrere grosse Wohnbauten wurden aufgeführt. Insgesamt wurden in den drei Städten Jerusalem, Tel Aviv und Haifa 369 neue Häuser von Juden erbaut. Bei diesen Bauarbeiten waren 3420 jüdische Arbeiter beschäftigt. Die palästinensische Hypotheken- und Kreditbank hat an der Haifa-Bucht auf Nationalfondsboden 160 Häuser für ein Arbeiterviertel errichtet.

Anfang 1932 wurde das Elektrizitätswerk am Jordan bis auf den Regulierungsdamm beim Austritt des Jordans aus dem Tiberiassee fertiggestellt. Die Zahl der von der Palestine Electric Corporation gelieferten Kilowattstunden ist von 8,707.917 i. J. 1931 auf 11,590.350 i. J. 1932, die Zahl der Stromabnehmer von 12.029 i. J. 1931 auf 15.113 i. J. 1932 gestiegen. Von der gelieferten Strommenge wurden 4.058.629 Kilowattstunden für Industriezwecke, 4,399.533 für Bewässerung, 911.196 für häusliche Zwecke, 1,945.362 für Beleuchtung und 275.630 Kilowattstunden für Strassenbeleuchtung verbraucht.

Die Palestine Potash Company hat ihre Anlagen vergrössert. Die Verdunstungsfläche hat im ursprünglichen Plan vorgesehene Ausmass erreicht. Die Produktion ist auf 10.000 Tonnen jährlich gestiegen. Der Bau einer Eisenbahn vom Toten Meer nach Beisan und einer Drahtseilbahn zwischen dem Toten Meer und Jerusalem wird vorbereitet.

Die im Frühjahr 1932 unter der Patronanz des High Commissioner abgehaltene Levante-Messe war von 1300 Ausstellern beschickt gegenüber 310 Ausstellern auf der Messe des Jahres 1929. Cypern, Syrien, Aegypten, Rumänien, Polen, die Schweiz, die Türkei, Bulgarien, die Sowjetunion und Italien hatten eigene Pavillons auf der Ausstellung. Der Wert der verkauften und bestellten Waren beträgt 675.000 Pfund. Die gleichzeitig abgehaltene Makkabiade hat ebenfalls zum Aufschwung des Handels beigetragen.

Im Laufe des Jahres wurden folgende neue Erzeugungen aufgenommen: Pharmazeutische Produkte, Kosmetika, Feinporzellan, Seide, Baumaterialien, Orangenkisten, elektrische Batterien, Akkumulatoren und Silberwaren. Die Nebenindustrien der Orangenproduktion, wie die Erzeugung von Fruchtsäften und aromatischen Oelen, haben sich weiter entwickelt. In Tel Aviv wurden im letzten Jahre 21 neue Fabriken errichtet. Viele Betriebe, die während der Krise 1927/28 geschlossen worden waren, wurden wiedereröffnet, unter ihnen auch die Seidenfabrik Delfiner. Eine neue Gesellschaft zur Ausbeutung der Thermalquellen von Tiberias wurde gegründet. Eine andere Gesellschaft hat den Ausbau eines Kur- und Badeortes am Toten Meer in Angriff genommen.

Die Ueberleitung der Agenden für das jüdische Gesundheitswesen von der Jewish Agency an die Knesseth Israel wurde fortgesetzt. Die Regierungssubvention wurde nicht erhöht und beträgt 2,6% des gesamten Aufwandes. Man erwartet, dass die Regierung im nächsten Jahre im Rahmen des allgemeinen Dienstes für Volksgesundheit weitere Zuwendungen bewilligen wird. Das Gesundheitswesen befindet sich infolge des Sinkens der Eingänge aus Amerika in einer kritischen Lage. Es konnten nicht alle spitalsbedürftigen Patienten untergebracht werden. Diese Misstände zu einer Steigerung der Kindersterblichkeit geführt. Sie betrug 1930 69 Promille, 1931 schon 81,6, 1932 85,8 Promille. Auch der Belegraum des Tuberkulosenspitals in Safed hat sich als ungenügend erwiesen. Eine Erhöhung der Subvention seitens der Regierung darf schon im Hinblick darauf erwartet werden, dass von allen jüdischen Spitalskranken nicht einmal 5 Prozent in Regierungsspitälern behandelt werden. Die Hadassah hat die Spitäler in Jerusalem und Safed zur Gänze erhalten und 50 bis

60% der Kosten der Spitäler in Haifa und Tel Aviv getragen. In diesen vier Spitälern wurden im Laufe des Jahres 11.674 Kranke aufgenommen. In dem dem Jerusalemer Spital angegliederten Röntgeninstitut wurden 3000 Kranke behandelt. Die Schulhygieneabteilung der Hadassah hat mit einem Personal von sechs Aerzten und fünfzehn Schwestern die gesundheitliche Ueberwachung von über 30.000 jüdischen Schulkindern in 279 Schulen durchgeführt. In 23 Stationen für Mutter- und Säuglingsfürsorge wurden 11.912 Personen behandelt. Die von der Organisation erhaltenen hygienischen Stationen in Jerusalem (Nathan-Straus-Gesundheitszentrum) und Tel Aviv veranstalteten Ausstellungen und Spezialkurse und führten eine Aufklärungskampagne zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten in Stadt und Dorf durch.

Die Krankenkasse Kupath Cholim hat ihre Mitgliederzahl von 18.951 i. J. 1931 auf über 20.000 gesteigert. Unter Berücksichtigung der mitversicherten Familienmitglieder werden von ihr über 40.000 Personen betreut. Sie hat 91 Zweigstellen, 5 in den Städten und 86 in den Dörfern. Das Spital der Kasse in der Jezreel-Ebene musste aus Mangel an Mitteln vorübergehend geschlossen werden, was sich auf die Gesundheitsverhältnisse im Emek ungünstig auswirkte. Im Spital wurden 1.217 Kranke behandelt. In den beiden Rekonvaleszentenheimen in Moza und Haifa wurden 1.263 Personen aufgenommen.

Die vom Kolonistenverband 1931 gegründete ländliche Krankenkasse hat 10.000 Personen, hauptsächlich Kleinbauern, die der Arbeiterorganisation nicht angehören, versorgt. Die WIZO hat in ihrem Jerusalemer Säuglingsheim 50 Säuglinge, davon 34 Findlinge und Waisen, untergebracht. Die Organisation hat ferner das Mütterheim in Tel Aviv erhalten, wo auch Vorsorge für die Behandlung zurückgebliebener Kinder getroffen ist. In den drei Säuglingsfürsorgestationen in Tel Aviv wurden 1.427 Kinder behandelt, in der Tageskrippe für Kinder, deren Mütter in Arbeit stehen, waren durchschnittlich täglich 60 Kinder untergebracht.

Zu Beginn des Schuljahres 1932/33 wurden die öffentlichen jüdischen Schulen endgültig aus der Verwaltung der Jewish Agency in die der jüdischen Gemeindebehörden übergeführt. Diese Schulen werden von der grossen Mehrheit der schulpflichtigen jüdischen Kinder besucht. 32% der jüdischen Schulkinder besuchen jüdische Privatschulen, 2% christliche oder mohammedanische Privatschulen und weniger als 1% Regierungsschulen. Zum Budget dieses früher vom Keren Hajessod erhaltenen Schulwerks wird die Jewish Agency auch weiterhin Jahresbeihilfen bis zu 40.000 Pfund leisten. Von den seit 1918 für die Errichtung und Erhaltung der Agency-Schulen und der angegliederten Anstalten ausgegebenen 1,764.000 Pfund stammten 1,207.000 aus zionistischen Quellen, 130.000 von der Palästina-Regierung, der Rest von der PICA und aus lokalen Quellen. Ausserdem wurden aus zionistischen Fonds 124.000 Pfund für die Errichttung und Erhaltung der Hebräischen Universität und des Haifaer Technikums ausgegeben. Die Zahl der Schulen ist von 265 i. J. 1931 auf 272 i. J. 1932, die der Lehrer von 917 i. J. 1931 auf 930 i. J. 1932, die der Schüler von 23.135 i. J. 1931 auf 23.976 i. J. 1932 gestiegen. Die Zahl der Hörer des Technikums betrug zu Ende des vorhergehenden Studienjahres im September 1932 93, im folgenden Studienjahr 118, davon 61 aus Polen, 34 aus Russland, 8 aus Rumänien, 9 aus Palästina. Von 24 Kandidaten haben 15 den Zivilingineurtitel erhalten.

An der Hebräischen Universität Jerusalem wurde ein Lehrstuhl für Kunst und Archäologie des Nahen Ostens von Sir Perceval David zur Erinnerung an seinen Vater Sir Sassoon David gestiftet. Auf diesen Lehrstuhl wurde der frühere Archivar und Bibliothekar des Regierungsdepartements für Altertümer Dr. L. A. Mayer berufen. Eine landwirtschaftliche Abteilung wurde errichtet, die unter Leitung Dr. Ch. Weizmanns mit der landwirtschaftlichen Versuchsstation in Rechoboth zusammenarbeiten soll. An der Fakultät für Geisteswissenschaften wurden 11 Hörer graduiert. Im Oktober 1932 wurden 125 Hörer und 14 Graduierte, die Forschungsarbeit leisten wollen, in die Fakultät aufgenommen. 36 Hörer wurden auf der biologischen Abteilung aufgenommen. In die Nationalbibliothek wurden 10.000 neue Bücher eingereiht, die Bibliothek umfasst jetzt 256.000 Bände. Sie ist dem Internationalen Institut für geistige Zusammenarbeit angeschlossen. Der Universitätsverlag hat die Publikation der Vierteljahresschriften Kirjath Sefer, eine bibliographische Revue der nationalen Universitätsbibliothek, und Tarbiz, Organ der geisteswissenschaftlichen Fakultät fortgesetzt. Hebräische und englische Ausgaben einer Arbeit von Dr. E. L. Sukenik über „Die antiken Synagogen von Beth Alpha" wurden veranstaltet. Ferner wurden herausgegeben der fünfte Band der „Sammlung gaonischer Responsen und Kommentare" von Dr. B. M. Lewin, „Die Philosophie Salomon Maimons" von Dr. Hugo Bergmann und „Die Pflanzen Palästinas — ein analytischer Index" von A. Eig, M. Zohary und N. Feinbrun.

Der Knesseth Israel waren 99.204 Personen angeschlossen. Der Waad Leumi hat neben der Jewish Agency bei der Regierung wegen Förderung des jüdischen Gesundheitswesens interveniert, Kommissionen zum Studium verschiedener Steuerfragen eingesetzt, ein Zentralbüro zur Koordination der sozialen Wohlfahrtsaktionen errichtet und zahlreiche andere Verwaltungsaufgaben durchgeführt.

Das Memorandum der Jewish Agency schliesst mit einem Finanzbericht, in dem festgestellt wird, dass 1932 3 Millionen Pfund neues fast ausschliesslich jüdisches Privatkapital ins Land eingeflossen ist. Es folgen detaillierte Aufstellungen der 498.700 Pfund betragenden Ausgaben der Jewish Agency und der ihr angeschlossenen Institutionen. Der Keren Hajessod hat 204.600, der Keren Kajemeth 97.721 Pfund ausgegeben.

New York, 22. Juni. Der bekannte jüdische Bankier Bernard Baruch ist als wissenschaftlicher Berater des Präsidenten Roosevelt Mitglied der amerikanischen Regierung ohne Portefeuille geworden.

Bernard Baruch, der zur Zeit der Wahl des Präsidenten Roosevelt zum Staatssekretär für die Finanzen ausersehen war, gilt als einer der hervorragendsten Autoritäten auf wirtschaftlichem Gebiet in den Vereinigten Staaten. Während des Krieges wurde er von Präsident Wilson zum Vorsitzenden der Kriegskommission für Industrie ernannt und war auf der Friedenskonferenz von Versailles wirtschaftlicher Berater der amerikanischen Friedensdelegation. Bernard Baruch ist ebenso wie Professor Raymond Moley, der demnächst im Auftrag des Präsidenten Roosevelt zur Weltwirtschaftskonferenz abreist, ein entschiedener Anhänger der amerikanischen Isolierungspolitik auf wirtschaftlichem Gebiet.

Jerusalem, 22. Juni. An dem Begräbnis des in Jerusalem plötzlich verstorbenen bekannten amerikanischen Kantors Jossele Rosenblatt haben 6000 Personen teilgenommen. Die Grabreden hielten Oberrabbiner Kook und Rabbi Teitelbaum, die kantoralen Funktionen wurden von den gegenwärtig in Palästina zu Besuch weilenden berühmten Kantor Herrschmann und Roitman versehen.

Berlin, 22. Juni. In München verstarb im Alter von 54 Jahren der zweiter Vorsitzende der Münchener Kultusgemeinde, Schriftführer des Landesverbandes Bayerischer Gemeinden und langjähriger Leiter der Münchener zionistischen

Ortsgruppe Justizrat Elias Straus.

Saloniki, 22. Juni. Der provisorische Leiter des Aussenministeriums Pezmadjoglou hat der Bitte des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, tausend Juden, die aus Deutschland ausgewandert sind und sich in Griechenland dauernd niederlassen wollen, die Einwanderung nach Griechenland zu gestatten, entsprochen.

Amsterdam, 22. Juni. Das Amsterdamer Hilfskomitee für deutsche Juden gibt gegenwärtig wöchentlich 15.000 holländische Gulden an Unterstützungsgeldern für Wohnung und Beköstigung von über tausend jüdischen Auswanderern aus Deutschland aus.

Belgrad, 23. Juni. In Sarajevo verstarb der Präsident der dortigen aschkenasischen Gemeinde Dr. Moritz Rothkopf. Dr. Rothkopf, der die jüdische Gemeinde von Sarajevo 35 Jahre lang geleitet hat, war der älteste Advokat von Sarajevo. Jahre hindurch war er Präsident der Advokatenkammer von Bosnien und Herzogowina. Für seine hervorragende Tätigkeit im öffentlichen Interesse waren ihm vom König von Jugoslavien eine Reihe hoher Auszeichnungen verliehen worden. Sein Begräbnis gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung der Judenschaft von Sarajvo.

Jerusalem, 23. Juni. Die Hebräische Universität Jerusalem hat zum Andenken an Dr. Arlosoroff eine Arlosoroff-Abteilung in der Universitäts-Bibliothek geschaffen. Die Abteilung wird die Werke über Kolonisationsprobleme enthalten, mit denen Dr. Arlosoroff vorwiegend beschäftigt war.

Die Stadtverwaltung von Tel Awiw hat beschlossen, eine der neuen Strassen der Stadt nach Dr. Arlosoroff zu benennen. Bisher haben sechs Arbeitersiedlungen eine neue Bezeichnung angenommen, die den Vornamen Dr. Arlosoroffs enthält.

New York, 23. Juni. Die vom American Jewish Joint Distribution Commitee eingeleitete grosse Sammlung zugunsten des Hilfswerks für deutsche Juden hat bisher über 600.000 Dollar erbracht. 250.00o Dollar waren bereits am Tage der feierlichen Eröffnung des Drives auf der vor einer Woche in New York abgehaltenen Versammlung prominenter amerikanischer Juden gezeichnet worden. Das Ziel der Aktion ist die Aufbringung eines Betrages von zwei Millionen Dollar; das Sammelkomitee für die Stadt New York hat sich verpflichtet, die Hälfte dieses Betrages aufzubringen.

Frankfurt a. M., 23. Juni. Wie die „Frankfurter Zeitung“ mitteilt, hat der Frankfurter Aerzteverband für die freie Arztwahl seinen Mitgleidern nichtarischer Abstammung ein Schreiben zugehen lassen, in dem sie verständigt werden, dass ihre Zulassung zu den RVO-Kassen auf Grund der Verordnung des Reichsarbeitministers vom 22. 4. 1933 mit 1. Juli 1933 für beendet erklärt wird. Dem Schreiben ist eine Anlage beigefügt, welche die formellen Bestimmungen über die Beschwerdemöglichkeit mitteilt. Demzufolge scheiden über 100 jüdische Aerzte und Aerztinnen aus der Kassenpraxis aus, falls nicht in einzelnen Fällen eingebrachte Beschwerden Erfolg haben.

Jerusalem, 23. Juni. Mit einem Kapital von zunächst 10.000 Pfund, das voll eingezahlt ist, wurde in Tel Awiw Anfang Juni die Barsalith Ltd gegründet, deren Zweck die Erzeugung von Eisendraht, Nägeln, Sieben, Drahtnetzen und sonstigen Drahtwaren aller Art ist. Die Gesellschaft will mit ihrer Erzeugung den gesamten Bedarf Palästinas an den fraglichen Erzeugnissen decken. Sie hat bei Tel Awiw ein umfangreiches Grundstück erworben, mit der Errichtung der Fabrikgebäude wird demnächst begonnen werden. Die Betriebseinrichtung wird in Europa und Amerika beschafft werden.

Berlin, 26. Juni. Der im Jahre 1926 gegründete Bund der jüdischen Arbeitnehmer in Berlin hat sich im Hinblick auf die nach der Gleichshaltung aller Gewerkschaften für jüdische Arbeiter bestehende Unmöglichkeit, ihren bisherigen Berufsorganisationen anzugehören, die Aufgabe gestellt, die jüdischen Arbeitnehmer zu sammeln und ihnen eine Interessenvertretung zu bieten. Zu diesem Zweck musste eine Umorganisierung des Bundes vorgenommen werden, für die die polizeiliche Erlaubnis bereits gegeben wurde.

Melbourne, 26. Juni. Am 25. Juni verstarb der ehemalige Bürgermeister von Adelaide Sir Lewis Cohen im Alter von 83 Jahren. Sir Lewis, der im Jahre 1849 in Liverpool geboren und im jüdischen College von Edmonton erzogen worden war, hatte sieben Mal die Stellung eines Bürgermeisters von Adelaide, von 1921 bis 1923 den Posten des Oberbürgermeisters bekleidet. Er war auch Mitglied des australischen Parlaments. 1911 wurde er als Vertreter der australischen Regierung und des Staatssenats von Adelaide zur Krönung König Georg V. und zu Verhandlungen mit dem Reichsparlament in der Frage der Bestellung eines Lord Major für Adelaide delegiert.

Buenos Aires, 27. Juni. Die in Argentinien lebenden deutschen Juden, die zum grössten Teil seit vielen Jahren dort ansässig sind und bisher am allgemeinen jüdischen Leben fast keinen Anteil genommen haben, haben sich nunmehr zu einem Verband zusammengeschlossen, der sich vor allem mit der Fürsorge für jüdische Immigranten aus Deutschland und mit Arbeitslosenhilfe befassen will. Der Gründungsversammlung wohnten über 400 Personen bei. Mehrere Redner rügten die bisherige Interesselosigkeit der deutschen Juden für jüdasche Probleme und wiesen auf die Notwenidgkeit eines engen Zusammenschlusses im Hinblick auf die antisemitische Strömung in den hauptsächlich durch jüdische Hilfe und Mitarbeit bisher erhaltenen deutschen Vereinigungen in Argentinien hin. Die Gründung des neuen Verbandes, der sich „Hilfsverein deutschsprachiger Juden“ nennt, hat auch in den Kreisen der argentinischen Juden nichtdeutscher Herkunft als Anzeichen erstarkenden jüdischen Gemeinschaftslebens Befriedigung ausgelöst.

Berlin, 28. Juni. Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, hat der Reichsarbeitsminister in einer Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über Ehrenämter in der Sozialversicherung und der Reichsversorgung festgestellt, dass jeder in der Sozialversicherung und in der Reichsversorgung die Untersuchung durch einen nichtarischen Arzt vor Beginn der Untersuchung ablehnen kann. In diesem Falle ist dafür zu sorgen, dass die Untersuchung von einem geeigneten Arzt arischer Abstammung vorgenommen werden kann. Diese Bestimmung trifft auch auf die Zahnärzte zu.

Berlin, 28. Juni. Aus dem Verein Berliner Presse wurden ausgeschlossen: Theodor Wolff, ehemaliger Hauptschriftleiter des „Berliner Tageblatt“, Hermann Zucker, ehemaliger Hauptschriftleiter der „Vorwärts“, zurzeit Prag, Max Cohen-Reuss, Vorstandsmitglied der Liga für Menschenrechte, Dr. Alfons Coldschmidt, zurzeit Moskau.

In der Begründung heisst es, die Ausgeschlossenen würden das Ansehen des Vereins durch ihre Mitgliedschaft auf das gröblichste verletzen.

Berlin, 28. Juni. Wie amtlich mitgeteilt wird, finden vom 1. Juli ab die Bestimmungen, die zum Schutze des deutschen Arbeitsmarktes für die Beschäftigung ausländischer Arbeiter erlassen wurden, auch auf die ausländischen Angestellten An-

wendung. Arbeitgeber dürfen ausländische Arbeiter und Angestellte (mit Ausnahme der Lehrlinge, der Arbeitnehmer in der See- und Binnenschiffahrt und der Angestellten mit mehr als 8400 RM Jahresarbeitsverdienst) nur noch beschäftigen, wenn der ausländische Arbeitnehmer entweder einen Befreiungsschein besitzt oder der Arbeitgeber eine Beschäftigungsgenehmigung und der Arbeitnehmer eine Arbeitserlaubnis erhalten.

Dieser Verordnung trifft in erster Linie die in Deutschland beschäftigten Ostjuden, denen naturgemäss die Arbeitserlaubnis versagt werden muss.

Berlin, 28. Juni. In einer vom Verband der ostjüdischen Vereine veranstalteten Pressekonferenz wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, neben den allgemeinen jüdischen Hilfsaktionen in Deutschland eine besondere Aktion zugunsten der in Deutschland lebenden Ostjuden einzuleiten, durch die es ermöglicht werden soll, dringende Sonderbedürfnisse der ostjüdischen Bevölkerung, für deren Deckung in den Budgets der allgemeinen jüdischen Hilfsaktionen nicht vorgesorgt ist, zu befriedigen. Der Verband, den 15 Landsmannschaften mit insgesamt etwa 2000 Familien angeschlossen sind und der sich in den letzten Jahren hauptsächlich mit kultureller Arbeit befasst hat — die im Rahmen der von ihm geleiteten Volksuniversität in vorigen Winter veranstalteten Abendkurse für Erwachsene waren durchschnittlich von 45 bis 50 Personen besucht —, hat sich nunmehr vorwiegend der sozialen Hilfsarbeit zugewandt. Durchschnittlich 150 Personen nehmen in jeder Woche seine Beratungsstelle in Anspruch. Es handelt sich in den meisten Fällen um Passverlängerungen, Beschaffung von Visen und Zuschüssen zu Reisegeldern. Obwohl es dem Verband im allgemeinen gelungen ist, wesentliche Gebührenermässigungen für Unbemittelte beim polnischen Konsulat zu erlangen, müssen für diese Zwecke doch aus öffentlichen Mitteln Beihilfen zur Verfügung gestellt werden, da die meisten Gesuchsteller nicht in der Lage sind, auch nur die ermässigten Gebühren, die bei mehrköpfigen Familien immerhin schwer ins Gewicht fallen, aufzubringen. Da dem Verband eigene Mittel nicht in ausreichendem Masse zur Verfügung stehen, richtet er an die ausländischen Hilfsorganisationen den Appell, mit zur Aufrechterhaltung und zum Ausbau dieser vom Verband geleisteten sozialen Hilfsarbeit beizutragen.

Warschau, 28. Juni. In Warschau fand eine Konferenz der Vereinigungen jüdischer Teilnehmer an den Kämpfen für Polens Unabhängigkeit statt. An der Veranstaltung nahmen zahlreiche Delegierte und Gäste aus ganz Polen, unter ihnen viele Reserveoffiziere, teil. Auffallend war die grosse Zahl von Delegierten aus religiöskonservativen Kreisen, die in traditioneller Tracht und mit ihren Auszeichnungen geschmückt erschienen waren. Vor Eröffnung der Tagung fand in der Grossen Warschauer Synagoge eine Totenfeier für die gefallenen jüdischen Mitglieder der polnischen Legionen und die Opfer der polnisch-bolschewistischen Kämpfe statt. Oberrabbiner Professor Schorr gedachte der von den Juden auf den Schlachtfeldern gebrachten Blutopfer und wies in diesem Zusammenhang auch auf die Leistungen hin, die die deutschen Juden im Weltkrieg zur Verteidigung ihres Vaterlands vollbracht haben. Die Ansprache Professor Schorrs machte auf die Anwesenden, unter denen sich hohe polnische Militärs und Vertreter der Behörden befanden, einen tiefen Eindruck. Nach der Feier in der Synagoge verlas Feldrabbiner Hauptmann Dr. Steinberg vor der Front einer in voller Ausrüstung aufmarschierten Abteilung jüdischer Legionäre einen Appell und führte die Namen der jüdische Offiziere und Soldaten an, die für Polen im Kriege gegen Sowjetrussland oder als Legionäre im Unabhängigkeitskampf gefallen sind. Während der Namensverlesung präsentierten die jüdischen Schützen das Gewehr. Nach dem Appell marschierte die Abteilung der jüdischen Legionär-Schützen zum Grabe des Unbekannten Soldaten, wo ein Kranz niedergelegt wurde. Hinter der Legionärabteilung marschierten die Delegierten des Kongresses in militärischer Ordnung. Der Zug der jüdischen Kriegsteilnehmer durch die Strassen Warschaus erregte lebhaftes Aufsehen.

Berlin, 28. Juni. Das Mitteilungsblatt der städtischen Krankenversicherungsanstalt zu Berlin bringt in seiner Juninummer folgende Verfügung des kommissarischen Vorsitzenden der Krankenversicherungsanstalt Hafemann: „Bereits in den Rundverfügungen A Nr. 155 und A Nr. 157 an die Abteilungen, betreffend den Boykott gegen das Judentum, ist als Auffassung des Oberbürgermeisters und der Krankenversicherungsanstalt bekanntgegeben worden, dass es selbstverständliche nationale Pflicht der Mitglieder und Mitversicherten der Krankenversicherungsanstalt ist, nicht neu in die Behandlung jüdischer Aerzte zu treten und weiterhin bei bereits begonnener Behandlung bei solchen Aerzten sich zu überlegen, ob die Behandlung bei diesen fortgesetzt werden muss. Den Mitgliedern selbst ist seinerzeit durch eine Pressenotiz entsprechende Mitteilung gemacht worden. Trotzdem gibt es noch viele Mitglieder, die anscheinend mit Rücksicht darauf, dass auf Grund der zurzeit noch geltenden Satzung der Krankenversicherungsanstalt auch die Rechnungen jüdischer Aerzte erstattet werden, dieser nationalen Pflicht nicht nachkommen. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, dass bei einer Aenderung der Satzung, die in nächster Zeit zu erwarten ist, der Artikel 12 II Abschnitt B dahin abgeändert werden wird, dass freie Arztwahl nur unter den reichsangehörigen Aerzten arischer Abstammung besteht. Die gleiche Bestimmung wird auch getroffen werden bezüglich der Kliniken und Heilstätten. Mitglieder und ihre mitversicherten Angehörigen, die vor finanziellen Schäden sich schützen wollen, werden deshalb nicht neu in die Behanlung jüdischer Aerzte, Zahnärzte (auch Dentisten) treten und soweit sie in der Behandlung solcher sind, diese zum baldmöglichsten Zeitpunkt abschliessen. Rechnungen jüdischer Aerzte usw. für Behandlungen nach diesem Zeitpunkt werden grundsätzlich nicht mehr erstattet werden. Das gleiche gilt sinngemäss für Kosten aus Verordnungen solcher Aerzte.

III. JUS JUDAICUM

Von Bezirksrabbiner Dr. Max Beermann in Heilbronn.

Moses.

Moses der Befreier - Moses der Gesetzgeber.

Um die rechte Weihestimmung für die Betrachtung Moses und seines Werkes zu schaffen, zeige ich, wie Künstler und Dichter diese gewaltige Gestalt erschauten. Michelangelo, Heinrich Hart, Karl Hauptmann und wie das dem Judentum abtrünnige Weltkind Heinrich Heine ihm huldigt, als dem, der Menschenobelisken geschaffen hat und aus einem rohen Hirtenstamm ein Gottesvolk zu gestalten wusste.

1. Mose der Befreier.

a) In fruchtbarem Weidebezirke Gosen am östlichen Rande der Deltas nach der arabischen Wüste

zu lebten die Abrahamiden als Hirten und genossen die Gastfreundschaft der Pharaonen. Da zwang ein neuer König Ramses 2 die Kinder der Weide und Wüste in seinen Frondienst. Unter der Fuchtel der Vögte mussten sie die Vorratsstädte Pitom und Ramses bauen. Der englische Aegyptologe Neville hat 1883 in Aegypten Speicherräume aufgedeckt, die diesen Städten entsprechen. Und die dort gefundenen Ziegel tragen den Stempel Ramses 2. Dazu passt auch, dass uns sonst die Bauwut dieses Königs bezeugt wird. Man hat ferner in Theben an dem Grabe eines königl. aegypt. Bauleiters eine merkwürdige Wandzeichnung gefunden. Man sieht da einen viereckigen, von Gras umrahmten Weiher. Hier wird Wasser geschöpft, um Lehm aufzuweichen, ein Arbeiter bückt sich und schöpft mit einem Kruge auf der Schulter. Andere kneten Lehm, wieder andere schichten die Ziegel in Reihen und neben den Leuten mit unverkennbar jüdischen Gesichteren, der andersrassige aegyptische Fronvogt mit dem Stocke. Aber auch ohne inschriftliche Zeugnisse steht der Aufenthalt Israels in Aegypten als geschichtliche Tatsache fest. Ein Volk mit solchen Nationalstolz wie Israel wird sich nicht die Schmach der ägypt. Knechtschaft als Wiege seines Volkstums einfach andichten.

b) In der Not wurde ihnen Aegypten zu einem Sklavenhause, zu einem eisernen Schmelztiegel. Dazu kam die religiös sittliche Gefahr. Die Aegypter trieben scheusslichen Götzendienst, sie gaben ihren Göttern Tiergestalten, Katzen und andere Tiere galten ihnen als heilig, wer diese tötete, wurde strenger als ein Mörder bestraft. Die Könige wurden vergöttert, die Untertanen zu Leibeigenen gemacht und zu Frondiensten gezwungen. So sollten zum Bau der Cheopspyramide zu Gizeh alle drei Monate 100.000 Menschen 20 Jahre abkommandiert worden sein. Diese mussten auch die schweren Lasten von Quadersteinen aus den Brüchen hauen und sie auf den weiten Wegen bis zum Bauplatz befördern. Dazu die Vertiertheit und Unkeuschheit der Aegypter. Alljährlich feierten viele Tausende zu Bubastis Unzuchtsorgien zu Ehren der Göttin Pecht. Die versklavten Israeliten liefen Gefahr, den Gott Abrahams mit seinen sittlichen Forderungen für den Apisstier und die Wilden Tänze hinzugeben. Jos. 24, 14.

c) Im Stamm Levi war aber die Tradition von Abraham und das Vorbild der Patriarchen lebendig geblieben. Hier wurzelte Moses. Fromme Eltern führen ihn in die Lehren der Ahnen ein. Gottes Fügung macht ihn am Hofe Pharaos das weltliche Wissen seiner Zeit zugänglich. Den Brüdern wahrt er die Treue, die Vergewaltigung der Stammesgenossen, beleidigt sein Rechtsgefühl. Er erlebt eine arge Probe ägyptischer Vogtwillkür und nimmt sich des Bedrängten an. Er flieht und wird am Brunnen zu Midian der Helfer der vorfolgeten Mädchen und empfängt am Horeb die Prophetenweihe. Hier gewinnt er die Gewissheit, Gott wolle durch ihn sein Volk erlösen. Zugleich ist in dem vertrauten Umgang mit Gott, den er in der Einsamkeit pflegte, sein Gottesbewusstsein unendlich vertieft worden. Hatte sich Gott den Ahnen mehr als El Schaddaj als die d a s A l l d u r c h w a l t e n d e M a c h t gezeigt, so fühlte Mose Gott als Jhwh, als die Vaterliebe, die nach weisem Plane die Geschicke der Menschheit lenkt, als den Gott, der sein Dasein nicht nur i n d e r N a t u r, sondern in der G e s c h i c h t e bekundet und als Gott, der das Völkerleben sittlichen Zwecken zuführt. Er fühlt aber, dass er mit seiner neuen Erkenntnis nur tiefer in das Wesen des alten Vätergottes eingedrungen ist und so darf er den Ewigen, in dessen Namen er spricht, als Gott der Ahnen künden.

d) Der Glaube an diesen Gott gibt ihm die Kraft, das Werk zu vollbringen. Trotz anfänglicher Enttäuschung gelingt die Befreiung, „das Volk steht auf, der Sturm bricht los". Die erbauliche Erzählung der Schrift enthüllt und das Walten Gottes als des Erlösers. „Was Hände bauten, können Hände stürzen, das Haus der Freiheit hat uns Gott gegründet". Gott selbst führte die Sache der entrechteten und geknechteten Sklaven gegen ihre Bedrücker. Wieder stellte Gott die Naturgewalten in den Dienst seiner sittlichen Zwecke. Heuschrecken tilgten von den Feldern, was grünte und blühte, oder der Samum-Glutwind brachte mit seinen dichten Sandwolken undurchdringliche Finsternis. Oder rote Nebel ergiessen einen feinen Staub und verwandeln alles Wasser in Blut. Solche Unglückfälle trafen auch sonst Aegypten. Hier veranschaulichen sie, gesteigert und gehäuft, wie die Elemente sich dem göttlichen Willen unterordenen und zu der Herbeigeführung seiner Ziele mitwirken (vgl. Ab. Esra z. Stelle). Der Gott, dem Wind und Wellen gehorchen, legt durch einen gewaltigen Ostwind die Meeresenge trocken, vernichtet die ägyptische Streitmacht, rettet sein Volk und offenbart sein Wesen seinen Verehrern. Was die Besten im Volke angesichts dieser Erfahrung gefühlt haben, klingt wieder in dem Liede Ex. 15.

2. D e r G e s e t z g e b e r.

a) Am Sinai ist die Geburtsstunde der Religion des Geistes. Worin die Mosesstiftung bestand, das veranschaulichen die seinen Namen tragende Kult- und Rechtordnung und vor allem der Dekalog, diese Grundlage aller sittlich-religiösen Lebensgestaltung. Wir skizzieren die Hauptpunkte.

1. Gottesverehrung. Geistige Grundrichtung. Israel Träger der Gotteserkenntnis. Gott ist zu Israel in ein persönliches Verhältnis getreten. Fülle von bedeutenden Individualitäten aus religiösem Gebiete, Männer, die persönliche Gemeinschaft mit Gott hatten, sodass er ihr Seelenleben leite. D e i n G o t t. Du sollst zu ihm in ein persönliches Verhältnis treten. Aus Aegypten hat er die Geknechteten befreit. Er ist der Richter und Befreier im Leben der Einzelnen wie der Völker.

2. Einst war das Wort Protest gegen Tier- und Gestirndienst, heute gegen Menschenvergötterung, wie früher gegen Cäsarenkult. Kein Geniekult. Keine verstiegene Kultur- und Kunstschwärmerei. Gut sein, ist mehr als schön sein. Was sichtbar ist, ist zeitlich, das Ewige ist unsichtbar. Verehrung Gottes im Geiste gegen die Versinnlichung der Religion.
Bedingter Wert der religiösen Formen.

3. Heiligkeit des Wortes, Versprechens, Eides, Gebetes: Prüfe deine Wünsche. Vergiss nicht, dass Gottes Gedanken erhabener sind, als Menschengedanken. Sieh nicht in dem bloss Gottes Wille, was dein Vorteil ist, sondern opfere deinen Willen für die Fortschritte der Gottesherrschaft: mache seinen Willen zu deinem Willen!

4. Soziale Bedeutung des Sabbats. Auch der Arbeitstag muss seine Feierstunden haben. Tägl. Erhebung zu Gott, rechte Anwendung der Ruhe.

5. Pietät! halte dich rein für die Ehe. Familiensinn. Heimatliebe. Frau dem Manne gleichgestellt.

6. Leibl. Leben heilig. Trunksucht, Unzucht, Schutzvorrichtungen in Fabriken, Unterstützung der Arbeiter in Krankheiten.

7. Scham und Zucht nicht verletzen. Die Ehe eine innere Gemeinschaft, auf heilig reinem Grunde.

8. Schutz des Eigentums, gerechter Lohn, nicht übervorteilen.

9. Redlichkeit, Wahrheitsliebe, Ueberzeugungstreue, Beförderung friedfertiger Interessengemeinschaft unter den Menschen.

10. Heilig sei die Gesinnung, Kant: Es ist nichts gutes, als nur der gute Wille. Entdeckung des Gewissens.

b) Von der übrigen Gesetzgebung sind EX 22,20 4 Ex. 22 Lev. 19, Deut. 12 eingehend zu besprechen. Deut. 22 nenne ich das Kapitel von der jüdischen Humanität. Ich versäume nicht, Hi 31 heranzuziehen. Im besonderen ist die Vorschrift vom Vogelnest ein helleuchtendes Beispiel für die zarte Rücksicht und liebevolle Schonung, der Tierwelt. Hier mag man vom Tierschutz im Judentum und vom Tierschutzcharakter der Schechita reden, etwa:

1. Gottes Erbarmen erstreckt sich über alle seine Geschöpfe Ps. 36.2 104, 14. 145,1.

2. Wer sich des Viehs nicht erbarmt, ist ein Frevler Spr. 12,10.

3. Das Gebot Deut. 25,4, Lev. 22,27,28, Ex. 23,23.

4. Das biblische Vorbild Gen. 24,25.

5. Das Talmudverbot von Tiergefechten und Jagden Bab Mez 23 a u. b Sanh 18 b.

Der Schächtschnitt mit haarscharfem Messer bewirkt sofortige durch Blutentleerung aus dem Hirn eintretende Bewusstlosigkeit, die nach dem Schächtschnitte sich noch zeigenden Zuckungen geschehn ohne Bewusstsein des Tieres, der Schächter als Vollstrecker einer religiösen Handlung bietet durch seine sittl. religiöse Gesinnung Gewähr, dass er jede Tierquälerei bei der Tötung des Tieres vermeidet.

c) Auch auf die alte Opferthora gehen wir kurz ein. Wir zeigen, wie hier eine Einrichtung, die auch die Heiden besitzen, geweiht ist durch ihre rein sittlich religiöse Zieirichtung. Die Opfergesetze der Thora stimmen mit den Satzungen aufgefundener heidnischer Opfertafeln nicht überein. Hier in der Thora ist jede Spur von Animismus ausgetilgt und durch eine grossartige Symbolik sind die fleckenlose Heiligkeit Gottes und andere sittlichen Gedanken in einer würdigen, kultischen Bildsprache ausgedrückt. Der Wert der Opfer wird nicht in der äusserlichen Darbringung, sondern in die Gesinnung, in den gottfreudigen Gehorsam gelegt, sodass hier der Kultus zu einem ethischen Erziehungsmittel wird und so die säteren Propheten mit ihrer Predigt gegen die Veräusserlichung des Kultus in den Bahnen Moses wandeln. (Die Gehorsamsgesinnung des Gesetzes.)

Der Inhalt des zweiten Buches der Thora findet in der nächsten Nummer Berücksichtigung.

—∞—

Konfessionelle Gesetzgebung in Jugoslavien.

Von Renert Leo.

In einem Staate wie Jugoslavien bedeutete die Regelung des Verhälnisses zwischen der Staatsgewalt und den einzelnen Glaubensgenossenschaften eine schwere und heikle Frage. In wenigen anderen Ländern ist die konfessionelle Zersplitterung bedeutender. Die Bevölkerung verteilt sich zunächst auf die drei Hauptkonfessionen: Die orientalisch-orthodoxe (6 Millionen), römisch-katholische (5 Mill.) und islamitische (1,400.000). Ausser diesen haben auch die evengelisch-christliche Kirche Augsburger Konfession, die reformierte Kirche, die altkatholische Kirche, sowie die isrealitische Glaubensgemeinschaft mehr oder weniger zahlreiche Angehörige (zusammen ungefähr 400.000). Die auf diesem Gebiete herrschende Verschiedenheit der Bevölkerung war aus dem Grunde umso schwieriger, als diesbezüglich in den einzelnen Rechtsgebieten, aus den der Staat zusammengesetzt ist, verschiedene Gesetzesvorschriften herschten. Solche Verhältnisse forderten gebietend eine rasche Vereinheitlichung auf diesem Gebiete der Gesetzgebung.

Die vor dem Königlichen Manifest vom 6. Januar 1929 im Parlament obwaltenden Zustände hinderten auf die Dauer die Unifizierungsarbeit. Seither jedoch setzte die Regierung alle Kräfte in Bewegung, um das Versäumte sobald als möglich nachzuholen.

In einem Gesetz vom 14. Dezember 1929 wurde eine einheitliche Glaubensgemeinschaft sämtlicher Isrealiten des Königreiches angenommen, aber, den verschiedenen Richtungen der Glaubensübung Rechnung tragend, die Gruppierung ihrer Zugehörungen in besondere Kultusgemeinden und die Hauptgruppierung in Israeliten sephardischen und aschkenasischen Ritus überhaupt und orthodoxen Isrealiten als besondere Gruppe vorgesehen. Dementsprechend besteht ein Verband isrealitischer Kultusgemeinden und eine Vereinigung orthodoxer isrealitischer Kultusgemeinden. Die Grundlage der Organisation ist die autonome Kultusgemeinde, die sich selbständig finanziert, aber auch vom Staat, im Wege des Verbandes, bezw. der Vereinigung, aus den jährlichen Subventionen unterstützt wird. Die Gemeindestatuten wurden einer Neuregelung unterzogen und vom Justizminister bestätigt. Diese Reform wurde im Einvernehmen mit den massgebenden israelitischen Faktoren des Landes ins Werk gesetzt, und hat nicht bloss im Inland, sondern auch im Ausland grosse Zufriedenheit hervorgerufen.

Wir beabsichtigen, die konfessionelle Gesetzgebung aller Staaten der Reihe nach zu bringen. Wir beginnen mit Jugoslavien, weil wir dem Autor dieses Artikels die diesbezügliche Initiative verdanken.

Die Redaktion.



König Alexander von Jugoslavien.
Treuer Beschützer von ca. 70.000 jüdischen Seelen in Jugoslavien.
(S. auch Stellungnahme des Grandrabbin von Jugoslavien, Herrn Senator Dr. Alcalay in der Tribüne!)

Zur Beachtung!

Beginnend mit der Nummer 3 wird regelmässig eine mehrsprachige Beilage unter dem Titel „Internationale Informationen über Recht und Wirtschaft" erscheinen, die dem Leser der „jüdischen Welt" über die ihn interessierenden Rechts- und Wirtschaftsfragen — insbesondere über Palästina — Aufschluss geben soll.

Schliesslich wird die „jüdische Welt" mit der Nummer 4 eine bedeutsame Erweiterung und Ausgestaltung durch eine mehrsprachige Kulturbeilage unter dem Titel „die Welt des Geistes" erhalten. Führende Persönlichkeiten aus den Bereichen der Wissenschaft und Kunst werden hier zu Worte kommen, und die geistigen und schöpferischen Kräfte und Leistungen der Menschheit in Geschichte und Gegenwart darstellen, sowie die unendlich vielgestaltigen Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen Judentum und Umwelt behandeln. Die Welt des Geistes soll den aktuelleren Aufgabenkreis der „jüdischen Welt" ergänzen und zu einer kulturellen Ueberschau über Zeit und Raum ausweiten.

Der Herausgeber.

Franzensbad.

Vor dem Kriege war Franzensbad gewiss auch ein grosser und berühmter Kurort, aber alle Welt nannte es nur das Frauenbad, kaum dass seiner auch als eines hervorragenden Herzkurortes gedacht wurde. Wohl kamen auch damals schon Intern-Kranke hin; es gab immer eine Zahl Blutarme, Rheumatiker und Gichtiker, auch Nervenleidende. Erst ein glücklicher Zufall in der Geschichte der Stadt Franzensbad fügte es, dass eine grosse Schar Leidender die bedeutende Armee der jährlichen Kurgäste wesentlich vermehrte.

Es gibt ein böses Leiden, das die Menschen furchtbar plagt, es ist nicht sonderlich gefährlich, aber hartnäckig und sehr ungenehm: die chronische Obstipation.

Als nach der langen Erstarrung der Kriegszeit eine allgemeine Renovierung auf jedem Gebiete einsetzte, wurde auch die geologische Beschaffenheit des berühmten Franzensbader Bodens mit den modernsten Methoden überprüft, mit einem Erfolg, der nicht nur die Untersuchenden, sondern geradezu alle Welt (die medizinische und die laienhafte) überraschen sollte. Es wurden nämlich nicht weniger als sechs neue, heilkräftige Quellen erbohrt, darunter die Quelle mit dem grössten n a t ü r l i c h e n Glaubersalzgehalt der Welt. Diese Entdeckung wurde von ungeheurer Wichtigkeit für die Behandlung aller Darmkrankheiten und damit auch für die Entwicklung des Kurortes. Sah man früher auf der Franzensbader Promenade nur schlanke Frauengestalten, denen man ihr Leiden nicht ansah, und Herren, die ihr „schlechtes Herz" verbargen, hat sich jetzt die sommerliche Bevölkerung von Franzensbad in grosser Zahl um jene freundlichen, wohlgenährten Gestalten vermehrt, die etliche Kilo hier lassen wollen und jene, die freudig erregt, die endliche Regelung des eigenen Körperhaushaltes in Bezug auf Ein- und Ausfuhr feststellten.

Die Statistik der Kurfrequenz von Franzensbad beweist, wie rasch die überragende Bedeutung der neuen Entdeckung in der ganzen medizinischen Welt anerkannt wurde, da die Höchstzahl der Friedensfrequenz in der Zeit nach dem Kriege um mehrere Tausend überschritten wurde. Diese erfreuliche Tatsache erforderte natürlich einen Ausbau der vorhandenen Unterkunftsmöglichkeiten, was denn auch in vorbildlicher Weise geschah. Es wurden nicht nur einige neue, grosse, mit den modernsten Errungenschaften des Komforts und der Hygiene ausgestattete Hotels erbaut, auch alle anderen Häuser wurden nach dem Kriege und der epochalen Entdeckung der neuen Quellen den Forderungen der modernen Menschheit angepasst und renoviert.

Alle Zweige der modernen Balneologie (Bäder- und Quellenkunde) wurden in Anspruch genommen, um den neuen Heilschatz der leidenden Menschheit dienstbar zu machen. Die Quellen wurden einer äusserst genauen Prüfung unterzogen und vier, ihrer Zusammensetzung nach die besten, als Trinkquellen den Heilbedürftigen zur Verfügung gestellt, während die übrigen Quellen den altbewährten Kohlensäure- und Stahlbädern durch ihren hohen Kohlensäure- bezw. Eisengehalt eine erwünschte Möglichkeit boten, die Zahl der täglich zu verabfolgenden Bädern auf das doppelte zu steigern, wobei die Qualität der Bäder auch gestiegen ist.

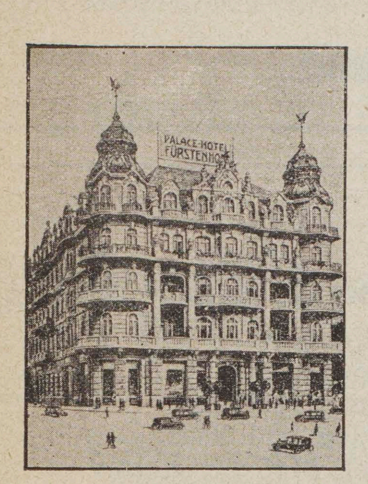
Kommt nach Franzensbad, Ihr werdet gesund!

—00—

Palace-Hotel Fürstenhof

Hotel New-York Hotel Englischer Hof

DIE FÜHRENDEN HÄUSER



Weltberühmtes Restaurant

Abend-Konzerte:

Kammervirtuose D. Dauber

Telefon 2662, 2772, 2524 Inhaber: Ernst und Hans Baruch.

MARASS

HOTEL CORSO

BETRIEBE

Behagl. Comfort, Fließwasser, erstklassiges Restaurant. - Allabends

FREI-KONZERTE

m. Publik.-Tanz. 2 Kapellen.

Café - Tabarin: Nightclub.

Überall das bekannte

Mittag-Menü.

RESTAURANT

im Hotel Englischer Hof

GRINZINGER

ORIG. WIENER

Maxim-Quartett

mit Sängern und Humoristen.

BESTE KÜCHE

Gesellschafts-Tänze

Leitung erste Tanzkräfte

Höhen-Café-

RESTAURANT

WOLFSTEIN

900 m Seehöhe

Bekannt gerühmte Küche

Spezialität: Gebirgsforellen

AUTOBUSVERKEHR ab Hotel Carlton -- Herrliche Liegeplätze — FREMDENZIMMER

Reichste Fernsicht

ESPLANADE HOTEL

Villa Hubertus Haus I. Ranges Kurhaus Richmond

Vornehmster Frühstücks-Platz. Täglich 4 Uhr Tanz-Tee. Jeden Mittwoch u. Samstag Ball.

John Abriam and his Band.

Etablissement

Bellevue

Café u. Restaurant bestens empfohlen.

KURHAUS

Schloss Laxenburg

Moderner Komfort
zeitgemäße Preise
in nächster Nähe der
Quellen und Bäder.
Tel. 2446 Besitzerin:
FRAU Dr. OTT

HYDE PARK HOTEL

das internationale Haus des Wohlbehagens.

Otts erstklassige Häuser.

GRANDHOTEL OTT

vornehmstes Restaurant, Golf-Hotel, neu erbaut, gegenüber dem Golfplatz. Höhenhotel Café Egerländer sehenswert.

Balmoral-Osborne

Hotel ersten Ranges

כשר Hotel WALHALLA

Modernster Komfort. Erstklassige Küche. Pensionsarangements. In der Vor- u. Nachsaison bedeutend ermässigte Preise.

C. Löwenthal.

Rübezahl

Höhencafé Restaurant-Hotel



Hotel Weimar

Hotel

„MARIENBADER-MÜHLE"

letzter Komfort - bekannte Küche - ganzjährig geöffnet.

MARIENBAD

Hotel Waldfrieden
Café — Restaurant
Inh.: J. OPLT
empfiehlt sich bestens.

Kurhaus Villa Sternberger
Lift — Telephon 2342 — Bäder — Kalt- und Warmwasser
Besitzer: H. Hofmann.

IMPERIAL-HOTEL
bestens empfohlen.

Kurhaus Falkenburg
Bellevue-Viertel

Kurhaus TAORMINA
Haus I. Ranges — Bellevueviertel

WIENER HAUS
Besitzer: MUDr. MAX HOROWITZ.

Hotel RAUSCHER
vormals
KAISERHOF
im Zentrum des Kurortes
Hotel I. Ranges
Modernster Komfort.

Carlton Hotel
bestens empfohlen.
Nachmittags
Tanz-Tee.

Hotel Wagner
Altbekanntes Haus. Jeder moderne Komfort.
Zeitgemäße Preise. Telefon 2040. Garagen im Hotel

Café Restaurant Dianahof
in allernächster Nähe der Waldquelle u der Tennisplätze. Nebst anderer Fische Spezialität täglich frischer Forellen, direkt vom Basin, den wirtschaftlichen Verhältnissen angepasste Preise. Bei schlechter Witterung Saal geheizt.

Hotel Egerländer
mit Theatercafé
Zentralste Lage. Modernster Komfort. Zeitgemäße Preise.

KURHAUS DRESDEN
Modernster Komfort. Prachtvoll am Wald gelegen. In nächster Nähe der Brunnen und Bäder.

Hotel Neapel
i. unmittelbarer Nähe d. Bäder, Brunnen und der Kolonnade.
Mit fließendem warmen und kalten Wasser.

Waldcafé MAXTAL
beliebter Ausflugsort
bestens empfohlen.

Kurhaus Belvedere
Haus ersten Ranges mit allen Komfort, innächster Nähe der Brunnen u. Bäder.
Besitzer: Paterny-Hammerand - Goetheplatz, Tel. Nr. 2289, 2673

STADTPARK Café-Restaurant
bestens empfohlen.

ELBSCHLOSS
Vornehmes Kurhaus. — Zentralste Lage. — Moderner Komfort.
Besitzerin: Fr. Rosa Holub.

KURHAUS „FLORA"
Haus I. Ranges. Nächst dem Kreuzbrunnen und Bädern. Modernster Komfort, Halle, Lift, Lichtsignale, Zentralheizung, fließendes Wasser. Appartements mit Bad. Pension auf Wunsch. — Zivile Preise.
Telefon 2607. BESITZER: ZELENÝ.

Nimrod
Höhen-Café und Restaurant
berühmter Ausflugsort

HOTEL KLINGER
Haus ersten Ranges
Weltberühmtes Restaurant

Kurhaus Winterling
Vornehmes Familienhotel mit
Kafé und Restaurant Winterling
gegenüber dem Kreuzbrunnen gelegen
bestens empfohlen.

Kurhaus Hamburg
Hauptstraße
Moderner Komfort.

MARIENBAD

Kurhaus „Helvetia"
Haup'straße, zentrale Lage, unweit der Bäder u. Brunnen, schöne moderne Zimmer, fließendes Warm- und Kaltwasser. Bäder im Haus
Lichtsignal, Lift. Telefon 2217.
BESITZER: A. PINKUSFELD

Café - Restaurant Höhenhotel Panorama
bestens empfohlen.
Meisterkapelle: Dol. Dauber.
Inh.: E. Lucha.

Kurhaus Atlantic
Vornehmes Haus I. Ranges
vis-à-vis Kurpark und Bäder, Zimmer mit Bad, fließendes Wasser, Lift, Telefon 2272.

Kurhaus „Rheingold"
vis-à-vis der Brunnen und Bäder, aller modernster Comfort.

Hotel Leipzig
direkt neben der Kurpromenade und dem Kreuzbrunnen, daher günstige Lage. Jeder moderne Komfort. Zeitgemäße Preise.
Besitzer: M. Stingl.

Palace-Hotel Praha
vymoženost moderní hotelové techniky. | Errungenschaft d. modernsten Hoteltechnik.

Hotel Maxhof
erstklassiges Haus mit allem Komfort, im Stadtzentrum. Zeitgemäßes Preisarrangement. Bekanntes Restaurant.

MAXHOF-BAR
das eleganteste und mondänste Abendlokal.

Hotel Neptun
Fünfzig Zimmer und Salons, Appartements mit Privatbad, durchwegs fließendes warmes und kaltes Wasser, Halle, erstklassiges, altrenommiertes Restaurant.

Höhen-Hotels Alm-Sennhof
beliebtester Ausflugsort, vorzüglicher Mittagstisch

Kurhaus „London"
Hauptstraße — Umgebaut 1929
Zentral gelegen - moderner Komfort - zeitgemäße Preise

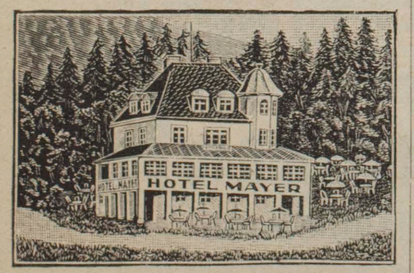
Kurhaus Palast Splendid
Modernster Komfort. Zentrale Lage.

Kurhaus „Schloß Wallsee"
Ferdinandstraße
Beste Lage, 5 Minuten von den Bädern und der Kollonade. Billige Preise

JOACHIMSTHAL

Kurheim „Koboldstein"
Besitzer: F. u. L. Schmidt
Radiumbad
3 Minuten vom staatl. Badehause entfernt — Zentralheizung — Kalt- und Warmwasser — Gartenbenützung

Pension Mignon
2 Minuten vom Badehause entfernt, gegen dem Walde eben gelegen, moderner Komfort, ganzjährig geöffnet.
BESITZERIN: ANNA SOMMER.



Höhencafé und Restaurant.

Hotel „Terminus"
Ganzjährig geöffnet.
42 Zimmer - Kalt- und Warmwasser Zentralheizung, Lift Telephon Nr. 3.

Kurhaus „Villa Ritter"
im Zentrum gelegen.

Kurhaus „Elektra" Pension
Radiumbad
Besitzer: G. & A. Jačimović-Grulć

Für die Redaktion verantwortlich: Gottfried Barbier, Karlsbad. — Druck u. Selbstverlag; „Grafia", Brüx.
Zeitungstarif bewilligt mit P. D. Zl. 159014/VII-1933.